



## **Bericht**

der Landesregierung

**Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000**

**Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz**

**Institut für Regionalforschung  
der Universität Kiel**

# **Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2000**

**Bericht im Auftrag des  
Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Verbraucherschutz  
des Landes Schleswig-Holstein**

**Datenstand: Juni/Juli 2001**

**Leitung:  
Prof. Dr. Johannes Bröcker**

**Bearbeitung:  
Dr. Hayo Herrmann, Thomas Puls**

**Kiel, Juli 2001**

## **Inhalt**

	<b>Seite</b>
<b>Vorbemerkungen</b>	<b>3</b>
<b>Teil 1: Bericht</b>	
<b>1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick</b>	<b>6</b>
<b>2. Die Arbeitsplatzentwicklung bis Ende 2000</b>	<b>14</b>
<b>3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz</b>	<b>22</b>
<b>4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz</b>	<b>27</b>
<b>5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit</b>	<b>33</b>
<b>6. Ausbildungsstellenbilanz</b>	<b>38</b>
<b>7. Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit</b>	<b>45</b>
<b>8. Arbeitsmarktpolitik des Landes</b>	<b>47</b>
<b>Teil 2: Tabellen, Abbildungen und Übersichten</b>	

## Vorbemerkungen

Die ersten sieben Abschnitte des Statistischen Arbeitsmarktberichts für das Jahr 2000 entstanden wie in den Vorjahren am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Bröcker.<sup>1</sup> Die Bearbeitung für die Landtagsdrucksache erfolgte nach dem **Datenstand Juni/Juli 2001**. Dadurch war es möglich, die empirischen Befunde für das Jahr 2000 weitgehend als Jahresdurchschnittswerte anzugeben und teilweise auch schon die weitere Entwicklung bis Sommer 2001 (Arbeitslosigkeit) zu verfolgen. Gleichwohl basieren die Zahlen zur Bruttowertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) und zur Erwerbstätigkeit für 2000 noch auf vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik.

Der vom Institut für Regionalforschung vorgelegte Teil des Arbeitsmarktberichtes konzentriert sich in Absprache mit dem auftraggebenden Ministerium auf eine thematisch eng begrenzte empirische **Bestandsaufnahme für das Jahr 2000** bzw. auf Perspektiven für 2001 und 2002.<sup>2</sup> Dabei stehen die Arbeitsplatz- bzw. Beschäftigungsentwicklung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und die Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Der Darstellung des Landes im Vergleich mit dem Bundesgebiet West bzw. mit Westdeutschland (ohne Berlin)<sup>3</sup> und mit anderen Bundesländern werden regionale Befunde auf Kreisebene bzw. für die Planungsräume des Landes zur Seite gestellt. In dieser Hinsicht bildet der Bericht eine Ergänzung zur Arbeitsmarktberichterstattung des Landesarbeitsamtes Nord, in der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt stehen. Auf eine detaillierte Strukturanalyse zur Arbeitslosigkeit, die das Landesarbeitsamt Nord einmal jährlich erstellt, wurde daher verzichtet.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Bei der Arbeitsmarktberichterstattung wurde das Institut für Regionalforschung vom Referat Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und von der Statistischen Abteilung des Landesarbeitsamtes Nord und vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein mit Sachverstand und Engagement unterstützt. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Hilfestellung.

<sup>2</sup> Eine detaillierte Analyse der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Arbeitslandschaft im Wandel (Perspektiven bis 2010) in Schleswig-Holstein wurde im Rahmen des "Analytischen Arbeitsmarktberichtes 1999" durch das Institut für Regionalforschung vorgelegt: Landtagsdrucksache 14/2665 sowie Publikation des Instituts für Regionalforschung: A. Niebuhr, Strukturelle Arbeitslosigkeit und Arbeitslandschaft der Zukunft in Schleswig-Holstein. Karin Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 30, Kiel 1999 (ISSN 1429-2062).

<sup>3</sup> Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bzw. der Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik wird nicht mehr zwischen Bundesgebiet West (einschl. Berlin-West) und dem Bundesgebiet Ost (einschl. Berlin-Ost) unterschieden, sondern nach West- und Ostdeutschland, wobei Berlin vollständig zu Ostdeutschland gehört. Im folgenden ist daher zwischen Westdeutschland und dem Bundesgebiet West (analog für Ostdeutschland) zu unterscheiden.

<sup>4</sup> Vgl.: Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes Nord "Struktur der Arbeitslosigkeit - Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Ende September 2000" (Strukturbericht), Kiel 2001.

Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung ist nicht Element der Berichterstattung durch das Institut für Regionalforschung. Dieser Teil des Arbeitsmarktberichts wird vielmehr im Abschnitt 8 vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz dokumentiert.

### **Elemente des Statistischen Arbeitsmarktberichts**

Der Statistische Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2000 gliedert sich wie die vorangegangenen Kurzberichte seit 1993 in einen Berichts- und einen Tabellenteil. Der **Abschnitt 1** im Berichtsteil beschreibt die jüngste Arbeitsmarktentwicklung bis Juni 2001 und liefert einen **Überblick** zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit seit 1995. Im **Abschnitt 2** wird die **Beschäftigungsentwicklung** dargestellt. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird dabei anhand der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) vollständig erfasst. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ebenfalls am Arbeitsort gemessen) sind im Rahmen der amtlichen Statistik zeitlich, regional und strukturell tiefer gegliedert, sie repräsentieren allerdings nur 75 % der Gesamtbeschäftigung. Die Darstellung der Arbeitsplatzentwicklung bedient sich beider Beschäftigungsgrößen. Anders als in den bisherigen statistischen Berichten können hier allerdings keine detaillierten Informationen zur regionalen Beschäftigung oder zur Beschäftigung nach Berufsgruppen bereitgestellt werden. Grund ist die zur Jahresmitte 2001 immer noch begrenzte Datenverfügbarkeit bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Umstellung und Korrektur der Statistik).

Das **Arbeitskräfteangebot** wird gemessen durch die Zahl der Erwerbspersonen. Seine Entwicklung bis 2000 bzw. die Einschätzung der weiteren Entwicklung bis 2002 ist Gegenstand des **Abschnitts 3**. Die Arbeitsplätze und die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein werden in einer **Arbeitsmarktbilanz** gegenübergestellt. Die Bilanzveränderung 1998-1999-2000 wird dann mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Im **Abschnitt 4** liefert eine **Prognose** der Entwicklung der Arbeitsplätze bis 2002 eine Einschätzung für Schleswig-Holstein, insbesondere im Vergleich zum Bundesgebiet West. Die Gegenüberstellung der Arbeitsplatzentwicklung mit der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erlaubt Aussagen zur Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit 2000/2001 und im folgenden Jahr.

Die Struktur und Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein und den Regionen des Landes ist Gegenstand des **Abschnitts 5**. Neben der Arbeitsmarktdynamik aus Zugängen zur Arbeitslosigkeit und den Abgängen werden auch die Betroffenheit ausgewählter Personengruppen und die Langzeitarbeitslosigkeit dargestellt. Die Befunde konzentrieren sich auf den Zeitraum 1998-2000, dabei werden vorwiegend Jahresdurchschnittswerte verwendet.

Der **Abschnitt 6** fasst einige wesentliche Befunde aus dem Berufsbildungsbericht 2001 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zusammen und stellt für Schleswig-Holstein und seine Regionen (hier: Arbeitsamtsbezirke) die **Ausbildungsstellenbilanz** für 2000 und 1999 dar.

Der **Abschnitt 7** zeigt Zahlen zur Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit, und im **Abschnitt 8** wird die aktive **Arbeitsmarktpolitik** des Landes Schleswig-Holstein dargestellt. Zentraler Bereich ist hier das Arbeitsmarktprogramm des Landes "Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) III".

Es folgt **Teil 2** mit detaillierten **Tabellen, Abbildungen und Übersichten**.

# 1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick

## Die Arbeitsmarktentwicklung über das Jahr 2000 bis Mitte 2001 (Tabelle 1, Abbildung 1, Übersicht 1)

### Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Der 1998 eingeleitete Abbau der **Arbeitslosenzahlen** hat sich über das Jahr 2000 sowohl im Bundesgebiet West also auch in Schleswig-Holstein fortgesetzt. Allerdings war der Rückgang, gemessen am Vergleich der Arbeitslosenzahlen mit den jeweiligen Vorjahresmonaten, in Schleswig-Holstein geringer als im Bundesgebiet West. In Schleswig-Holstein deutete sich zudem – anders als in Westdeutschland – bereits in der zweiten Jahreshälfte 2000 die Trendwende an, die im Frühjahr 2001 nach drei Jahren erstmals wieder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Zur Jahresmitte 2001 nimmt nunmehr aber auch in Westdeutschland die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit wieder zu.<sup>5</sup>

Lässt man einzelne Wintermonate aus der Betrachtung heraus, so war der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2000 gegenüber Jahresfrist mit 8 bis 9 Tsd. bzw. 7 bis 8 % am stärksten. In der zweiten Jahreshälfte sanken die Zahlen gegenüber dem Vorjahr dann nur noch um ca. 5 bis 6 Tsd. (minus 5 bis 6 %), während sie im Bundesgebiet West immer noch um über 9 % zurückgingen. Insgesamt lag die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 bei 114,3 Tsd., damit um 7,7 Tsd. oder 6,3 % niedriger als 1999, im Bundesgebiet West lag der Jahresdurchschnitt 2000 sogar um 8,2 % unter dem Wert für 1999.

Im Frühsommer 2001 erreichte die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein knapp 110 Tsd., sie lag damit um ca. 2 Tsd. über der Zahl vom Juni 2000, andererseits aber deutlich niedriger als in den Juni-Monaten 1997 bis 1999.<sup>6</sup> Die Arbeitslosenquote bewegt sich in Schleswig-Holstein etwa auf dem Vorjahresniveau, nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte 2000 um 1,5 bis 2 Prozentpunkte unter der Quote der Vergleichsmonate des Jahres 1999 blieb. Gegenüber dem Bundesgebiet West bleibt auch 2001 in den Sommermonaten ein Abstand der Quoten von knapp einem Prozentpunkt bestehen.

Bezogen auf alle Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) liegt die Arbeitslosen-

---

<sup>5</sup> Vgl.: Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit vom 5. Juli 2001 "Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Juni 2001: Verlangsamung des Wachstums dämpft Arbeitsmarkt". (Internet-Seite der Bundesanstalt für Arbeit: [www.arbeitsamt.de](http://www.arbeitsamt.de)). Vgl. auch die entsprechende Presseinformation Nr. 35/2001 des Landesarbeitsamtes Nord, Juni 2001, vom 5. Juli 2001.

Die Bundesanstalt für Arbeit hält es angesichts der unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen in West- und Ostdeutschland weiterhin für erforderlich, eine nach West und Ost getrennte Arbeitsmarktanalyse durchzuführen. Der hier vorliegende Bericht orientiert sich an dieser Entscheidung insoweit, als für Schleswig-Holstein der Vergleichsmaßstab Westdeutschland bzw. westdeutsche Länder herangezogen wird.

<sup>6</sup> Andererseits lag die Arbeitslosenzahl im Frühsommer 2001 immer noch um etwa 30 Tsd. über der Zahl von 1991, die den niedrigsten Stand der 90er Jahre markiert.

quote des Landes seit Mai 2001 bei etwa 8%, bezogen auf den kleineren Nenner (Summe aus abhängig Erwerbstätigen plus Arbeitslosen) erreicht sie knapp 9%.<sup>7</sup> Damit ist die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein zwar höher als in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen), andererseits aber niedriger als in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

### **Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz**

Im Bundesgebiet West resultierte der Abbau der Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 gegenüber 1999 aus einem kräftigen Beschäftigungsanstieg (Zuwachs um über 600 Tsd. Erwerbstätige), der deutlich höher war als die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials (lt. Messkonzept der Bundesanstalt für Arbeit: plus 200 Tsd. Personen, vgl. **Übersicht 1**, 2. Teil). Nach neuen Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit<sup>8</sup> wird die Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland gegenwärtig nicht – wie bisher angenommen – durch ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot entlastet. Der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebots wird durch die beiden angebotssteigernden Effekte der Nettozuwanderung und der Zunahme der Erwerbsquoten zumindest ausgeglichen. Die Entlastungswirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit ("Stille Reserve in Maßnahmen") haben sich in den letzten 18 Monaten in Westdeutschland nicht wesentlich geändert, so dass von dieser Seite kein nennenswerter Impuls auf die Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz eingewirkt hat. Die Stille Reserve im engeren Sinne nahm angesichts der verbesserten Erwerbsmöglichkeiten, zumal bei geringfügiger Beschäftigung, um knapp 200 Tsd. Personen ab. Resultat war ein Rückgang der Arbeitslosenzahl um über 200 Tsd. Personen.<sup>9</sup>

Die wichtigste Ursache für die Verschlechterung der Arbeitsmarktentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2001 dürfte in der konjunkturellen Abschwächung in Deutschland liegen, der sich auch Schleswig-Holstein nicht entziehen konnte. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes nahm die Erwerbstätigkeit in Deutschland saisonbereinigt im Frühjahr 2001 kaum noch zu, so dass der im Vorjahr noch kräftige Beschäftigungsaufbau zum

---

<sup>7</sup> Im folgenden verwendet dieser Bericht wie die früheren Berichte für das Bundesgebiet, Schleswig-Holstein und seine Regionen einheitlich die höheren Quoten, da bis vor kurzem für die Kreise des Landes nur diese Quoten ausgewiesen wurden.

<sup>8</sup> Berechnungen des IAB: Vgl. Jährlicher Arbeitsmarktbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (IAB). Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001.

<sup>9</sup> Vgl.: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001. "Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nahm im vergangenen Jahr...weniger stark ab, als die Erwerbstätigkeit stieg. Die Erwerbsquote erhöhte sich durch die Beschäftigung von Personen, die vorher nicht als Arbeitsuchende registriert waren." In der nächsten Zukunft (2001/2002) "...werden sich die Arbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit fast spiegelbildlich zueinander entwickeln, auch weil die geringfügige Beschäftigung nicht mehr im gleichen Ausmaß ausgeweitet wird wie im Anschluss an die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes." Institut für Wirtschaftsforschung, Halle IWH, Arbeitskreis Konjunktur: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001. In: Wirtschaft im Wandel, Heft 5, April 2001, S. 122.

Stillstand kam.<sup>10</sup>

Die enge Beziehung zwischen der Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wird in der **Abbildung 1** deutlich. Das Bild ist aufgrund der Mitte 2000 ausgesetzten Fortschreibung der Beschäftigtenstatistik zwar unvollständig, man kann aber dennoch deutlich erkennen, dass das Muster der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung Schleswig-Holsteins im Grundsatz eng der westdeutschen Entwicklung folgt.

Dennoch zeigen sich zumindest graduell Entwicklungsunterschiede, z.B. beim Vergleich der Jahresdurchschnittswerte 1999 und 2000: Bei den Erwerbstätigen erzielte Schleswig-Holstein 1999/2000 zwar einen deutlichen Zuwachs um 1,3% (absolut: plus 15,6 Tsd.), das Ergebnis für Westdeutschland (plus 2,2%) wurde aber nicht erreicht.<sup>11</sup> Der Arbeitsmarkt des Landes konnte im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr also nicht in dem Maße vom Arbeitsplatzwachstum profitieren wie der westdeutsche Arbeitsmarkt insgesamt (Abschnitt 3).

### **Konjunkturelle Situation 1999/2000**

Das **Gesamtbild von Konjunktur und Beschäftigung** hat sich im Bundesgebiet West 1999/2000 gegenüber der Periode 1993/99 verändert (**Übersicht 1**). Im Durchschnitt der sechs Jahre bis 1999 konnte bei einem relativ geringen Wirtschaftswachstum von jährlich 1,5% (Bruttoinlandsprodukt) nur wenig zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden (plus 400 Tsd. Erwerbstätige, jährliches Wachstum von 0,3%). Dies führte bei einem Zuwachs des Arbeitskräfteangebots um über 1 Million Erwerbspersonen (Potentialschätzung des IAB) 1999 gegenüber 1993 zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 500 Tsd. Personen. Im vergangenen Jahr (2000 gegenüber 1999) konnte das kräftige Wirtschaftswachstum (plus 3,3% beim Bruttoinlandsprodukt) trotz weiterhin steigender Arbeitsproduktivität in einen Zuwachs des Arbeitsvolumens überführt werden, hinzu kam ein Rückgang der Jahresarbeitszeit pro Arbeitsplatz um 1,4%.<sup>12</sup> Im Ergebnis war der Zuwachs bei der Beschäftigung deutlich größer als beim Arbeitskräfteangebot, im Zeitraum 1993/99 waren die Verhältnisse noch umge-

---

<sup>10</sup> Vgl. Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit vom 5. Juli 2001 "Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Juni 2001: Verlangsamung des Wachstums dämpft Arbeitsmarkt". Siehe weiterhin die im Juni 2001 vorliegenden aktuellen Informationen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Deutschland: (1) Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)). Erscheint in: A. Boss et. al, Deutschland in der Konjunkturflaute. In: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2/2001 (Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel). (2) Institut für Wirtschaftsforschung, Halle IWH, Arbeitskreis Konjunktur: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001. In: Wirtschaft im Wandel, Heft 5, April 2001.

<sup>11</sup> Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war der Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber dem Bundesgebiet West ähnlich: Das Land erreichte von Juni 1999 bis Juni 2000 einen Beschäftigungszuwachs um 1,4% (absolut: plus 11,1 Tsd.), das Bundesgebiet West dagegen um 2,0%.

<sup>12</sup> Der Rückgang resultiert aus einer Zunahme der Teilzeitquote bei gleichzeitiger Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit bei den Teilzeitbeschäftigten, vor allem bedingt durch die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001, S. 9.

kehrt.

Für Deutschland lässt sich die konjunkturelle Situation im Zeitraum 1998 bis 2000 auf die Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes (Verwendungsseite) zurückführen. Dabei war das Wirtschaftswachstum 1999/2000 (real +3,0%) deutlich höher als 1998/99 (+1,6%).<sup>13</sup> Verantwortlich war die besonders starke Expansion der Auslandsnachfrage<sup>14</sup> und der Ausrüstungsinvestitionen, während die private Konsumnachfrage nach einem 1999 recht günstigen Ergebnis im Jahr 2000 wieder an Dynamik verlor und die Bauinvestitionen sogar rückläufig waren.<sup>15</sup> Stärker noch als 1999 blieb die Konsumnachfrage im Jahr 2000 also hinter der Entwicklung der Exporte und der privaten Ausrüstungs- und Anlageninvestitionen zurück, und von der staatlichen Nachfrage gingen kaum nennenswerten Impulse aus. Das stärkere Wirtschaftswachstum im Jahr 2000 war also nicht mit einer Verbreiterung der Auftriebskräfte (insbesondere mit einer Expansion der Inlandsnachfrage) verbunden, es war vielmehr – und die weitere Entwicklung zeigt dies deutlich – in besonderem Maße anfällig gegenüber Veränderungen der weltwirtschaftlichen Bedingungen.

---

<sup>13</sup> Die Verbesserung der Situation bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit beschränkte sich allerdings weitgehend auf Westdeutschland. In Ostdeutschland reichte eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes 1999/2000 von 2,0 % nicht aus, um zusätzliche Beschäftigung zu erzeugen bzw. Arbeitslosigkeit abzubauen. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001, S. 7, 17.

<sup>14</sup> Die Auslandsnachfrage profitierte im Jahr 2000 insbesondere von der weltweiten Konjunkturbelebung, vom niedrig bewerteten Euro sowie den relativ günstigen Bedingungen auf der Kostenseite der Produktion.

<sup>15</sup> Die Baurezession war und wird durch den Einbruch der Wohnungsbautätigkeit geprägt. Maßgeblich sind hohe Leerstände sowie geringere steuerliche Anreize für Wohnungsbauprojekte. Mit einer baldigen Erholung ist hier nicht zu rechnen. Dagegen sind die Aussichten für den Wirtschaftsbau etwas besser. Vgl.: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)), S. 7.

### **Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland**

Informationsbasis ist der im Juni 2001 aktuellste Konjunkturbericht der großen Wirtschaftsforschungsinstitute: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)).

#### Exporte:

Veränderung 1998/99: +5,1%, 1999/2000: +13,2%.

#### Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 1998/99: +6,7%, 1999/2000: +9,0%.

#### Privater Verbrauch:

Veränderung 1998/99: +2,6%, 1999/2000: +1,6%.

#### Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 1998/99: -0,1%, 1999/2000: +1,4%.

#### Bauinvestitionen:

Veränderung 1998/99: +0,5%, 1999/2000: -2,5%.

### **Beiträge der Nachfragekomponenten**

zum Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland 1999/2000 (+3,0%)

Exporte: +4,0%; Ausrüstungsinvestitionen: +0,9%; privater Verbrauch: +0,9%; staatlicher Verbrauch: +0,3%; Bauinvestitionen: -0,3%.

Vgl.: Institut für Wirtschaftsforschung, Halle IWH, Arbeitskreis Konjunktur: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001. In: Wirtschaft im Wandel, Heft 5, April 2001, S. 117.

## **Aktuelle konjunkturelle Situation in Deutschland im Juni 2001<sup>16</sup>**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erreichte im Frühjahr 2000 ihren Höhepunkt mit einem Anstieg des Auslastungsgrades im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe auf 88 %. Bis Ende 2000 blieb die Kapazitätsauslastung auf diesem außergewöhnlich hohen Niveau,<sup>17</sup> seither hat sich die Konjunktur abgekühlt, die Erwartungen über die künftige Geschäftsentwicklung sind nicht mehr so positiv. Auslöser war die Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten im Winterhalbjahr 2000/2001, die im ersten Halbjahr 2001 auch Europa erreichte.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Die folgenden Anmerkungen stammen aus einer Einschätzung der konjunkturellen Situation aus dem MWTV (M. Hirschfeld) vom 2. Juli 2001.

<sup>17</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000 lag der Auslastungsgrad bei 85,7 %.

<sup>18</sup> Bis März 2001 sank der Auslastungsgrad im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe auf 87 %, dabei stagnierte die Erwerbstätigkeit in Deutschland im ersten Quartal 2001, und seit Januar nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt zu. Vgl.: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute". Internet-Text: [www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub), S. 8.

Die sich abschwächende Weltkonjunktur hat im ersten Quartal 2001 zu einem Einbruch im Außenhandel geführt. Die Exporte waren erstmals seit 1998 rückläufig. Angesichts des zuvor sehr hohen Niveaus muss diese Entwicklung aber eher als Normalisierung gewertet werden. Den deutlichen Rückgängen bei den Auftragseingängen aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe stehen immer noch umfangreiche Auftragsreserven gegenüber.<sup>19</sup>

Angesichts der Entwicklung bis Juni 2001 haben die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen für das laufende Jahr 2001 reduziert. Die Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes 2000/2001 bewegen sich im Juni 2001 zwischen 1,2% (ifo-Institut München) bzw. 1,3% (Institut für Weltwirtschaft) und 1,7% (RWI, IWH und HWWA). Die schlechtere Einschätzung der deutschen Konjunktur beruht in erster Linie auf der entgegen den Erwartungen ausgebliebenen Steigerung der Inlandsnachfrage. Die privaten Konsumausgaben stagnierten, obwohl die verfügbaren Einkommen u.a. durch die Steuerreform deutlich zugenommen haben. Zu dieser Zurückhaltung der Verbraucher haben der starke Anstieg der Verbraucherpreise – vor allem bei Energieerzeugnissen und Nahrungsmitteln<sup>20</sup> – sowie die Verunsicherung über die konjunkturellen Aussichten beigetragen.

Nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft<sup>21</sup> vom Juni 2001 ist die wirtschaftliche Talsohle in den Industrieländern durchschritten. Die Konjunktur in Deutschland werde in der zweiten Jahreshälfte 2001 wieder an Fahrt gewinnen. In den Vereinigten Staaten gebe es bereits Anzeichen, dass die dortigen wirtschaftspolitischen Impulse das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern in die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren. Daher könne in der zweiten Jahreshälfte 2001 wieder mit einem leichten Anstieg der Exporte gerechnet werden. Auch sei damit zu rechnen, dass das gegenwärtige Stimmungstief bei den Unternehmen im Verlauf des Sommers überwunden werde. Das Rezessionsrisiko wird weiterhin als gering eingeschätzt. Bis August werde der Tiefpunkt erreicht sein, danach sei wieder mit einer Erholung zu rechnen.

Hintergrund dieser optimistischen Einschätzung ist, dass von den Ölpreisen keine weiteren, das Wachstum dämpfenden Effekte mehr ausgehen und andere Sonderfaktoren, die – wie MKS und BSE – zur Erhöhung des Preisauftriebs beigetragen haben, ebenfalls wegfallen werden. Zudem haben die Verbraucher die steuerbedingten Einkommenszuwächse noch nicht in höhere Konsumausgaben umgesetzt, so dass es einen deutlichen Nachholbedarf gebe. Die strukturell bedingte Krise der Bauwirtschaft werde allerdings auch im Jahr 2001

---

<sup>19</sup> Im März 2001 lag die durchschnittliche Reichweite der Aufträge im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland bei 2,9 Monaten. Dies ist mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

<sup>20</sup> Die Verbraucherpreise (HVPI - Harmonisierter Verbraucherpreisindex) haben im April 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,9% zugenommen. Davon sind 1,5 Prozentpunkte auf die Erhöhung der Energiepreise und 0,6 Prozentpunkte auf Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln zurückzuführen. Die sogenannte Kerninflationsrate beträgt somit nur 0,8%, sie ist damit geringfügig niedriger als 2000 (0,9 %).

<sup>21</sup> Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute". Internet-Text: [www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)

andauern. Sie ist vor allem durch den Rückgang der Wohnungsbautätigkeit geprägt. Mit einer baldigen Erholung sei nicht zu rechnen, allenfalls wird sich der Rückgang verlangsamen.

### **Konsequenzen für Schleswig-Holstein**

Grundsätzlich folgt Schleswig-Holstein der bundesweiten Konjunkturlage, die Wirtschaft des Landes konnte aber in den letzten drei Jahren angesichts ihrer Struktur und der relativ stark auf Auslandsnachfrage orientierten Konjunktur nicht ganz mit der westdeutschen Entwicklung mithalten. Bis ins Jahr 2000 hinein waren die Bereiche der Wirtschaft, die auf Export- und Investitionsnachfrage orientiert sind, im Vorteil, während z.B. Konsumgüterproduktion, Handel, konsumorientierte Dienstleistungen und Bauwirtschaft immer noch auf eine Ausweitung des Aufschwungs auf alle Nachfragekomponenten gewartet haben. Entsprechend sind auch die regionalen Konsequenzen: Bundesländer oder Regionen, deren Wirtschaftsstruktur besonders von Export- und Investitionsgüterproduktion geprägt ist, sind gegenüber Regionen im Vorteil, deren Schwerpunkte eher in der Konsum- und Bauwirtschaft oder bei konsumorientierten Dienstleistungen liegen. Diese würden erst wieder Anschluss an die in den letzten Jahren begünstigten Regionen finden, wenn sich ein konjunktureller Aufschwung auf breiter Front etabliert.

Ohne die Sondereffekte der Energieproduktion<sup>22</sup> zeigt sich in der Tat seit 1997 ein Wachstumsrückstand Schleswig-Holsteins gegenüber Westdeutschland, der sich 2000 noch verstärkt hat. Dies gilt sowohl bei der Produktion also auch bei der Erwerbstätigkeit (dort bereits ab 1996). Wenn es um die **Ursachen** dieses für Schleswig-Holstein ungünstigen Entwicklungsbefunds geht, ist im Zusammenhang mit der bestehenden Produktionsstruktur des Landes einerseits der Basiseffekt der wirtschaftlichen Entwicklung in der ersten Hälfte der

---

<sup>22</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen im letzten Statistischen Arbeitsmarktbericht 1999: Die Produktionsentwicklung, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt, war in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren von starken Schwankungen im Wirtschaftsbereich Energie, Wasser, Bergbau geprägt. Ursache war die sehr wechselhafte Energieproduktion. Diese Schwankungen haben allerdings keine Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit dieses Sektors, die ungeachtet der Ausschläge in der Wertschöpfung relativ gleichmäßig verläuft. Für die Beschäftigung sind die Bewegungen in der Energiewirtschaft also kaum von Bedeutung.

Im letzten Jahr (1999/2000) war der Rückstand Schleswig-Holsteins gegenüber Westdeutschland bei der Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau (Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein: 1,7%, in Westdeutschland: 4,0%) ähnlich wie beim Bruttoinlandsprodukt (0,9% gegenüber 3,3%), und auch für den Zeitraum 1995/2000 sind die Befunde ungeachtet der Unterschiede für einzelne Jahre ähnlich: Index 2000 (1995=100) für die Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau: 108,6 in Schleswig-Holstein, 112,5 in Westdeutschland; zum Vergleich für das Bruttoinlandsprodukt: 106,1 gegenüber 109,8. Diese Befunde stehen im Einklang mit dem Bild der Arbeitsplatzentwicklung.

90er Jahre und andererseits die seit Mitte der 90er Jahre vorherrschende exportgesteuerte Konjunktur zu nennen.

Der Basiseffekt resultiert aus den in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich starken Arbeitsplatzgewinnen der Periode 1990/92 (Nachfrageeffekte der Grenzöffnung und Wiedervereinigung) und den relativ geringen Arbeitsplatzverlusten im Verlauf der anschließenden Rezession (1992/94), in der die eher auf Dienstleistungen als auf Industrie spezialisierte Wirtschaft des Landes von allzu starken Einbußen verschont blieb. In der Folge war allerdings nach 1995 ein Beschäftigungsanstieg schwieriger zu realisieren als in Bundesländern, die zuvor hohe Beschäftigungsverluste im verarbeitenden Gewerbe hinnehmen mussten.

Hinzu kommt, dass die Wirtschaft Schleswig-Holsteins von einem primär exportgesteuerten konjunkturellen Aufschwung weniger begünstigt ist als andere Bundesländer. Insgesamt ist das produzierende Gewerbe mit seinen Produktionsbereichen, die für den Außenhandel relevante Güter erzeugen, im Land relativ zum Bundesgebiet West weniger stark vertreten. Außerdem wird häufig angeführt, dass gerade industrielle Bereiche, die von einer besonderen Dynamik bei den Exporten bzw. den Ausrüstungsinvestitionen profitieren, in Schleswig-Holstein weniger stark vertreten sind als im westdeutschen Durchschnitt und dass andererseits konsumorientierte Bereiche des Industrie- und Dienstleistungssektors oder das Baugewerbe im Lande eine überdurchschnittliche Bedeutung haben,<sup>23</sup> wobei diese zuletzt genannten Wirtschaftszweige in den letzten Jahren von einer schwachen Konsum- und Baukonjunktur betroffen waren.

---

<sup>23</sup> Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes, erreichte in Schleswig-Holstein 2000 zwar mit 33% eine neue Rekordmarke, sie blieb damit aber immer noch um über 5 Prozentpunkte unter der westdeutschen Quote (38,6%). Der Aufholprozess des Landes hinsichtlich seiner Orientierung auf Auslandsmärkte ist also noch nicht abgeschlossen. Vgl.: Statistik des Verarbeitenden Gewerbes, Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Ergebnisse für fachliche Betriebsteile, Monatsmelder.

Differenziert man das verarbeitende Gewerbe nach den elf wichtigsten Industriezweigen, ergibt sich bei der Exportquote 2000 ein Rückstand des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet West von fast 10%. Allein aus der besonderen, von Westdeutschland abweichenden Struktur des verarbeitenden Gewerbes würde sich ein Rückstand von knapp 6% ergeben.

Eine einfache Differenzierung nach Industriezweigen liefert also nur zum Teil einen Hinweis auf die Gründe der relativ geringen Auslandsorientierung des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein. So ist mit dem Fahrzeugbau zwar in der Tat ein exportintensiver Wirtschaftszweig im Land deutlich unterrepräsentiert, andere exportintensive Bereiche sind dagegen in Schleswig-Holstein gut vertreten (Maschinenbau, Elektrotechnik), und sie haben auch hier hohe Exportquoten. Auf der anderen Seite ist auch nur ein Teil der im allgemeinen wenig exportorientierten Wirtschaftszweige in Schleswig-Holstein überrepräsentiert (Ernährungsgewerbe sowie Papier, Druck, Verlagswesen). Die These der vorwiegend strukturbedingten Exportschwäche Schleswig-Holsteins kann also ohne tiefere empirische Analysen weder gestützt noch widerlegt werden.

Über die gesamten 90er Jahre gesehen hat Schleswig-Holstein zwar beim Bruttoinlandsprodukt einen Mittelplatz unter den westdeutschen Ländern halten können, das Land blieb aber bei der Erwerbstätigkeit hinter den anderen Flächenländern zurück.<sup>24</sup>

## 2. Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2000

### Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1995 bis 2000 (Tabelle 2, Abbildung 2)

Bei den im folgenden zusammengestellten Befunden, die sich vor allem auf den Fünfjahreszeitraum 1995 bis 2000 konzentrieren, ist zu bedenken, dass hier nur ein Ausschnitt aus einem langfristigen Entwicklungsbild gezeigt wird und dass sich die Position Schleswig-Holsteins innerhalb Westdeutschlands je nach gewählter Periode unterschiedlich darstellt. So war die Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung des Landes zwar ab 1996 ungünstiger, über die letzten 20 Jahre gesehen aber günstiger als in Westdeutschland. Immerhin konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1980 bis 2000 in Schleswig-Holstein um etwa 80 Tsd. (von ca. 730 Tsd. im Jahresdurchschnitt 1980 auf etwa 810 Tsd. nach alter Berechnungsart) bzw. um 11% gesteigert werden, während im Bundesgebiet West nur eine Zunahme von etwa 8,5% erreicht wurde.

Darüber hinaus wird in der Tabelle 2 auch der Unterschied zwischen Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung deutlich: Während das **Bruttoinlandsprodukt** in Westdeutschland im Zeitraum 1995/2000 real um knapp 10% zugenommen hat, stieg die Zahl der **Arbeitsplätze** (Erwerbstätige) in dieser Zeit nur um 4,7%. Im gleichen Zeitraum konnte in Schleswig-Holstein bei einem etwas niedrigeren Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (+6,1%) nur in geringem Umfang zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2000 um 1,9% bzw. um 23 Tsd. über der Zahl von 1995, wobei der größte Teil des Beschäftigungsanstiegs im letzten Jahr (1999/2000: +15,6 Tsd.) erreicht werden konnte.<sup>25</sup> Als Ergebnis dieser Entwicklung und eines zumindest im ersten Teil der Periode

---

<sup>24</sup> Das Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995) lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 um 9,4% über dem Wert für 1991, in Westdeutschland war es 11,7% höher als 1991. Unter den westdeutschen Flächenländern zeigten nur die süddeutschen Länder Bayern (+18,1%), Hessen (+13,7%) und Baden-Württemberg (+11,5%) günstigere Befunde. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Westdeutschland im Zeitraum 1991/2000 um 3,7%, in Schleswig-Holstein dagegen nur um 1,7%. Die Bundesländer mit der höchsten Steigerung der Erwerbstätigenzahlen waren Niedersachsen (+5,2%) und Bayern (+4,4%). Auf die Entwicklung seit 1995 wird im folgenden und in der Tabelle 2 genauer eingegangen.

<sup>25</sup> Damit nahm die "Arbeitsproduktivität" (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) im Zeitraum 1995 bis 2000 in Schleswig-Holstein um 6,2% zu (Zunahme in Westdeutschland: + 7,0%), der auf diese Weise gemessene "Produktivitätsrückstand" des Landes gegenüber Westdeutschland hat sich in dieser Periode über alle Wirtschaftsbereiche gesehen etwas erhöht. Weitere, auch nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Befunde sind in der Tabelle 3 dokumentiert.

noch steigenden Arbeitskräfteangebots zeigt sich eine **Arbeitslosenzahl**, die in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 um 12 Tsd. über der Zahl von 1995 lag. In Westdeutschland konnte die Arbeitslosenzahl aufgrund des starken Rückgangs 1999/2000 zuletzt auf ein Niveau knapp unter dem von 1995 gedrückt werden. Dabei waren die Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung bis 1996 in Schleswig-Holstein etwas günstiger, spätestens ab 1997 aber ungünstiger als in Westdeutschland.

Die Arbeitsplatzentwicklung des Landes wird im folgenden im Vergleich mit den anderen Bundesländern dargestellt. Empirische Befunde für die kreisfreien Städte und Landkreise Schleswig-Holsteins sowie für die Planungsräume liegen zur Zeit aufgrund der Umstellung und Korrektur der Beschäftigtenstatistik für das Jahr 2000 nicht vor, auf eine Darstellung regionaler Ergebnisse muss in diesem Arbeitsmarktbericht daher verzichtet werden. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die grundlegenden Tendenzen des räumlichen Strukturwandels, Suburbanisierung und Dezentralisierung, fortgesetzt haben – eine Entwicklung, von der die Kreise im südlichen Schleswig-Holstein profitieren und die auf Kosten der Beschäftigung in den (kreisfreien) Städten geht.<sup>26</sup>

## **Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins im Ländervergleich (Tabellen 4 bis 6)**

Die Arbeitsplatzentwicklung kann anhand der Zahl der Erwerbstätigen oder der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort verfolgt werden. Während die **Erwerbstätigen** die Gesamtzahl aller Arbeitsplätze einschließlich der Fälle geringfügiger Beschäftigung repräsentieren<sup>27</sup>, fehlen bei den **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**<sup>28</sup> die Beamtin-

---

<sup>26</sup> Vgl.: Statistischer Arbeitsmarktbericht 1999: Landtagsdrucksache 15/576 bzw. H. Herrmann, M. Hirschfeld, Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1999. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 32, Kiel 2000, S. 12-13, Tabelle 7 und Abbildungen 5 und 6.

Parallel zu den langfristigen Trends der Suburbanisierung und Dezentralisierung treten natürlich auch kurzfristige Beschäftigungsschwankungen als Folge singulärer Ereignisse auf (z.B. Betriebs-schließungen). Empirische Hinweise auf solche beschäftigungswirksamen Ereignisse lassen sich bei hinreichender Größe auch an den Arbeitslosenzahlen ablesen, die zeitnah auch auf regionaler Ebene vorliegen. Vgl. hierzu Abschnitt 5.

<sup>27</sup> Die *Erwerbstätigenrechnung* ist Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie erfasst auf Bundesländerebene alle Arbeitsplätze, allerdings nur jährlich (Jahresdurchschnitt) und in einer relativ groben strukturellen Gliederung. Abweichend von früheren Arbeitsmarktberichten werden hier die revidierten Zahlen aus der 1999/2000 neu konzipierten und bis 1991 zurückgerechneten Erwerbstätigenstatistik verwendet, die die geringfügige Beschäftigung stärker erfassen und damit den Erwerbstätigenbegriff sehr weit definieren. Dies führte dazu, dass 1999 nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) bundesweit 4 Mill. Erwerbstätige zusätzlich nachgewiesen wurden. Die Erwerbstätigenzahlen aus den letzten Arbeitsmarktberichten sind also nicht mehr mit denen dieses Berichts zu vergleichen. Die im folgenden verwendeten Erwerbstätigenzahlen stammen aus der Berechnung vom März 2001, die Werte für 2000 sind darin natürlich Schätzungen, die möglicherweise noch revidiert werden. Die Erwerbstätigen werden vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung im übrigen nicht nach Frauen und Männern getrennt ausgewiesen.

<sup>28</sup> Durch die Revision dieser Statistik (siehe Anmerkungen zur Tabelle 2) liegt zur Zeit nur wenig Mate-

nen und Beamten, die Soldaten und die Selbständigen, außerdem die abhängig Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit.

In Schleswig-Holstein erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr (1999/2000) um 15,6 Tsd. (plus 1,3%), und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (jeweils Juni 1999 und 2000) stieg um 11,1 Tsd. bzw. um 1,4%. Ungeachtet dieser erfreulichen Arbeitsplatzexpansion bleibt festzuhalten, dass Schleswig-Holstein weder bei den Erwerbstätigen noch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit der Dynamik der westdeutschen Flächenländer mithalten konnte.<sup>29</sup> Dies gilt auch für die mittelfristige Betrachtung (1995/2000). Dass Schleswig-Holstein letztlich nur knapp hinter der Erwerbstätigenentwicklung in Deutschland zurückblieb, liegt an der ungünstigen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern: Dort gingen bis ins Jahr 2000 hinein Arbeitsplätze verloren, der Abstand der jährlichen Veränderungsraten zwischen West- und Ostdeutschland lag 1999/2000 bei 3,3 Prozentpunkten bei den Erwerbstätigen und sogar bei 4,2 Prozentpunkten bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Zeitraum 1995/2000 nahm die Erwerbstätigkeit in Westdeutschland um 4,7% zu, in Ostdeutschland ging sie dagegen um 3,3% zurück.

Die **Arbeitsplatzentwicklung nach Wirtschaftsbereichen** (Tabelle 5: Erwerbstätige) zeigt für den Zeitraum 1995/2000, dass sich die Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Schleswig-Holstein (+23,1 Tsd.) als Saldo aus Beschäftigungsverlusten im verarbeitenden Gewerbe (minus 17,2 Tsd.), im Baugewerbe (minus 8,4 Tsd.) und in der Landwirtschaft (minus 3,9 Tsd.) und aus einem Beschäftigungsanstieg in den Bereichen Handel, Gastgewerbe, Verkehr (plus 15,7 Tsd.), Finanzierung, Unternehmensdienstleistungen (plus 23,0 Tsd.) sowie in öffentlichen und privaten Dienstleistungen (plus 16,0 Tsd.) ergibt.

Im letzten Jahr (1999/2000) war unter diesen Bereichen nur noch das Baugewerbe von Arbeitsplatzverlusten betroffen, die stärksten Beschäftigungsgewinne gab es bei den Unternehmensdienstleistungen sowie den öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Dennoch waren und sind es gerade diese Dienstleistungsbereiche, deren Dynamik in Schleswig-Holstein hinter der westdeutschen Entwicklung zurückblieb. In jüngster Zeit (1999/2000) war auch die Arbeitsplatzentwicklung im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr im Land schlechter als in Westdeutschland, dagegen konnte die ungünstige Position des Landes beim verarbeitenden Gewerbe, die seit 1995 bis 1999 bestand - Schleswig-Holstein war in dieser Phase Schlusslicht unter allen westdeutschen Flächenländern – in jüngster Zeit überwunden werden: Rang drei unter den acht westdeutschen Flächenländern, mit einem Erwerbstätigenzuwachs 1999/2000 um 1,2%, der sogar den westdeutschen Wert (plus 0,9%)

---

rial aus dieser Statistik vor, außerdem sind die revidierten Zahlen nur für 1999 und 2000 (jeweils Juni) vergleichbar. Zahlen vor der Revision gibt es nur bis einschließlich 1999, so dass für 1999 zwei Werte vorliegen – eine durchgehende Zeitreihe bis 2000 kann damit nicht dargestellt werden.

<sup>29</sup> Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war der Rückstand des Landes gegenüber Westdeutschland allerdings geringer als bei den Erwerbstätigen, und gegenüber dem gesamten Bundesgebiet war die Wachstumsrate 1999/2000 sogar etwas günstiger (+1,4% für Schleswig-Holstein gegenüber +1,2%).

übertraf. Insgesamt ergibt sich der Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber Westdeutschland also weniger durch den primären oder sekundären Sektor als vielmehr aus einer relativ schwachen Dynamik bei den expandierenden Bereichen des tertiären Sektors.

Auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird für den jüngsten Zeitraum (1999/2000) ein Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet (West/Ost) in einer tieferen Branchengliederung möglich (Tabelle 7). Dabei zeigen sich sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im tertiären Sektor einzelne Wirtschaftszweige mit positiver und negativer Beschäftigungsentwicklung, die das oberflächliche Bild rückläufiger Industriebeschäftigung und zunehmender Erwerbstätigkeit im tertiären Sektor aufbrechen. So konnten innerhalb des verarbeitenden Gewerbes einzelne Bereiche (Büro- und EDV-Geräte, Fahrzeugbau, Recycling-Möbel, Chemie-Mineralöl) per saldo zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und so zumindest teilweise die Beschäftigungsverluste insbesondere in den Bereichen Baugewerbe, Maschinenbau, Holz-Papier-Druck und Nahrungs- und Genussmittel ausgleichen. Auch im insgesamt expandierenden tertiären Sektor gab es einzelne Wirtschaftszweige mit rückläufiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung: Öffentliche Verwaltung sowie Erziehung, Unterricht. Hier muss aber beachtet werden, dass diese Befunde auch vom Wechsel der Beschäftigung zwischen Beamten- und Angestelltenstatus beeinflusst werden dürften.<sup>30</sup>

---

<sup>30</sup> Die Tabelle 7 erlaubt darüber hinaus einen Vergleich der Struktur der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen zwischen Schleswig-Holstein und West- und Ostdeutschland sowie eine Gegenüberstellung der Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftszweigen zwischen Schleswig-Holstein und Westdeutschland (Regionalfaktoren).

Die Beschäftigtenstruktur und -entwicklung nach Wirtschaftszweigen für die Planungsräume Schleswig-Holsteins sowie – nicht nach Wirtschaftszweigen differenziert – für die Nahbereiche des Landes, jeweils im Zeitraum 1980-1992-1998, wurde als Ergänzung zum Statistischen Arbeitsmarktberichts 1999 dokumentiert in: H. Herrmann, M. Hirschfeld, Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1999. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 32, Kiel 2000.

## **Beschäftigung der Frauen, Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen (Tabelle 8)**

Da bislang (Jahresmitte 2001) für das Jahr 2000 nur wenige Zahlen aus der Beschäftigtenstatistik vorliegen, ist eine Fortschreibung der Befunde zur Teilzeitarbeit und zur Beschäftigung auf der Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur sehr begrenzt möglich.<sup>31</sup> Die vorhandenen Zahlen stehen aber nicht im Widerspruch zu den bereits in den früheren Statistischen Arbeitsmarktberichten geschilderten langfristigen Trends.

So zeigt auch der Jahresvergleich 1999/2000 (jeweils 30. Juni) für Schleswig-Holstein eine weiterhin leichte Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der Frauen (Beschäftigungszunahme: plus 1,6%, bei den Männern: plus 1,2%) und eine stärkere Verschiebung zugunsten der Teilzeitarbeit: Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm um 5,1% bzw. um 6,6 Tsd., die der Vollzeitbeschäftigten dagegen nur um 4,6 Tsd. bzw. um 0,7% zu. Diese Trends entsprechen im wesentlichen auch der Entwicklung im Bundesgebiet West.

Die Frauenquote (Anteil der Frauen an allen Beschäftigten) erhöhte sich in Schleswig-Holstein auf nunmehr knapp 46,0% (Juni 2000), sie lag damit deutlich über der Quote in Westdeutschland (43,3%), blieb aber unter der ostdeutschen Quote (48,2%). Innerhalb der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte die Teilzeitquote in Schleswig-Holstein im Juni 2000 knapp 16,6% (nach 16,0% im Juni 1999), sie blieb wie bisher über der Quote in Westdeutschland (2000: 14,5%) und Ostdeutschland (12,5%).

Die langfristigen Verschiebungen bei der Arbeitszeit, insbesondere die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, legen es nahe, auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes (Beschäftigung) zwischen der Zahl der Arbeitsplätze bzw. der Beschäftigten und dem Arbeitsvolumen in geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr zu unterscheiden. "Erst das Arbeitsvolumen und seine Veränderung spiegeln die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Erwerbsarbeit wider."<sup>32</sup> Empirische Ergebnisse hierzu werden allerdings regelmäßig nur auf Bundesebene (West- und Ostdeutschland) und nicht für Bundesländer publiziert.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Die Erwerbstätigenrechnung liefert hier ebenfalls keine Hilfestellung, da sie nicht nach Frauen und Männern unterscheidet und für diesen Bericht auch nicht nach Vollzeit und Teilzeit differenziert vorliegt.

<sup>32</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 3 vom 20. 2.2001: H.-U. Bach, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen – Teil I: Arbeitsvolumen steigt wieder dank mehr Beschäftigung. Nürnberg 2001, S. 4.

<sup>33</sup> Im Rahmen eines Gutachtens des IAB wurde das Beschäftigungsvolumen (in Stunden pro Jahr) für die Kreise Deutschlands berechnet und seine Entwicklung im Zeitraum 1992 bis 1997 in einer Regionalkarte wiedergegeben. Vgl.: M. Koller, B. Schwengler, Struktur und Entwicklung von Arbeitsmarkt und Einkommen in den Regionen. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 232, Nürnberg 2000, Karte 1.

Über einen Zeitraum von neun Jahren (1991-2000) werden die Unterschiede zwischen der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dem Arbeitsvolumen in Westdeutschland deutlich, und diese Trends sind im wesentlichen auch auf Schleswig-Holstein übertragbar (vgl. Tabelle 8, Teil b). So ist die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland im Zeitraum 1991 bis 2000 um knapp 3,4% angestiegen, hinter dieser Zahl stehen aber ein Rückgang der Vollzeit-Arbeitnehmer um fast 8% und eine Zunahme der Teilzeit-Arbeitnehmer um über 56% - die Teilzeitquote erhöhte sich entsprechend von 17,6% auf 26,7%. Auf der Basis der Erwerbstätigenrechnung stellen die geringfügig Beschäftigten dabei mittlerweile fast die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging 1991 bis 2000 um 6,8% zurück. Ursache war eine Verringerung der Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten um 12%, während die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten unverändert blieb. So erreicht die Arbeitszeit eines Teilzeitbeschäftigten heute nur noch knapp 42% (1999: über 47%) der Arbeitswelt eines Vollzeitbeschäftigten. "Der Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit in den 90er Jahren war also nicht Ergebnis pauschaler Arbeitszeitverkürzungen, sondern im Wesentlichen Folge von Strukturveränderungen der Erwerbstätigkeit."<sup>34</sup>

Aufgrund dieser Verschiebungen haben wir im Bundesgebiet West in den 90er Jahren gleichzeitig eine Zunahme der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einen Rückgang des Arbeitsvolumens der Arbeitnehmer um 3,7%, bedingt durch ein rückläufiges Vollzeit-Arbeitsvolumen (minus 7,9%) und trotz einer Ausweitung des Teilzeit-Arbeitsvolumens um fast 38%.<sup>35</sup>

Im letzten Jahr (1999/2000) konnte im Bundesgebiet West (Basis: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) nicht nur die Zahl der Beschäftigten (plus 2,2%), sondern auch das Arbeitsvolumen um 0,6% ausgeweitet werden. Obwohl sich auch hier die Jahresarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten nochmals um 2% verringert hat, war die Teilzeitarbeit doch im wesentlichen für die Ausweitung des Arbeitsvolumens verantwortlich.

## **Beamtinnen und Beamte, Soldaten, Selbständige, Erwerbstätige in der Landwirtschaft**

Während die Zahl der **Soldaten** in Schleswig-Holstein zwischen 1988 und 1997 von über 62 Tsd. auf 34 Tsd. Personen zurückging, hat sich der Stellenabbau im Zeitraum 1997 bis 2000 – möglicherweise nur vorübergehend - reduziert. Im Mai 2000 lag die Zahl bei knapp 32,1 Tsd., darunter 20,1 Tsd. Berufs- und Zeitsoldaten und 12,0 Tsd. Grundwehrdienstleistende.

---

<sup>34</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 3 vom 20. 2.2001: H.-U. Bach, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen – Teil I: Arbeitsvolumen steigt wieder dank mehr Beschäftigung. Nürnberg 2001, S. 3.

<sup>35</sup> Der Anteil des Teilzeit-Arbeitsvolumens am gesamten Arbeitsvolumen stieg zwischen 1991 und 2000 in Westdeutschland von 9,2% auf 13,2% - er ist natürlich weiterhin deutlich geringer als der Teilzeitanteil der Erwerbstätigen.

Hinzu kommen 15,1 Tsd. Zivile Beschäftigte - bis 1992 waren es noch fast 24 Tsd. Personen. Diese sind allerdings bereits in der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst.

Schwerpunkte der Bundeswehr sind weiterhin die Regionen Schleswig-Holstein Nord und Mitte: Dort sind fast 72% aller Soldaten des Landes stationiert. Regionale Verschiebungen zeigen sich in den letzten Jahren (1997 bis 2000) in einem Rückgang der Soldatenzahlen in den kreisfreien Städten (dagegen nur geringfügig in den Landkreisen) und für die Planungsräume in rückläufigen Zahlen für Schleswig-Holstein Mitte, Südwest und Süd, dagegen leicht zunehmende Soldatenzahlen für Schleswig-Holstein Nord.<sup>36</sup>

Für die weiteren Beschäftigungskategorien (Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Nicht-Arbeitnehmer und Erwerbstätige in der Landwirtschaft) wird im Rahmen der Arbeitsmarkt-Bilanzierung (Abschnitt 3) auf die Erwerbstätigenrechnung der Länder zurückgegriffen, da keine spezifischen statistischen Quellen mit hinreichender Aktualität und Präzision verfügbar sind. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Angaben für 2000 noch erste Schätzungen darstellen.<sup>37</sup> Die im folgenden dargestellten Veränderungen für 1999/2000 stellen also noch vorläufige Werte dar.

Die Erwerbstätigenrechnung der Länder weist die Zahl der **Beamtinnen und Beamten** einschließlich der Soldaten aus. In Schleswig-Holstein ging diese Gesamtzahl 1998/99 um 2,8 Tsd. und 1999/2000 nochmals um 3,7 Tsd. auf 100,2 Tsd. zurück. Die Beschäftigungsverluste entfielen in beiden Jahren zum größeren Teil auf die Beamten (minus 2,1 Tsd. bzw. minus 2,7 Tsd.). Über die letzten neun Jahre (1991-2000) ging die Zahl der Beamtinnen und Beamten um über 10 Tsd. von knapp 80 Tsd. auf unter 70 Tsd. zurück, bei den Soldaten war der Rückgang von 52 Tsd. (1991) auf 32 Tsd. noch stärker – insgesamt gab es bei Beamten und Soldaten also einen Beschäftigungsrückgang von über 30 Tsd.!

Empirische Befunde zur **Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft** und zu den "Nicht-Arbeitnehmern"<sup>38</sup> (außerhalb der Landwirtschaft) lassen sich ebenfalls nur auf Basis der Schätzwerte der Erwerbstätigenrechnung der Länder darstellen. In Schleswig-Holstein schwankt die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft seit 1998 um 43 bis 44 Tsd. Personen.

Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Nicht-Arbeitnehmern außerhalb der Landwirtschaft ist zu beachten, dass die Veränderungen seit 1998 von den Neuregelungen

---

<sup>36</sup> Die regionalen Daten zur Beschäftigung der Bundeswehr wurden uns freundlicherweise von der Landesplanung Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt. Berufs- und Zeitsoldaten plus Grundwehrdienstleistende - Zahlen für die Regionen des Landes, Mai 2000 (in Klammern: Mai 1997) in Hunderter-Einheiten:

Kreisfreie Städte: 4.700 (6.000), Landkreise: 27.400 (27.600)

Planungsräume: Schleswig-Holstein Nord: 12.500 (12.100); Mitte: 10.600 (12.000);

Südwest: 4.800 (5.200); Ost: 1.500 (1.500); Süd: 2.700 (2.900).

<sup>37</sup> Der Schätzfehler in Relation zum Niveau der Erwerbstätigenzahl dürfte umso größer sein, je stärker die Erwerbstätigenkategorien differenziert sind.

<sup>38</sup> Selbständige und mithelfende Familienangehörige

der geringfügigen Beschäftigung beeinflusst sein dürften. Dazu gehört insbesondere der deutliche Zuwachs der Differenz zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern außerhalb der Landwirtschaft (ohne Beamte) und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ebenfalls ohne Landwirtschaft), wobei diese Differenz ein Maß für die **abhängige geringfügige Beschäftigung** außerhalb der Sozialversicherungspflicht sein dürfte.<sup>39</sup> Der Abstand zwischen diesen beiden Kategorien hat sich 1998/99 um über 5 Tsd. und 1999/2000 nochmals um 7 Tsd. vergrößert.<sup>40</sup> Die Zahl der Nicht-Arbeitnehmer (**Selbständige**) außerhalb der Landwirtschaft hat sich gemäß Erwerbstätigenrechnung zwischen 1998 und 2000 praktisch nicht geändert. Die folgende Übersicht fasst die Entwicklung der verschiedenen Kategorien der Erwerbstätigkeit für 1998/99 und 1999/2000 (vorläufige Schätzung) zusammen:

#### **1998/1999**

- minus 1,4 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- plus 8,4 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ohne Landwirtschaft
- plus 13,6 Tsd. bei den Arbeitnehmern ohne Beamte/Soldaten, ohne Landwirtschaft
- minus 2,2 Tsd. bei den Beamtinnen und Beamten
- minus 0,6 Tsd. bei den Zeit- und Berufssoldaten und den Grundwehrdienstleistenden
- keine Veränderung bei den Nicht-Arbeitnehmern/Nicht-Arbeitnehmerinnen, ohne Landwirtschaft

#### **1999/2000 (Schätzung)**

- plus 1,0 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- plus 11,4 Tsd. bei den sozialversicherungspfl. Beschäftigten, ohne Landwirtschaft<sup>41</sup>
- plus 18,5 Tsd. bei den Arbeitnehmern ohne Beamte/Soldaten, ohne Landwirtschaft
- minus 2,7 Tsd. bei den Beamtinnen und Beamten
- minus 1,0 Tsd. bei den Zeit- und Berufssoldaten und den Grundwehrdienstleistenden
- minus 0,1 Tsd. bei den Nicht-Arbeitnehmern, ohne Landwirtschaft

### **3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz**

---

<sup>39</sup> Erwerbstätige (Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, einschl. mithelfende Familienangehörige, oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben; Definition gemäß Mikrozensus) werden unabhängig von ihrer geleisteten Arbeitszeit definiert. Eine "geringfügige" Erwerbstätigkeit liegt bei einer Arbeitszeit von 15 und weniger Stunden pro Woche vor. Aufgrund der bezogen auf die Arbeitszeit weiten Definition des Erwerbstätigenstatus kann eine geringfügige Beschäftigung durchaus mit dem Status der gemeldeten Arbeitslosigkeit vereinbar sein.

<sup>40</sup> Zunahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Landwirtschaft und ohne Beamte) 1998/99 um 13,6 Tsd. und 1999/2000 (Schätzung) um 18,5 Tsd. auf 961 Tsd. Personen; Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Landwirtschaft) jeweils im Juni um 8,4 Tsd. (1998/99) bzw. um 11,4 Tsd. (1999/2000) auf 804 Tsd. im Juni 2000. Die Differenz zwischen den beiden Werten (961 Tsd. bzw. 804 Tsd.) erlaubt in etwa einen Hinweis auf den Umfang der geringfügigen Beschäftigung außerhalb der Sozialversicherungspflicht.

<sup>41</sup> 1999/2000 mit revidierten Beschäftigtenzahlen, 1998/99 noch mit den herkömmlichen Zahlen

## **Das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein 1998 bis 2002 (Tabelle 9)**

Zur Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein muss neben der Arbeitsplatzentwicklung (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein) auch die Veränderung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein<sup>42</sup>) und der Pendlerströme über die Landesgrenzen betrachtet werden.

Wie bereits dargelegt (S. 2), hat die Arbeitsmarktberichterstattung des IAB (Bericht 2000 und 2001) eine Revision der Schätzung des Erwerbspersonenpotentials (Arbeitskräfteangebot) vorgenommen. Resultat ist für Westdeutschland eine 1998/99 und 1999/2000 jeweils um ca. 200 Tsd. Personen zunehmende Erwerbspersonenzahl, während nach alter Einschätzung (IAB-Jahresbericht 1999 und 2000) noch von einem Rückgang des Arbeitskräfteangebots um ca. 60 Tsd. (1998/99) ausgegangen wurde.<sup>43</sup> Das IAB begründet diese Neueinschätzung mit der umfassenderen Berücksichtigung geringfügiger Beschäftigung bei den Erwerbstätigen, da diese neuen Arbeitsplätze in erheblichem Umfang von bisherigen Nicht-Erwerbspersonen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentner, Hausfrauen) besetzt wurden. Dies – so das IAB – müsste sich für eine Bilanzierung auch auf die Erwerbsquoten und damit auf die Verhaltenskomponente des Arbeitskräfteangebots niederschlagen. Dagegen sollte bei einer Bilanzierung zwischen "vollwertiger" Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung<sup>44</sup> und dem Arbeitskräfteangebot wieder auf die herkömmliche Erwerbspersonenberechnung, also auf rückläufige Erwerbspersonenzahlen, zurückgegriffen werden.

Für Schleswig-Holstein ist keine Berechnung des Erwerbspersonenpotentials nach der neuen Interpretation des IAB verfügbar. Die Befunde des amtlichen Mikrozensus deuten ebenso

---

<sup>42</sup> Die Erwerbspersonen, also alle Personen, die erwerbstätig sind oder aktuell eine Erwerbstätigkeit anstreben, wurden auf der Basis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung bis Ende 1999 und der jüngsten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Landesplanung Schleswig-Holstein geschätzt. Die genannte Prognose für Schleswig-Holstein (Basisjahr: 1.1.1999, Prognose bis 2015) liefert auch Aussagen zur Zahl der Erwerbspersonen. Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Voraussichtliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis zum Jahr 2015. Kiel, Juni 2000.

Da das Arbeitskräfteangebot im folgenden durch die Erwerbspersonen und nicht durch das "Erwerbspersonenpotential" (in der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) gemessen wird, sind aus der Gegenüberstellung der Arbeitsplätze, der Erwerbspersonen und der gemeldeten Arbeitslosen auch keine Aussagen über die "passive" (latente) Stille Reserve möglich, also über Personen, die zur Zeit nicht, bei künftig günstigen Erwerbssaussichten dann aber doch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

<sup>43</sup> Vgl.: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 und 2000. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2000: 5-38, hier: S. 28. Zum Vergleich: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001: 5-27, hier: S. 18. Auch das Niveau des Erwerbspersonenpotentials wurde nach oben korrigiert: Für 1999 in Westdeutschland von 34,3 Mill. auf 35,9 Mill. Personen.

<sup>44</sup> Die Bilanzierung berücksichtigt dabei nur die Teilzeitbeschäftigung ohne die neuen Formen geringfügiger Beschäftigung (außerhalb der Sozialversicherungspflicht) – diese sind bilanztechnisch problematisch, da sie durchaus mit dem Status der Arbeitslosigkeit vereinbar sind.

wenig auf eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots in Schleswig-Holstein hin wie die für diesen Arbeitsmarktbericht fortgeschriebene Berechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik, der aktuellen Bevölkerungsprognose für Schleswig-Holstein (Basisjahr 1999) und der Schätzung bzw. Fortschreibung der Erwerbsquoten durch das Statistische Landesamt bzw. die Landesplanung (vgl. Anmerkungen zur Tabelle 9). Der Mikrozensus geht für den Zeitraum 1998 bis 2000 von einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl in Schleswig-Holstein um 18 Tsd. (auf 1,34 Mill.) aus, unsere Schätzung ergibt einen Rückgang von 7 bis 8 Tsd. auf 1,36 Mill. Erwerbstätige in 2000. Dabei ist zu beachten, dass die Erwerbsquoten im Rahmen dieser Schätzung einem langfristigen Trend folgen, der die Periode 1996 bis 2005 abdeckt – kurzfristige, abrupte Veränderungen des Erwerbsverhaltens, etwa als Folge geänderter Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit, sind darin naturgemäß nicht enthalten.

Der wichtigste **Trend beim Erwerbsverhalten** ist nach wie vor der *emanzipatorische Trend*, also die Zunahme der Erwerbsquoten bei den Frauen im mittleren Alter (ab 30 Jahre). Außerdem wird für die Zukunft eine Umkehr des bisherigen Trends sinkender Erwerbsbeteiligung der Altersgruppen ab 55 und besonders ab 60 Jahre unterstellt.<sup>45</sup> Dem stehen zwar andererseits - ausbildungsbedingt - rückläufige Erwerbsquoten bei den Altersgruppen bis 25 Jahre gegenüber, per Saldo führt die Trendfortschreibung der Erwerbsquoten aber zu höheren Erwerbspersonenzahlen als die Berechnung mit den Status-Quo-Erwerbsquoten von 1996: Im Jahr 2002 dürften sich die Erwerbspersonenzahlen je nach Erwerbsquoten-Variante für Schleswig-Holstein bereits um über 26 Tsd. unterscheiden, wobei diese Differenz ausschließlich auf die Frauen zurückzuführen ist. Geht man in der Zukunft von einer leichten Entspannung der Arbeitsmarktsituation aus, dürfte die Variante (a) die wahrscheinlichere sein. Lediglich bei einer erneuten Zuspitzung der Lage wäre zu erwarten, dass der langfristige *emanzipatorische Trend* zumindest vorübergehend außer Kraft gesetzt würde.<sup>46</sup>

Unterstellt man den für 1996 bis 2005 prognostizierten Trend der Erwerbsquoten (Tabelle 9.a), ergibt sich 2002 gegenüber 1998 ein Rückgang um 12 Tsd. Erwerbspersonen, jährlich liegt der Rückgang im Durchschnitt also bei 3 Tsd. Personen. Bei den Männern ist der Rückgang mit knapp 20 Tsd. (pro Jahr im Durchschnitt um 5 Tsd.) noch stärker, während bei den Frauen ein Zuwachs des Arbeitskräfteangebots 1998/2002 um ca. 7 Tsd. (pro Jahr

---

<sup>45</sup> Das Ausmaß, mit dem die Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe der 60-65-Jährigen zukünftig wieder ansteigen wird, hängt von institutionellen Regelungen (Vorruhestand, Rentengesetzgebung, Arbeitsförderungsgesetz etc.), den Reaktionen der Menschen dieser Altersgruppe auf diese Regelungen und der Personalpolitik der Unternehmen und Organisationen ab. Der erwartete Anstieg der Erwerbsquoten wird von verschiedenen Forschungsinstituten (z.B. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Prognos AG) sehr unterschiedlich eingeschätzt.

<sup>46</sup> Natürlich würden auch arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht in der Erwerbsquoten-Prognose berücksichtigt sind (z.B. Vorruhestandsregelungen und Qualifizierungsmaßnahmen), bei bestimmten Personenkreisen bewirken, dass sie (vorübergehend) aus dem Kreis der Erwerbspersonen ausscheiden - mit entsprechend veränderten Prognosewerten für die Zahl der Erwerbspersonen.

etwa 1,5 bis 2 Tsd.) zu erwarten ist.

Die Tabelle 9 stellt außerdem die bereits beginnende und in der Zukunft verstärkt wirkende Verschiebung der Altersstruktur des Arbeitskräfteangebots von den 25-40jährigen zu den 40-60jährigen dar: Allein im Zeitraum 1998 bis 2002 wird die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 25 bis 40 Jahren nach unserer Schätzung um fast 40 Tsd. zurückgehen, während für die ältere Gruppe der Erwerbspersonen (ab 40 Jahre) von einer Zunahme um über 15 Tsd. auszugehen ist. Für die Qualifikation des Arbeitskräftepotentials und ihre Erneuerung wird die obere Altersgruppe der Erwerbspersonen also zukünftig an Stellenwert gewinnen.

Angesichts der heute im Grundsatz bereits bekannten längerfristigen Trends – sinkendes Arbeitskräfteangebot ab 2010, spätestens ab 2015, und weitere Alterung des Arbeitskräfteangebots<sup>47</sup> – wird sich die Arbeitsmarktpolitik ebenso wie die betriebliche Personal- und Qualifizierungspolitik schon heute auf diese Entwicklung einstellen müssen. Wenn nämlich große Teile der alternden Belegschaften in 10 bis 15 Jahren in den Ruhestand gehen und ersetzt werden müssen, sind jüngere qualifizierte Nachwuchskräfte knapp und teuer geworden,<sup>48</sup> Engpässe bei Wirtschaftswachstum und Strukturwandel wären damit vorprogrammiert. Diesen Tendenzen ist heute schon präventiv mit erwerbsbegleitender Qualifizierung, einer alternsgerechten Gestaltung betrieblicher Arbeitsbedingungen und einer generationenübergreifenden Personalpolitik zu begegnen, die altersbezogene Segmentierungen vermeidet und die empirisch nicht bestätigte "Defizit-Hypothese" (Produktivitätsrückstand älterer Arbeitnehmer) überwindet.<sup>49</sup>

Ein zweites Standbein präventiver Qualifizierungspolitik bilden intensive Anstrengungen bei der jungen Generation der Schulabgänger: Hier geht es also nicht nur darum, möglichst allen jungen Menschen hier und heute das Berufsleben zu erschließen, sondern auch um einen Beitrag zur Eingrenzung der in der Zukunft drohenden Qualifizierungslücke.

## **Die Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein**

---

<sup>47</sup> Vgl.: Dieser Trend wird durch Zuwanderung allenfalls abgeschwächt, aber nicht verhindert oder gar umgekehrt. Vgl. hierzu auch: A. Niebuhr, K. Peschel, G. P. Radtke, Zukunftsszenarien – Schleswig-Holstein im Jahr 2010. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 28, Kiel 1999, S. 2-5.

<sup>48</sup> In Westdeutschland durchliefen die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre die Phase ihrer beruflichen Erstausbildung am Anfang bis Mitte der 80er Jahre. Bis 1990 kam es dann fast zur Halbierung der für die Erstqualifikation relevanten Jahrgänge. Darauf folgte noch einmal ein leichtes Zwischenhoch, das noch bis etwa 2005/2010 anhalten dürfte und das für eine intensive, moderne Qualifizierung dieser jungen Erwerbspersonen genutzt werden muss. Dies ist vor allem notwendig, weil die jugendlichen Bevölkerungspotentiale danach bis 2030 massiv absinken werden. Diese langfristige Entwicklung kann selbst durch verstärkte Zuwanderung allenfalls abgemildert werden. Vgl.: M. Hummel, Bildungsexpansion in Westdeutschland: Stillstand ist Rückschritt. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Ausgabe Nr. 8 vom 18. 4. 2001. Vgl. auch: P. Wagner, Zukunftsreport demografischer Wandel: Mit Älteren gegen Fachkräftemangel und Innovationsschwäche. Informationsdienst des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Materialien Ausgabe Nr. 4/2000, S. 4/5.

<sup>49</sup> Vgl.: Ebenda.

Die primäre Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein ergibt sich - vor Pendlerausgleich - aus der Gegenüberstellung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein) und der Arbeitsplätze (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein). Bei den Erwerbstätigen werden im folgenden die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht sozialversichert sind, nicht berücksichtigt. Abgesehen von Schätzfehlern setzt sich der Saldo der Bilanz aus den gemeldeten Arbeitslosen, der "aktiven" Stillen Reserve (zuzüglich der Teilnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen) und dem Pendlersaldo über die Landesgrenzen (Auspendlerüberschuss) zusammen.<sup>50</sup>

Empirische Befunde liegen für die gemeldeten Arbeitslosen vor, statistisch gestützte Aussagen zum Pendlersaldo und zur aktiven Stillen Reserve sind dagegen nur bedingt möglich. Im folgenden wird die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 1998/99 und 1999/2000 dargestellt. Die weitere Entwicklung der Bilanz (2000 bis 2002) ist dann Gegenstand der Arbeitsmarktprognose im Abschnitt 4.

Die **Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 1998/99** resultierte aus einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 4,3 Tsd.<sup>51</sup> und einer Verringerung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen) um 3,5 Tsd. - damit hat sich der (primäre) Saldo der Arbeitsmarktbilanz um 7,8 Tsd. verbessert, beide Bilanzseiten waren an dieser Verbesserung beteiligt. Die aktive Stille Reserve in Form von Personen in Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) blieb etwa unverändert (im Jahresdurchschnitt 1998: 8,1 Tsd. gegenüber 8,2 Tsd. 1999).

Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging, gemessen an den "Berufspendlern" aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten,

---

<sup>50</sup> Zur aktiven Stillen Reserve gehören Personen, die aktuell eine Erwerbstätigkeit suchen, sich aber nicht arbeitslos gemeldet haben. Die "passive" Stille Reserve wäre dagegen nur aus einer Gegenüberstellung der Erwerbstätigen mit dem Erwerbspersonenpotential ableitbar, da diese Größe die latent, aber nicht aktuell Arbeitssuchenden mit einschließt.

Personen, die vom Arbeitsplatzdefizit betroffen sind und in Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik betreut werden, sind wie folgt berücksichtigt: Beschäftigte in ABM und SAM (Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen) werden als Erwerbstätige registriert. Personen, die an (Vollzeit-) Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW) teilnehmen, bilden die aktive Stille Reserve "in Maßnahmen". Personen, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, gehören nicht mehr zu den Erwerbspersonen.

<sup>51</sup> Erwerbstätige in der Landwirtschaft, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Landwirtschaft), Beamtinnen und Beamte, Soldaten, Nicht-Arbeitnehmerinnen und Nicht-Arbeitnehmer (ohne Landwirtschaft). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den Beamten oder Soldaten zählen (nicht sozialversichert geringfügig abhängig Beschäftigte), werden hier nicht berücksichtigt, vor allem, weil die Kategorie der geringfügig Beschäftigten für eine Arbeitsmarkt-Bilanzierung ungeeignet ist: Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung müssten im Rahmen einer Arbeitsmarktbilanz unterschiedlich berücksichtigt werden: Sie können z.B. durchaus arbeitslos gemeldet sein, sie können ohne Arbeitslosmeldung nach einer "vollwertigen" Beschäftigung suchen (dann wären sie Teil der aktiven Stillen Reserve) oder sie können neben oder statt ihrer geringfügigen Tätigkeit keine "vollwertige" Tätigkeit suchen - dann blieben sie in einer Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. Da keine hinreichenden Informationen über die entsprechende Struktur der geringfügig Beschäftigten vorliegen, haben wir diese Beschäftigungskategorie aus der Bilanzierung ausgeschlossen.

wie schon in den beiden Jahren zuvor zurück (von 83,5 Tsd. 1998 auf 80,4 Tsd. 1999)<sup>52</sup>, insbesondere aufgrund zunehmender Einpendlerzahlen aus Hamburg. Ein Teil der primären Bilanzverbesserung wird also auf das Konto eines sinkenden Auspendlerüberschusses abgebucht. Es bleibt als Abbild der Bilanzverbesserung ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen (Jahresdurchschnitte 1998 und 1999) um 6,3 Tsd. Personen. Trotz dieser Belastungen der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktbilanz erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen "nur" um 1,5 Tsd. Personen. Ungeachtet der Schätzfehler innerhalb der in der Bilanz gegenübergestellten Größen ist also von einer Zunahme der Stillen Reserve (außerhalb der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik) auszugehen.<sup>53</sup>

Die **Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 1999/2000** unterscheidet sich gegenüber dem Vorjahr (1998/99) durch einen stärkeren Beschäftigungszuwachs. Die Zahl der Erwerbstätigen (wiederum ohne Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung außerhalb der Sozialversicherungspflicht) nahm um 8,6 Tsd. zu, gleichzeitig ging das Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonen) um 3,8 Tsd. zurück. Zur Verbesserung der primären Bilanz (um 12,4 Tsd.) hat die Arbeitsplatzexpansion also den größeren Beitrag geleistet. Die aktive Stille Reserve in Weiterbildungsmaßnahmen blieb weiterhin per saldo nahezu unverändert (im Jahresdurchschnitt 2000: 8,3 Tsd. Personen) während zum Pendlersaldo Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn für das Jahr 2000 noch keine statistischen Informationen vorliegen.<sup>54</sup>

Sollte sich der Trend der letzten Jahre fortsetzen und der Auspendlerüberschuss des Landes 2000 gegenüber 1999 erneut rückläufig sein, erscheint das folgende Bild plausibel: Verbesserung der primären Arbeitsmarktbilanz 1999/2000 um 12,4 Tsd. (Erwerbstätigkeit: plus 8,6 Tsd., Erwerbspersonen: minus 3,8 Tsd.) und Verringerung der Arbeitslosenzahlen um 7,7 Tsd. Personen. Der Unterschied zwischen der Verbesserung der Primärbilanz und der Verringerung der Arbeitslosenzahlen dürfte sich dann vermutlich zu etwa gleichen Teilen auf einen Abbau der Stillen Reserve im engeren Sinne und eine Verringerung des Auspendlerüberschusses aufteilen.

#### **4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz**

---

<sup>52</sup> Pendlersaldo ohne Auslandspendler

<sup>53</sup> Auf eine quantitative Einschätzung der Veränderung der Stillen Reserve wird hier verzichtet, da sich die Schätzfehler bei den Erwerbstätigen- und Erwerbspersonenzahlen in einer Saldierung der beiden Arbeitsmarktseiten besonders gravierend auswirken können.

<sup>54</sup> Genauere Befunde zur Pendlerverflechtung sind im Statistischen Arbeitsmarktbericht 1999 dokumentiert. Neuere Pendlerzahlen aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (z.B. für Juni 2000) lagen im Sommer 2001 noch nicht vor. Eine ausführliche Darstellung der Pendlerverflechtung innerhalb Schleswig-Holsteins bzw. zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wurde am Institut für Regionalforschung im Auftrag der Landesplanung Schleswig-Holstein erarbeitet, sie umfasst den Zeitraum 1993 bis 1999 und beinhaltet auch kleinräumliche Analysen auf Gemeindeebene (z.B. für die Mittel- und Oberzentren des Landes). Die Ergebnisse werden im Herbst 2001 vorgestellt und danach publiziert.

## Prognose der Arbeitsplatzentwicklung bis 2002

### Anmerkungen zum Prognoseansatz

Der jährliche Statistische Arbeitsmarktbericht enthält neben einer Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktsituation des abgelaufenen Jahres (hier: 2000) auch eine Prognose der Beschäftigungs- und der Arbeitsmarktentwicklung für die beiden jeweils nächsten Jahre, in diesem Falle also für 2001 und 2002. Die Beschäftigungsprognose steht grundsätzlich auf **zwei Säulen**: Zum einen auf den jeweils jüngsten Konjunkturprognosen für das Bundesgebiet West (Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit) für ein oder zwei Jahre im voraus, sowie zum anderen auf einer mittelfristigen Beschäftigungsprognose für die westdeutschen Raumordnungsregionen (**Regionalprognose**).

Bei diesem regionalen Ansatz wird allerdings nicht die künftige Beschäftigung selbst, sondern die Veränderung der Beschäftigten**anteile** der Regionen an der Gesamtbeschäftigung in Westdeutschland geschätzt.<sup>55</sup> Die Eckdaten der Konjunkturprognose auf Bundesebene werden dann mit den zukünftigen regionalen Beschäftigtenanteilen verknüpft, um absolute Beschäftigtenzahlen für die Regionen zu erhalten, die dann wiederum zu Prognosewerten für Schleswig-Holstein aggregiert werden.

Für die Beschäftigungsprognose gehen wir davon aus, dass die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein seit etwa 1996/97 von der sehr spezifischen konjunkturellen Situation, wie sie oben beschrieben wurde, in besonderem Maße negativ beeinflusst worden ist: Zum einen hat die hiesige Wirtschaft von der exportbedingten Expansion im verarbeitenden Gewerbe weniger profitiert als andere Bundesländer mit einem höheren Industrieanteil und mit stärkerer Exportorientierung. Zum anderen trifft die Rezession im Baugewerbe Schleswig-Holstein besonders hart, da dieser Wirtschaftszweig einschließlich der damit verknüpften Zulieferbereiche in vielen Landesteilen überdurchschnittlich präsent ist.

Angesichts der für Deutschland prognostizierten Veränderungen des Konjunkturmusters, auf die im folgenden kurz eingegangen wird, kann man annehmen, dass sich das einseitige Bild einer überwiegend durch Auslandsimpulse geprägten Entwicklung zugunsten der Binnen- nachfrage verschieben und der Kapazitätsabbau im Baugewerbe in Westdeutschland langsam zum Ende kommen wird. Damit verbessert sich die Aussicht, dass Schleswig-Holstein nach den kritischen vier Jahren (1996-2000) allmählich wieder zum Trend der *Regionalprognose* zurückfindet, der sich insbesondere an den langfristig recht stabilen Prozessen des räumlichen Strukturwandels (Dezentralisierung und Suburbanisierung) orientiert. Die mittelfristige *Regionalprognose* weist Schleswig-Holstein ohne seine südlichen Landesteile eine Beschäftigtenentwicklung zu, die etwa dem westdeutschen Entwicklungspfad entspricht. Schleswig-Holstein Süd würde sich nach dieser Prognose aber deutlich günstiger als der westdeutsche Durchschnitt entwickeln, da das Hamburger Randgebiet von den Suburbanisierungseffekten der Metropolregion profitiert.

Der mittelfristige Trend der *Regionalprognose* von Bade geht für Schleswig-Holstein also insgesamt von einem jährlichen Anteilszuwachs gegenüber der westdeutschen Beschäftigung aus, der sich fast vollständig aus einem Anteilszuwachs des Planungsraumes I

---

<sup>55</sup> Bei der *Regionalprognose* übernehmen wir im wesentlichen die Ergebnisse von Franz-Josef Bade: F.-J. Bade, Regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1997-2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/1999, S. 603-617. Daten zur künftigen Entwicklung für die Planungsräume des Landes wurden uns freundlicherweise von F.-J. Bade zur Verfügung gestellt.

(Schleswig-Holstein Süd) rekrutiert. Tatsächlich erhöhte sich der Anteil Schleswig-Holsteins an allen westdeutschen Erwerbstätigen bzw. an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den 90er Jahren bis 1996 z.T. noch stärker als mittelfristig angenommen, danach ging er aber bis 2000 wieder zurück. Wir unterstellen in der Prognose, dass sich der Rückgang des Landesanteils bis 2002 reduziert und danach langsam wieder auf das alte Bild eines leicht zunehmenden Anteils eingeschwenkt wird.

Die im folgenden prognostizierten Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Landes an Westdeutschland sind: 35,87 v.T. (bekannter Ausgangswert für 2000), 35,79 v.T. (Prognosewert für 2001) und 35,77 v.T. (Prognosewert für 2002). Das bedeutet, dass sich Schleswig-Holstein bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 2002 noch etwas ungünstiger als Westdeutschland entwickeln wird, dass dieser Rückstand aber allmählich abgebaut wird.<sup>56</sup>

Die Prognose der Beschäftigungsentwicklung des Landes für 2001 und 2002 wird in diesem Arbeitsmarktbericht nicht nur durch die wechselhafte Position des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet West, sondern auch durch die beiden folgenden Aspekte erschwert:

**Erstens:** Die allgemeine Prognoseunsicherheit zeigt sich in den letzten Monaten durch große Prognosefehler und z.T. heftige Korrekturen der Konjunkturprognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsprognose für Schleswig-Holstein im Rahmen dieses Berichts. Im letzten Arbeitsmarktbericht (1999) wurde für 1999/2000 auf der Basis der im Sommer 2000 vorliegenden Konjunkturprognosen eine Zunahme der Erwerbstätigenzahlen in Westdeutschland um 250 Tsd. (plus 0,9%) unterstellt, für Schleswig-Holstein ergab sich unter Verwendung der *Regionalprognose* damit eine prognostizierte Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 5,3 Tsd. (plus 0,5%). Tatsächlich stieg die Erwerbstätigenzahl in Westdeutschland aber um fast 500 Tsd. (plus 2,2%) und in Schleswig-Holstein um über 15 Tsd. (plus 1,3%). Hätte man für die Landesprognose die korrekte Erwerbstätigenentwicklung in Westdeutschland zugrunde gelegt, dann hätte man für Schleswig-Holstein einen Erwerbstätigenzuwachs um ca. 20 Tsd. erwarten können. Mit anderen Worten: Der größere Teil des Schätzfehlers für 2000 ging auf das Konto des Prognosefehlers für Westdeutschland, also auf die im Sommer 2000 vorliegenden Konjunkturprognosen.

Auch die für 2000/2001 im letzten Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein in Aussicht gestellte weitere Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation wurde im wesentlichen aus den Konjunkturprognosen des Sommers 2000 abgeleitet, die für Westdeutschland noch einen Beschäftigungsanstieg um knapp 300 Tsd. (um fast 1%) erwarteten.<sup>57</sup> Tatsächlich dürfte die Beschäftigung in Westdeutschland im Jahr 2001 selbst bei einer allmählichen Überwindung der derzeitigen Konjunkturflaute am Ende nur wenig über der des Vorjahres liegen.

**Zweitens:** Die Datensituation ist bezüglich der Beschäftigung und der Erwerbstätigkeit deut-

---

<sup>56</sup> Der mittelfristige Trend der *Regionalprognose* von F.-J. Bade (1997-2004) geht für Schleswig-Holstein von einem jährlichen Anteilszuwachs bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten um 0,09 v.T. aus, bei den Erwerbstätigen ist es ein jährliches plus von 0,07 v.T.

<sup>57</sup> Interessanterweise war die Prognose der Arbeitslosenzahlen für 2000 im letzten Arbeitsmarktbericht korrekt: Der vorhergesagte Wert von 114 Tsd. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt hat sich 2000 tatsächlich eingestellt. Der im letzten Bericht für 2001 in Aussicht gestellte weitere Abbau der Arbeitslosigkeit auf ca. 105 Tsd. dürfte sich allerdings nicht umsetzen lassen.

lich ungünstiger als vor einem Jahr: Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fehlen für die Jahresmitte 2000 jegliche Regionaldaten unterhalb der Landesebene, außerdem wurden sowohl die Beschäftigungs- als auch die Erwerbstätigenzahlen neu berechnet (Revision aufgrund der verbesserten Erfassung der geringfügigen Beschäftigung und aufgrund der notwendigen Anpassung an die EU-Statistik), so dass die seit den 80er Jahren aufgebauten Zeitreihen nicht mehr bis 2000 fortgeschrieben werden können (sofern die amtliche Statistik nicht eine Rückrechnung vorgenommen hat). Ein auf Trendanalysen und auf Regionaldaten beruhender Prognoseansatz verliert damit naturgemäß an Präzision und Sicherheit.

Die konjunkturelle Situation in Deutschland im Jahr 2000 und in der ersten Jahreshälfte 2001 wurde im Abschnitt 1 (S. 5 und 6) bereits beschrieben.<sup>58</sup> Im Sommer 2001 gehen die Konjunkturforschungsinstitute weiterhin davon aus, dass die Konjunkturflaute im zweiten Halbjahr allmählich überwunden und im nächsten Jahr wieder ein moderates Wirtschaftswachstum erreicht wird. Die Konjunktur werde – so das Institut für Weltwirtschaft in seiner Prognose vom Juni 2001 – im Jahr 2002 durch eine deutliche Zunahme der privaten Konsumausgaben geprägt sein. Die einsetzende weltwirtschaftliche Erholung werde außerdem die Exporte wieder anregen, ohne dass hier allerdings an die starke Expansion 1999/2000 angeknüpft werden könne.<sup>59</sup> Von den günstigen Absatzperspektiven bei Konsum und Exporten würde dann auch die Investitionsbereitschaft profitieren. Bei der weiterhin angenommenen günstigen Kostensituation (maßvolle Lohnerhöhungen) geht das Institut für Weltwirtschaft von einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (real) in Deutschland um 2,2% gegenüber 2001 aus – immerhin ein Prozentpunkt mehr als für 2000/2001 erwartet wird, aber auch deutlich weniger als 1999/2000. Angesichts weiterhin steigender Arbeitsproduktivität dürfte der Beschäftigungserfolg damit nur mäßig ausfallen, zumal das Produktionswachstum gerade den langfristigen Wachstumspfad des Produktionspotentials (etwa zwischen 2,0 und 2,5%) erreichen dürfte. Zusätzliche Arbeitsplätze wird es vor allem aufgrund des Arbeitzeiteffektes geben (weitere Zunahme der Teilzeitarbeit, insbesondere der geringfügigen Beschäftigung, sowie ein kalenderbedingter Arbeitstageeffekt).<sup>60</sup>

Das von den verschiedenen Nachfragekomponenten gezeichnete Konjunkturbild wird sich im Jahr 2002 voraussichtlich gleichmäßiger gestalten als noch 1999 und 2000. Die Export-

---

<sup>58</sup> Die Ausführungen zur Konjunkturprognose werden im folgenden aus der im Juni 2001 vorliegenden aktuellsten Prognose der großen Wirtschaftsforschungsinstitute übernommen: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)). Erscheint in: A. Boss et al., Deutschland in der Konjunkturflaute. In: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2/2001.

<sup>59</sup> Einerseits werde die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des Euroraums verschlechtern, andererseits werde die Flaute in den Vereinigten Staaten bald überwunden sein, im Verlauf des Jahres 2002 werde die Industrieproduktion in den wichtigsten Handelspartnerländern um reichlich 3,5% steigen. Verglichen mit früheren Aufschwungsphasen sei diese Expansion – so das Institut für Weltwirtschaft – allerdings moderat.

<sup>60</sup> Vgl.: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001, Tabelle, S. 6.

nachfrage und die Ausrüstungsinvestitionen werden sowohl 2001 als auch 2002 mit einer geringeren Rate als 1999/2000 zunehmen, außerdem tritt der private Verbrauch zunehmend als dritte expansive Komponente hinzu,<sup>61</sup> und die negativen Effekte rückläufiger Bauinvestitionen werden zumindest in Westdeutschland deutlich geringer sein, ohne dass damit bereits eine Trendwende zu wachsenden Bauinvestitionen eingeleitet werden kann.<sup>62</sup> Der staatliche Verbrauch wird weiterhin nur mit geringer Rate wachsen.

---

<sup>61</sup> Bisher haben die privaten Haushalte ihre u.a. steuerbedingten Realeinkommenszuwächse noch nicht in höhere Konsumausgaben umgesetzt, dies werden sie aber – so die Einschätzung der Konjunkturprognose – voraussichtlich nachholen. Die privaten Konsumausgaben werden dann beschleunigt ausgeweitet.

<sup>62</sup> Während der Wohnungsbau weiterhin rückläufig ist und dort nicht mit einer baldigen Erholung gerechnet wird, steht beim Wirtschaftsbau eine Belebung in Aussicht. Für eine Expansion der öffentlichen Bauinvestitionen gibt es zur Zeit keine Anhaltspunkte. Vgl.: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)).

### **Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland**

Alle Größen real, in Preisen von 1995.

Informationsbasis ist der im Juni 2001 aktuellste Konjunkturbericht der großen Wirtschaftsforschungsinstitute: Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft. Internet-Information vom 10. Juni 2001: "Deutschland in der Konjunkturflaute" ([www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub](http://www.uni-kiel.de:8080/IfW/pub)).

#### Exporte:

Veränderung 2000/2001: + 5,7%, 2001/2002: + 5,5%.

#### Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 2000/2001: + 4,3%, 2001/2002: + 5,3%.

#### Privater Verbrauch:

Veränderung 2000/2001: + 1,0%, 2001/2002: + 2,2%.

#### Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 2000/2001: + 0,6%, 2001/2002: + 0,8%.

#### Bauinvestitionen:

Veränderung 2000/2001: - 4,3%, 2001/2002: - 0,8%.

Angesichts der voraussichtlich vorübergehenden Konjunkturflaute im ersten Halbjahr 2001 wird es zunächst zu einem leichten Beschäftigungsanstieg in Deutschland kommen. Im Verlauf des weiteren Jahres 2001 sollte die einsetzende konjunkturelle Belebung wieder einen positiven Beschäftigungsimpuls setzen. Erst im Verlauf des kommenden Jahres 2002 wird ein stärkeres Ausmaß der Beschäftigungsexpansion erwartet, die allerdings weit hinter der Expansion 1999/2000 zurückbleiben dürfte. Bezogen auf die Veränderung der Jahres- bzw. der Jahresdurchschnittswerte wird allerdings der Zuwachs der Erwerbstätigkeit in Westdeutschland 2000/2001 (plus 190 Tsd.) höher eingeschätzt als 2001/2002 (plus 140 Tsd.). Die Expansion der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte nach den Erfahrungen der letzten Jahre etwas geringer sein,<sup>63</sup> da hier insbesondere die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung außerhalb der Sozialversicherungspflicht oder der Zahl der Selbständigen nicht enthalten ist.

---

<sup>63</sup> Im Jahr 2000 lag die Erwerbstätigenzahl im Bundesgebiet West um gut 670 Tsd., die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen nur um gut 450 Tsd. Beschäftigten über den Werten von 1999, der Anstieg erreichte also nur etwa zwei Drittel der Erwerbstätigenzunahme. Nimmt man diesen Faktor als Maßstab für die Prognose, müsste man bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bundesgebiet West für 2000/2001 von einem Anstieg um etwa 130 Tsd. und 2002/2002 um etwa 90 Tsd. ausgehen.

**Arbeitsmarktprognose für Westdeutschland 2001 und 2002**

Erwerbstätige: Veränderung 2000/2001 + 193 Tsd. / 2001/2002 + 138 Tsd.

Arbeitsangebot (Erwerbspersonen): 2000/2001 + 125 Tsd. / 2001/2002 + 98 Tsd.

Registrierte Arbeitslose: 2000/2001 - 95 Tsd. / 2001/2002 - 42 Tsd.

Arbeitslosenquote: 2000 7,8% / 2001 7,5% / 2002 7,4%.  
(Nenner: Erwerbstätige plus Arbeitslose)

## Prognose für Schleswig-Holstein

Die Kombination aus der Konjunkturprognose und den Befunden der Regionalprognose liefert für Schleswig-Holstein die folgenden Schätzwerte für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 und 2002:

2001: 822,4 Tsd. (Zunahme gegenüber 2000: + 2,9 Tsd. bzw. + 0,35%)

2002: 825,1 Tsd. (Zunahme gegenüber 2001: + 2,7 Tsd. bzw. + 0,33%)

(Zum Vergleich Bundesgebiet West: Zunahme 2000/2001 + 0,57% / 2001/2002 + 0,39%)

Wir rechnen also aufgrund der oben beschriebenen Veränderung des Konjunkturmusters und unserer eigenen bzw. übernommenen Prognoseannahmen damit, dass sich die Beschäftigung in Schleswig-Holstein etwas ungünstiger als im Bundesgebiet West entwickeln wird, wobei wir allerdings einen geringeren Rückstand erwarten als 1999/2000.

Für die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl bedeutet diese nur moderate Zunahme, dass man bis 2002 kaum mit einer nennenswerten Arbeitsplatzexpansion in Schleswig-Holstein rechnen kann: Wenn sich die Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre bei den Beamten und Soldaten nochmals wiederholen, würde allenfalls die geringfügige Beschäftigung, die nicht in der Beschäftigtenstatistik erfasst ist, einen positiven Beschäftigungsbeitrag leisten können. Die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den Beamten/Soldaten würde sich dann vermutlich nur wenig verändern. Ähnliches gilt zumindest für 2001/2002 auch für die Zahl der Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot), so dass sich – unveränderte Intensität der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstellt – auch die Arbeitsmarktbilanz und die Arbeitslosenzahl des Landes 2001 und 2002 nur wenig von den Werten des Jahres 2000 unterscheiden werden.

Für 2001 bestätigt die bisherige Entwicklung der Arbeitslosenzahlen bereits dieses Bild: Bis März lagen die Zahlen niedriger, danach bis Juni höher als im Vorjahr. Die Erwartungen für die nächst Zukunft sind beim 3. Quartal 2001 eher negativ (höhere Arbeitslosenzahl im Vergleich mit 2000), zum Jahresende dann wieder positiv. Per Saldo bzw. im Jahredurchschnitt dürfte sich die Arbeitslosenzahl also gegenüber 2000 kaum ändern, sofern sich die Konjunkturschwäche tatsächlich nur als vorübergehende Flaute darstellt. Für das Jahresende 2001 und das kommende Jahr 2002 ist dann zwar mit einer leichten konjunkturellen Erho-

lung zu rechnen, die Arbeitsmarktbilanz Schleswig-Holsteins wird sich aber nur langsam wieder verbessern – es wird einige Anstrengung auch seitens der Arbeitsmarktpolitik erfordern, um im Jahresdurchschnitt 2002 in Schleswig-Holstein die Marke von 110 Tsd. Arbeitslosen zu unterbieten.

## 5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Im Rahmen dieses Statistischen Berichts 2000 konzentrieren sich die dargestellten Befunde im wesentlichen auf die Jahresdurchschnittswerte bis 2000, z.T. auch auf Werte für September 2000. Nur in Einzelfällen wird auf neuere Befunde bis Mitte 2001 eingegangen.

### Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich

(Tabelle 10 und Abbildung 3)

Aufgrund der fortschreitenden konjunkturellen Belebung und des Eintritts der geburten-schwachen Jahrgänge setzte sich der bereits in den Vorjahren beobachtete Trend der Reduzierung der Arbeitslosenzahlen in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2000 fort. Ab Mitte 2000 zeigte sich jedoch bereits eine konjunkturelle Abkühlung an, die den Rückgang der Arbeitslosenzahlen abschwächte. Dieser Effekt wurde in Schleswig-Holstein stärker als im Bundesgebiet West wirksam. Im Bundesgebiet Ost ist 1999/2000 bei einem nur geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte von einer stagnierenden Arbeitsmarktentwicklung zu sprechen, während im Bundesgebiet West ein deutlicher Rückgang um 1,2% (in Schleswig-Holstein um 1,1 Prozentpunkte) erreicht wurde. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote im Osten immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Westen.<sup>64</sup>

Im Jahresdurchschnitt 2000 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein 114 Tsd. Personen, was einen Rückgang um 6,3% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Im dritten Quartal 2000 erfolgte eine Trendumkehr<sup>65</sup> der Arbeitslosenentwicklung, und im ersten Quartal 2001 kam es in Schleswig-Holstein bereits zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresmonat. Seit dem zweiten Quartal nimmt mittlerweile auch die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu.

Im **Vergleich der westdeutschen Flächenländer** erreichten Baden-Württemberg und Bayern 1999/2000 den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit (um 13,3% bzw. um 11,7%) - sie bauten ihren Vorsprung bezüglich der Arbeitslosenquoten weiter aus. Schleswig-Holstein liegt mit einer Abnahme um 6,3% in etwa im Bereich von Ländern wie Niedersachsen und

---

<sup>64</sup> Da die Probleme in den neuen Bundesländern mit denen im Bundesgebiet West kaum vergleichbar sind und daher auch als Vergleichsmaßstab für Schleswig-Holstein ungeeignet sind, wird im folgenden nicht im einzelnen auf das Bundesgebiet Ost eingegangen. Die Zahlen der ostdeutschen Länder sind jedoch in Tabelle 10 mit dokumentiert.

<sup>65</sup> Die Trendwende zeigte sich zunächst in dem Sinne, dass sich ab dem dritten Quartal 2000 der Rückgang der Arbeitslosenzahlen merklich abschwächte.

Nordrhein-Westfalen. Es ist jedoch festzuhalten, dass Schleswig-Holstein beim Abbau der Arbeitslosigkeit weiterhin hinter dem Bundesgebiet West (minus 8,2%) zurückbleibt und nur das Saarland eine geringere Abnahme der Arbeitslosigkeit erzielte.

Insbesondere durch den Beschäftigungszuwachs 2000 gegenüber 1999 ging die Arbeitslosenquote<sup>66</sup> in Schleswig-Holstein von 10,6% im Vorjahr auf 9,5% im Jahr 2000 zurück. Damit blieb die Reduktion der Arbeitslosenquote leicht hinter der im Bundesgebiet West zurück. Die Position Schleswig-Holsteins unter den westdeutschen Flächenländern war aber unverändert. Die drei Bundesländer Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wiesen im Jahr 2000 höhere Arbeitslosenquoten als Schleswig-Holstein auf, die geringsten Quoten wurden in Baden-Württemberg und Bayern gemessen (6,0% bzw. 6,3%). Offensichtlich kam der konjunkturelle Aufschwung vor allem den süddeutschen Ländern zugute.

Der **Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen** lag in Schleswig-Holstein 2000 wie schon im Vorjahr bei 42,1%, er war damit deutlich höher als 1997 (40,9%). Gleichzeitig ist die Zahl der arbeitslosen Frauen 51,3 Tsd. (1999) auf 48,1 Tsd. (2000) gesunken. Verglichen mit dem Bundesgebiet West (Frauenanteil 2000: 43,4%) hatte Schleswig-Holstein erneut einen unterdurchschnittlichen Frauenanteil an den Arbeitslosen. Nur das Saarland erreichte unter den westdeutschen Flächenländern einen geringeren Frauenanteil.

## **Regionale Unterschiede der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein (Tabelle 11)**

Bei einer differenzierteren Betrachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1999/2000 treten erhebliche **regionale Unterschiede** zu tage, alles in allem setzte sich aber die Entwicklung des Vorjahres (1998/99) fort. Die günstigste Entwicklung war im Planungsraum *Schleswig-Holstein Mitte* zu beobachten. Hier sank die Zahl der Arbeitslosen im Zeitraum 1999 bis 2000 um 9,0%. Dagegen konnte im Planungsraum *Schleswig-Holstein Ost* nur eine Reduktion um 3,0% erzielt werden. Die anderen Planungsräume lagen etwa im Bereich der Landesentwicklung. Damit sank die Arbeitslosenzahl im Norden erneut stärker als im Osten des Landes. Die höchste Arbeitslosenquote 2000 wurde mit 12,2% im Planungsraum *Schleswig-Holstein Ost* ausgewiesen, die niedrigste Quote außerhalb des südlichen Landesteils (Hamburger Umland) in der Region *Schleswig-Holstein Mitte* (10,4%).

Diese regionalen Entwicklungsunterschiede spiegeln sich auch auf **Kreisebene** wieder. Die günstige Entwicklung der Region *Schleswig-Holstein Mitte* (1999/2000) ist vor allem auf einen starken Abbau der Arbeitslosigkeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde zurückzuführen, aber auch die Stadt Kiel erreichte mit einem Minus von 9,0% ein gutes Ergebnis. Dagegen wurde im Kreis Ostholstein nur ein geringfügiger Abbau der Arbeitslosenzahlen erreicht (minus 2,0% gegenüber 1999), auch in Lübeck und im Herzogtum Lauenburg zeigte sich ein ähnlich schwacher Abbau der Arbeitslosigkeit. Bei einem Vergleich mit den Arbeitslosen-

---

<sup>66</sup> In diesem Bericht wird stets die traditionelle Arbeitslosenquote verwendet, bei der die Arbeitslosen auf alle *abhängigen* zivilen Erwerbspersonen bezogen werden.

zahlen von 1998 zeigt sich, dass diese Beobachtung einem längerfristigen Trend folgt. So wurde im Laufe von zwei Jahren die Zahl der Arbeitslosen in Rendsburg-Eckernförde um über 15% verringert, während sich im Kreis Ostholstein nur ein relativ geringer Abbau um knapp 5% zeigte.

Auch bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten wird dieses Bild bestätigt. Neben dem traditionellen Muster, dass die geringsten Arbeitslosenquoten im Hamburger Umland zu beobachten sind, zeigt sich auch eine gewisse Ost-Verschiebung der Arbeitslosigkeit. Der Kreis Ostholstein weist mit 10,4% die höchste Arbeitslosigkeit im Lande auf und liegt nunmehr vor Dithmarschen (10,3%). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch unter den kreisfreien Städten, bei denen Lübeck mit 13,7% die höchste Quote hat, während Kiel nach einem Rückgang der Quote um 1,8 Prozentpunkte im Jahr 2000 mit 12,1% unter den vier kreisfreien Städten am besten dasteht. Die geringste Quote außerhalb des Hamburger Umlandes (Schleswig-Holstein Süd: 7,7%) hatte der Kreis Plön mit 8,3%, gefolgt von Schleswig-Flensburg und Lauenburg mit jeweils 8,4%.

Alles in allem kann festgehalten werden, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit 1999/2000 vor allem im mittlerem und nördlichen Landesteil voran kam, während der Osten des Landes eine schwächere Entwicklung zeigte.

## **Arbeitsmarktdynamik (Tabelle 12 und 13)**

Im Jahr 2000 schlug sich die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt auch in der Arbeitsmarktdynamik<sup>67</sup> nieder. Während die absolute Dynamik (Zugang plus Abgang der Arbeitslosen übers Jahr) gegenüber 1999 in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet West zurückging, nahm die relative Dynamik, die die absolute Zahl auf die Zahl der Arbeitslosen bezieht, aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen zu, wobei jedoch eine Verlangsamung des Prozesses gegenüber 1998/99 zu beobachten war. Insgesamt weist Schleswig-Holstein eine höhere relative Arbeitsmarktdynamik als das Bundesgebiet West auf.

Übers Jahr 2000 gab es in Schleswig-Holstein 223,6 Tsd. Zugänge zur Arbeitslosigkeit (5,4 Tsd. weniger als 1999), wobei jeder zweiten Anmeldung eine Erwerbstätigkeit vorausging. Daneben gab es 228,3 Tsd. Abgänge (11,4 Tsd. weniger als 1999), darunter 18% Vermittlungen der Arbeitsämter. Damit übertraf in Schleswig-Holstein der Abgang von Arbeitslosen den Zugang um 5,3 Tsd., wobei dieser Unterschied deutlich geringer ausfiel als 1999.

Auch bei den Frauen war im Jahr 2000 gegenüber 1999 eine Abnahme der absoluten und eine Steigerung der relativen Arbeitsmarktdynamik zu beobachten, deren Stärke sich in etwa mit der Gesamtentwicklung deckte. Auch hier zeigt sich im Vergleich mit 1999 ein stärkerer

---

<sup>67</sup> Mit der Arbeitsmarktdynamik wird die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt gemessen. Die absolute Arbeitsmarktdynamik setzt sich zusammen aus den Zugängen in die Arbeitslosigkeit und den Abgängen aus der Arbeitslosigkeit. Die relative Arbeitsmarktdynamik bezieht diese Summe aus Zu- und Abgängen auf die Zahl der Arbeitslosen (Jahresanfangs- plus Jahresendbestand).

Rückgang der Abgänge gegenüber den Zugängen. Insgesamt konnte die Zahl der arbeitslosen Frauen übers Jahr 2000 dadurch um 2,3 Tsd. reduziert werden.

Der besonders starke Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Planungsräumen Nord und Mitte gibt Anlass zu einer regionalen Analyse. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsmarktdynamik in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken<sup>68</sup>, fallen größere regionale Divergenzen ins Auge. So weist der Bezirk Flensburg die höchste relative Arbeitsmarktdynamik auf, er verzeichnet dabei gleichzeitig als einziger Bezirk des Landes eine höhere absoluten Zahl der Arbeitslosen am Jahresende 2000 im Vergleich mit dem Jahresende 1999. Dagegen ist im Bezirk Kiel die geringste relative Arbeitsmarktdynamik zu beobachten.

## **Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen** (Tabellen 14 bis 17)

In diesem Abschnitt liegt das Augenmerk vor allem auf einer genaueren Betrachtung der verschiedenen Personengruppen der Arbeitslosenstatistik: Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Ausländer und Personen mit vermittlungerschwerenden Merkmalen<sup>69</sup>.

Die Arbeitslosenquote der **Frauen** sank in den Jahren 1998 bis 2000 in Schleswig-Holstein von 10,2% über 9,7% auf 8,6%, sie liegt damit signifikant unter der Arbeitslosenquote der Männer, die 10,3% (2000) betrug. Besonders groß ist diese Differenz in den kreisfreien Städten, wo die Arbeitslosenquote der Frauen im Durchschnitt um 4,5 Prozentpunkte unter der Quote der Männer liegt, während der Unterschied in den Landkreisen lediglich 0,9 Prozentpunkte beträgt.<sup>70</sup> Hieraus lässt sich schließen, dass die hohe Arbeitslosigkeit in den kreisfreien Städten in stärkerem Maße die männlichen Erwerbspersonen betrifft. Entsprechend ist auch der Frauenanteil an allen Arbeitslosen in den kreisfreien Städten (2000: 38,2%) deutlich niedriger als in den Landkreisen (43,8%).

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** konnte in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 9,8% von 40,7 Tsd. auf 36,9 Tsd. Personen verringert werden. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen sank von 33,3% auf 32,3%, wobei keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu erkennen sind. Die vermehrte Einstellung von Langzeitarbeitslosen, die aufgrund ihrer längeren Abwesenheit vom Arbeitsmarkt zumeist einen Qualifikationsverlust erlitten haben, zeigt recht deutlich die konjunkturelle Erholung im Zeitraum von 1998 bis 2000. Insgesamt lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Schleswig-Holstein für Männer und Frauen signifikant unter den Vergleichszahlen für das Bundesgebiet West. Auch die Reduktion der Langzeitarbeitslosenzahlen fiel in Schleswig-Holstein stärker aus als im Bun-

---

<sup>68</sup> Die zur Bestimmung der Arbeitsmarktdynamik notwendigen Daten werden nicht auf Kreisebene ausgewiesen, was eine Umrechnung auf die Planungsräume ausschließt.

<sup>69</sup> Hierzu zählen gesundheitliche Einschränkungen, das Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung und ein Alter von 55 Jahren und mehr.

<sup>70</sup> Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug in den kreisfreien Städten im Durchschnitt 11,7% und in den Landkreisen 9,1%.

desgebiet West. Ergänzend sei hier erwähnt, dass in Schleswig-Holstein auch die durchschnittliche (abgeschlossene) Dauer der Arbeitslosigkeit mit 31,4 Wochen relativ kurz ist. Sowohl im Bundesgebiet West (34,2 Wochen) als auch im Bundesgebiet Ost (36,8 Wochen) war dieser Zeitraum wesentlich größer.<sup>71</sup> Allerdings stieg die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein 1999/2000 von 30,7 auf 31,4 Wochen an. Durchschnittsdauer und Anteil der Langzeitarbeitslosen haben sich also gegenläufig entwickelt. Zu beachten ist hierbei, dass der Arbeitsmarkt bezüglich des Merkmals der durchschnittlichen Verweildauer in der Arbeitslosigkeit zweigeteilt ist. In der Gruppe der Langzeitarbeitslosen beträgt die Verweildauer oftmals deutlich mehr als ein Jahr, während die anderen Arbeitslosen häufig nur wenige Wochen arbeitslos gemeldet bleiben. Im Prinzip wären hier zwei Gruppen von Arbeitslosen getrennt zu betrachten, was jedoch aufgrund der Datenlage im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich ist.

Schleswig-Holstein weist nach 1998 und 1999 auch im Jahr 2000 mit einem Anteil der Jugendlichen an allen Arbeitslosen von 9,1% (10,4 Tsd. Personen) eine höhere **Jugendarbeitslosigkeit** als das Bundesgebiet West auf. Zum Vergleich, diese Quote betrug im Bundesgebiet West lediglich 8,1%. Im Vergleich zum Vorjahr war in Schleswig-Holstein 2000 sogar ein leichter Anstieg des Anteils der Personen unter 20 Jahren an allen Arbeitslosen festzustellen (+0,3 Prozentpunkte). Die Arbeitslosenquote der Personen unter 25 Jahren lag in Schleswig-Holstein mit 9,9% erneut oberhalb der generellen Quote (9,5%), die sich auf alle Altersklassen bezieht. Gegenüber dem Bundesgebiet West ist ein signifikanter Unterschied festzustellen: Dort waren 2000 nur 7,7% der Personen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet.

Im Jahresdurchschnitt 2000 waren in Schleswig-Holstein 11,1 Tsd. **Ausländerinnen und Ausländer** arbeitslos gemeldet. Damit blieb ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein mit 9,7% konstant. Die Arbeitslosenquote der Ausländer sank von 24,7% auf 21,9%, sie ist damit nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen Arbeitslosen in Schleswig-Holstein, und sie war auch deutlich höher als die Arbeitslosenquote der Ausländer im Bundesgebiet West (16,4%).

In Schleswig-Holstein waren im Jahr 2000 23,3 Tsd. **Arbeitslose 55 Jahre und älter** – jeder fünfte Arbeitslose gehörte zu dieser oberen Altersgruppe. Immerhin konnte die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe im letzten Jahr (1999/2000) reduziert werden. Sogar ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat sich etwas verringert, er liegt außerdem deutlich unter dem Anteil im Bundesgebiet West.

Von den 106,7 Tsd. Arbeitslosen in Schleswig-Holstein (30.9.2000) wiesen annähernd zwei Drittel mindestens ein **vermittlungerschwerendes Merkmal** auf (ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit gesundheitlichen Einschränkungen oder 55 Jahre und älter), lediglich 35,5% der gemeldeten Arbeitslosen sind in diesem Sinne als relativ unproblematisch hin-

---

<sup>71</sup> Diese Angaben stützen sich auf Daten des LAA Nord.

sichtlich ihrer Vermittelbarkeit anzusehen. Damit ist der Anteil der schwer Vermittelbaren gegenüber 1999 leicht gestiegen. Innerhalb dieser Gruppe liegt das Hauptmanko im Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung (39,4% aller Arbeitslosen), gefolgt von gesundheitlichen Einschränkungen (27,5%). Der Anteil der Arbeitslosen mit diesen vermittlungser-schwerenden Merkmalen ist im Jahr 2000 weiter gestiegen. Dagegen ging der Anteil der älteren Arbeitslosen (über 55 Jahre) etwas zurück. Hierin kann ein Effekt des Beschäftigungswachstums im Jahr 2000 ausgemacht werden, da die Unternehmen aufgrund eines partiellen Fachkräftemangels nun auch vermehrt auf ältere Arbeitslose zurückgegriffen haben.

## **Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen (Tabelle 18)**

Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes betraf im ersten Halbjahr des Jahres 2000 praktisch alle Berufsgruppen. Der größte Rückgang war im Berufsfeld **Fertigung, Wartung, Lager und Verkehr** zu verzeichnen, in dem die Zahl der Arbeitslosen im Juni 2000 um 3,5 Tsd. unter dem Wert des Juni 1999 lag. Ähnlich gut entwickelte sich der Bereich **kaufmännische und Verwaltungsdienste**. Leider kam es in diesen Berufsfeldern im zweiten Halbjahr 2000 zu einer deutlichen Trendumkehr, die sich auch im ersten Quartal 2001 fortsetzte. Den höchsten Anstieg der Arbeitslosenzahlen 1999/2000 verzeichneten die **Bauberufe**. In den anderen Berufen des Fertigungsbereichs war die Entwicklung uneinheitlich. Im Bereich der **sozialen und technischen Dienste** war ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu beobachten ist. Es bleibt festzuhalten, dass die Abschwächung der Gesamtkonjunktur vom dritten Quartal 2000 an zunächst nur in bestimmten Berufsfeldern wirksam wurde, vor allem im Baugewerbe. Im April 2001 gab es in 18 der 32 in der Tabelle 18 dargestellten Berufsgruppen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem April 2000 und in 14 Berufen eine Abnahme. Im Juni lagen die Zahlen nahezu unverändert bei 19 und 13 Berufen, allerdings war der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur noch in drei Berufsgruppen signifikant (um mehr als 100 Personen), während im April noch in acht Berufsgruppen ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit registriert wurde. Die drei Berufsgruppen sind: Hilfsarbeiter/-innen, Technikerberufe und Gesundheitsberufe.<sup>72</sup>

## **6. Ausbildungsstellenbilanz (Übersicht 2, Tabellen 19 bis 22)**

Die besondere Bedeutung der beruflichen Ausbildung der jungen Generation der Schulabgänger einerseits und der beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen mittlerer Altersgruppen andererseits wird angesichts der prognostizierten Entwicklung des Arbeitskräfteangebots (Umfang und Altersstruktur) offensichtlich (siehe Abschnitt 3). Die Entscheidung, den statistischen Arbeitsmarktbericht erstmals um einige ausgewählte empirische Befunde zur

---

<sup>72</sup> Vgl.: Landesarbeitsamt Nord (Hrsg.), Statistisches Monatsheft, Juni 2001, Übersicht 31.

beruflichen (Erst-) Ausbildung zu ergänzen, orientiert sich an der Zielsetzung, den Schulabgängern den Einstieg ins Berufsleben zu sichern und an der langfristigen Strategie, bereits heute den zukünftig drohenden quantitativen und qualitativen Qualifizierungsdefiziten vorzubeugen. Gleichwohl können die folgenden Schlaglichter zur Bilanz der beruflichen Ausbildung 1999 und 2000 eine umfassende Bestandsaufnahme der Erstqualifizierung, der beruflichen Weiterbildung und des künftigen Qualifikationsbedarfs von Betrieben und Institutionen nicht ersetzen.

Wichtige Quellen einer empirischen Bestandsaufnahme sind der jährliche Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der auch umfangreiches statistisches Material für Bundesländer und Arbeitsamtsbezirke bereitstellt, und im Bereich der amtlichen Statistik besondere Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus, der 1996 und 2000 detaillierte Daten zum Bereich Beruf und Ausbildung liefert. Diese sind zwar auch auf Länderebene verfügbar, dort aber aufgrund der Stichprobencharakteristik des Mikrozensus in weiten Bereichen lückenhaft.<sup>73</sup> Die amtliche Statistik „Berufliche Bildung 2000“ des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein lag noch nicht vor. Zu verweisen ist auch auf den „Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 2000“ des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr ([www.schleswig-holstein.de/landsh/mwvtv](http://www.schleswig-holstein.de/landsh/mwvtv)).

### **Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Ausbildung – Ergebnisse des Mikrozensus**

Eine Bestandsaufnahme der Struktur der allgemeinen Schulabschlüsse und der beruflichen Abschlüsse bei der Gesamtbevölkerung und den Erwerbstätigen Schleswig-Holsteins liefert die folgenden Befunde (siehe Tabelle 22):

Erwerbstätige und Schulabschluss:

- a) In Schleswig-Holstein haben mehr Erwerbstätige einen Realschulabschluss und weniger einen Hauptschulabschluss als im Bundesgebiet West – dies gilt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Fachhochschul- und Hochschulreife sind etwa gleich stark vertreten wie im Bundesgebiet West.
- b) In Schleswig-Holstein findet sich unter den Männern ein höherer Anteil mit Fachhochschul- und Hochschulreife als bei den Frauen, außerdem zeigt sich bei den Männern ein geringerer Anteil mit Realschulabschluss und ein höherer Anteil mit Hauptschulabschluss als bei den Frauen
- c) Im Zeitraum 1996 bis 2000 hat der Anteil von Personen mit Hauptschulabschluss abgenommen, dagegen stieg die Zahl der Personen mit Realschulabschluss sowie Fachhochschul- und Hochschulabschluss (gültig für beide Geschlechter).<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Die Erwerbstätigen (mit Wohnort in Schleswig-Holstein) werden u.a. nach folgenden Kriterien differenziert: Wirtschaftszweige, Berufsgruppen, Schulabschluss, Ausbildungs-/Hochschulabschluss, ausgeübte Tätigkeit, betriebliche Abteilung, Betriebs- und Berufswechsel. Die Zahlenangaben erfolgen in ganzen Tausender-Einheiten.

<sup>74</sup> Bezogen auf die Bevölkerung, also im wesentlichen erweitert um die Personen jenseits des Erwerbsalters, die Erwerbslosen und die Nicht-Erwerbspersonen, ist der Anteil Hauptschulabschluss höher und der Anteil Fachhoch- und Hochschulabschluss geringer. Der Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet West zeigt ähnliche Befunde wie bei den Erwerbstätigen.

Erwerbstätige und beruflicher Abschluss:

Die Grobstruktur der beruflichen Abschlüsse Lehrausbildung / Meister, Techniker, Fachschule (MTF) / Fachhoch- und Hochschulabschluss (HS) zeigt sich in Schleswig-Holstein ähnlich wie im Bundesgebiet West, lediglich der Anteil der HS-Erwerbstätigen ist im Land bei Frauen und Männern etwas niedriger. Es gibt starke Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Bei den Frauen dominiert die Lehrausbildung (über 75%) noch stärker als bei den Männern (64%), dafür sind die Anteile in den Kategorien MTF (8% gegenüber knapp 15%) und HS (13% gegenüber 19%) bei den Frauen deutlich niedriger als bei den Männern, dies gilt im übrigen auch für das Bundesgebiet West.

### **Bilanz der beruflichen Ausbildung: Ergebnisse des Berufsbildungsberichts**

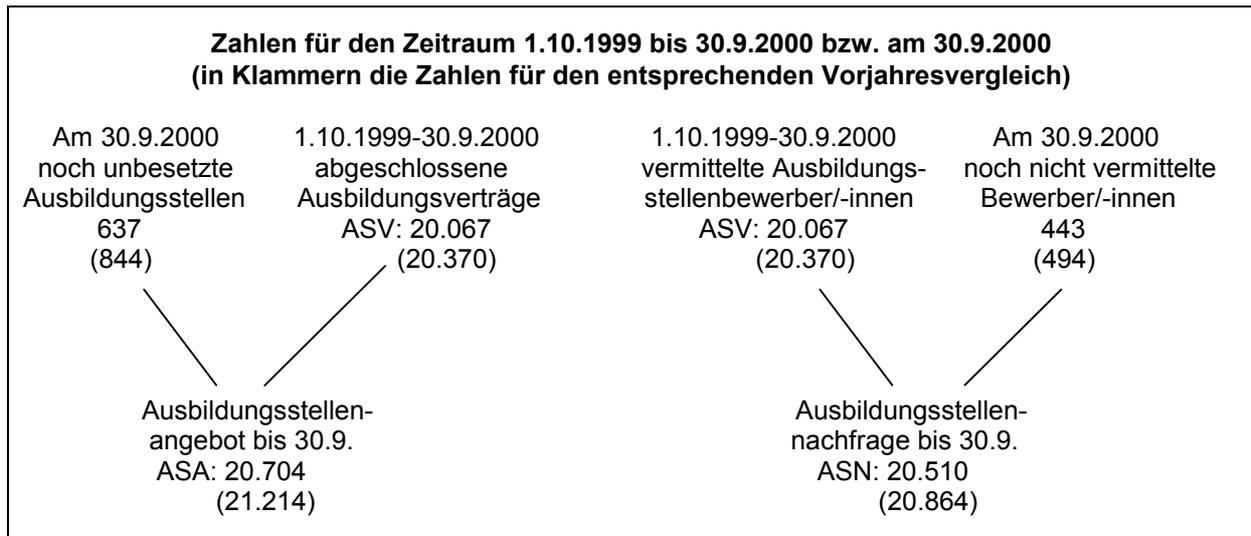
Im Rahmen der Berufsbildungsberichte wird das Angebot an Ausbildungsstellen eines Jahres (ASA) als Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge berechnet, die vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September abgeschlossen wurden (ASV), zuzüglich der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen, die am 30. 9. noch nicht besetzt waren. Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen (ASN) wird als Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (ASV) sowie der am 30. 9. bei den Arbeitsämtern gemeldeten und noch nicht vermittelten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen definiert. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen muss zwischen den rein "betrieblichen" Neuabschlüssen und den öffentlich finanzierten Plätzen der außerbetrieblichen Ausbildung (z.B. im Rahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit) unterschieden werden. Für die beiden Teilkomponenten liegen allerdings nur Schätzungen vor.

Im Bundesgebiet West war die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Verträge im Jahr 2000 (d.h. von Oktober 1999 bis September 2000) mit 483 Tsd. ähnlich wie im Vorjahr. Allerdings ging die Zahl der außerbetrieblichen Abschlüsse von 31 Tsd. auf 20 Tsd. zurück (Rückgang des Sofortprogramms), entsprechend stieg die Zahl der rein betrieblichen Neuabschlüsse von 451 Tsd. auf 463 Tsd. in 2000 (der Anteil an allen Ausbildungsabschlüssen stieg entsprechend von 93,5 auf 95,8%). Die Entwicklung der betrieblichen Neuabschlüsse war also günstiger als die Gesamtzahlen vorgeben. Auch in Schleswig-Holstein erhöhte sich die Zahl der gemeldeten betrieblichen Lehrstellen um fast 600, während die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge um 303 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war. Im folgenden werden allerdings nur die Gesamtzahlen der Ausbildungsabschlüsse betrachtet.<sup>75</sup>

Die folgende Übersicht (Übersicht 2 im Tabellenteil) zeigt die Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 1999 und 2000.

<b>Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 1999/2000</b>
---

<sup>75</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001, Teil II, Abschnitt 1.1.1., Bonn 2001.



Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge bzw. die Zahl der vermittelten Bewerber lag 2000 (10/1999 bis 9/2000) zwar geringfügig unter der Vergleichszahl 1999 (10/1998 bis 9/1999). Aber auch die Bilanzsalden, also die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen und der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber, waren im September 2000 geringer als 1999<sup>76</sup> – daraus folgt, dass das Ausbildungsstellenangebot und die Ausbildungsstellennachfrage 2000 ebenfalls niedriger war als 1999.

Die quantitative Ausbildungsstellensituation kann durch die folgenden Indikatoren beschrieben werden:

- a) Angebots-Nachfrage-Relation: Verhältnis Ausbildungsstellenangebot zu Ausbildungsstellennachfrage (ASA/ASN)
- b) Vermittlungsquote: Verhältnis vermittelte Bewerber zu Bewerber insgesamt (ASV/ASN)
- c) Abschlussquote: Verhältnis zwischen den abgeschlossenen Verträgen und dem Ausbildungsstellenangebot (ASV/ASA)
- d) Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu nicht vermittelten Bewerbern am 30.9.
- e) Ausbildungsintensität: vermittelte Bewerber bzw. abgeschlossene Verträge im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten (ASV/B)

Die ersten drei Indikatoren werden für Schleswig-Holstein und seine Arbeitsamtsbezirke sowie für das Bundesgebiet West 1999 und 2000 in der **Tabelle 19** dargestellt.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation** lag im Land ebenso wie im Bundesgebiet West in beiden Jahren knapp über 100. Im Jahr 2000 war sie in Schleswig-Holstein etwas niedriger als in Westdeutschland (100,9 gegenüber 102,1), sie lag allerdings aufgrund der schlechteren

<sup>76</sup> Dabei ist zu beachten, dass sich die Salden natürlich auch nach Ende des Erfassungsjahres (ab 30. September) noch weiter reduzieren. In den alten Ländern konnte die Zahl der unvermittelten Bewerber bis Jahresende 2000 noch einmal halbiert werden. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001, Bonn 2001, S. 8.

Ausbildungssituation in Ostdeutschland (Nachfrageüberhang) etwas höher als in Deutschland insgesamt (100,3). Höhere Werte als in Schleswig-Holstein gab es nur in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Im Bundesgebiet West gab es bei 28% aller Arbeitsamtsbezirke einen Nachfrageüberhang, in Schleswig-Holstein war dies nur in den Bezirken Lübeck und Neumünster der Fall (jeweils 98,5). Ansonsten lagen die Werte über 100, am höchsten waren sie im Bezirk Kiel: hier übertraf das Ausbildungsstellenangebot die Nachfrage um 3,6%.

Die **Vermittlungsquote** lag in Schleswig-Holstein 2000 knapp unter 98%, d.h. nur 2,2% der Bewerberinnen und Bewerber konnten bis zum 30. 9. 2000 noch nicht vermittelt werden. Dieser günstige Wert war besser als im Bundesgebiet West (97%). Er war im Land auch etwas besser als im September 1999, wobei die Ausbildungsstellennachfrage allerdings 1999/2000 um fast 2% (von 20,9 auf 20,5 Tsd.) zurückgegangen ist. Unter den Arbeitsamtsbezirken hat wiederum Lübeck den schlechtesten Wert: Hier konnten fast 5% der Bewerber bis September 2000 noch nicht vermittelt werden (Vermittlungsquote 95,3%),. Ansonsten schwanken die Werte zwischen 97,3% (Bezirk Neumünster) und 99,1% (Bezirk Kiel).

Auch die **Abschlussquote** war in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 höher als im Bundesgebiet West (97% gegenüber 95%) und auch höher als im Vorjahr. Selbst der Arbeitsamtsbezirk mit der niedrigsten Quote (Kiel) übertraf noch die westdeutsche Quote. Dabei ist allerdings das Ausbildungsstellenangebot ebenso wie die Nachfrage etwas zurückgegangen (von 21,2 auf 20,7 Tsd.) – vermutlich auch aufgrund der rückläufigen außerbetrieblichen Ausbildung (Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit).<sup>77</sup>

Die Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu noch nicht vermittelten Bewerbern war in Schleswig-Holstein im September 2000 so, dass auf eine noch nicht vermittelte Ausbildungsstellenbewerbung 1,44 noch unbesetzte Ausbildungsstellen entfielen (1999: 1,71). Im Bundesgebiet West lag der Wert bei 1,74 (1999: 1,22), im Bundesgebiet Ost dagegen nur bei 0,1 (10 Bewerber auf eine Stelle). Die noch unbefriedigte Nachfrage und das noch nicht besetzte Angebot zeichnen sich also durch ein niedriges Niveau gemessen am Gesamtumfang des Ausbildungsstellenmarktes aus, und die beiden Größen sind zumindest in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein relativ ausgeglichen, mit leichten Vorteilen für die Nachfrageseite. Zumindest die quantitative Situation erscheint also zufriedenstellend.

Die **Ausbildungsintensität** bezieht die im Zeitraum 10/1999 bis 9/2000 abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2000. In Schleswig-Holstein gab es 24,5 Vertragsabschlüsse auf 1000 Beschäftigte, das Land lag damit deutlich vor dem Bundesgebiet West (21,9). Allerdings konnte in Schleswig-Holstein

---

<sup>77</sup> Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge (20.067) erreichte 2000 in Schleswig-Holstein fast die Zahl der im selben Jahr Schulentlassenen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (21.425), ohne dass hier eine eindeutige Zuordnung unterstellt werden soll. Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001, Bonn 2001, S. 317 (Tabelle "Schulentlassene").

der Wert für 1999 (25,2) nicht ganz erreicht werden, u.a. weil die Beschäftigung 1999/2000 deutlich zugenommen hat.

Die **Tabelle 20** greift noch einmal die Angebots-Nachfrage-Relation auf und stellt sie für 12 **Berufsbereiche** dar (1999 und 2000, Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West). Hier zeigt sich eine recht große Bandbreite zwischen den Berufen. So übertraf das Ausbildungsstellenangebot in einigen Bereich deutlich die Nachfrage: in den Ernährungsberufen um 7,5%, in Leder-, Textil-, Bekleidungsberufen um 6,6%, bei Körperpflege, Reinigung, Hauswirtschaft um 5,4% und bei Verkehrsberufen um 4,9%.<sup>78</sup> Defizite im Angebot der Ausbildungsstellen gab es bei den Bauberufen (Angebotslücke von 1,3%), ansonsten waren Angebot und Nachfrage in 7 von 12 Berufsbereichen tendenziell ausgeglichen. Im Bundesgebiet West waren die Bereiche mit Nachfragedefizit ähnlich, es gab aber hier anders als in Schleswig-Holstein auch bei den Bauberufen ein Nachfragedefizit. Diese Befunde gelten für das Jahr 2000, der Vergleich mit 1999 zeigt, dass hinsichtlich der Angebots-Nachfrage-Relation der Berufsbereiche keine große Stabilität besteht.

Eine Sonderauswertung des Berufsbildungsberichts stellt die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den neuen IT- und Medienberufen dar.<sup>79</sup> In Schleswig-Holstein wurden 411 Verträge im Jahr 2000 abgeschlossen, knapp 70% mehr als im Vermittlungsjahr 1999. Die Bedeutung dieser Ausbildungsgänge war gemessen an der Gesamtheit aller Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein immer noch geringer als in Westdeutschland: Auf Schleswig-Holstein entfielen in diesem für die Zukunft besonders wichtigen Segment 2,6% aller westdeutschen Verträge, bei allen Ausbildungsverträgen erreichte das Land dagegen einen Anteil von 4,2%. Immerhin war die Steigerungsrate 1999/2000 die zweithöchste unter den westdeutschen Ländern und deutlich höher als in Westdeutschland (plus 39%), der Rückstand des Landes verringert sich also.

Die **Tabelle 21** zeigt die Verteilung der abgeschlossenen Verträge auf die **Ausbildungsbereiche**, die im Berufsbildungsbericht allerdings nur grob strukturiert sind. In Schleswig-Holstein dominieren ebenso wie in Westdeutschland die Bereiche Industrie und Handel (46%) und Handwerk (36%), sie decken zusammen also 82% aller Ausbildungsverträge ab (Westdeutschland: 85%). Dabei ist der Anteil des Handwerks in Schleswig-Holstein deutlich höher als in Westdeutschland.

---

<sup>78</sup> Die Angebots-Nachfrage-Relation kann unterschiedlich ausgedrückt werden – hier ein Beispiel für Westdeutschland 2000 im Bereich Leder-, Textil-, Bekleidungsberufe: Das Ausbildungsstellenangebot übertraf hier die Nachfrage um 4,3%, die Angebots-Nachfrage-Relation war also als Indexzahl 104,3. Die Relation zwischen den unbesetzten Stellen und den (noch) nicht vermittelten Bewerbern zeigte sich hier so, dass auf einen nicht vermittelten Bewerber 2,2 unbesetzte Stellen entfielen.

<sup>79</sup> Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001, Bonn 2001, S. 287 (Tabelle "Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in ausgewählten neuen Ausbildungsberufen"). Die ausgewählten Ausbildungsberufe sind aus den Bereichen IT-Systemelektronik, Informatik, IT-System-Kaufmann/-frau, Mediengestaltung, Film- und Videoedition.

Die insgesamt zufriedenstellende quantitative Ausbildungsstellenbilanz für Schleswig-Holstein muss allerdings an einer Stelle relativiert werden. Der Anteil der **vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge** an allen abgeschlossenen Verträgen (Jahreswert als Durchschnitt der letzten drei Jahre) lag im Jahr 2000 mit 28,2% deutlich über dem westdeutschen Wert (23,6%), Schleswig-Holstein war hier Schlusslicht aller westdeutschen Flächenländer. Auch im Vergleichsjahr 1996 lag dieses Defizit bereits vor (27,4% in Schleswig-Holstein, 22,7% im Bundesgebiet West).<sup>80</sup> Als eine wichtige Ursache erscheint die besondere Betriebsgrößenstruktur in Schleswig-Holstein mit einem hohen Anteil kleiner Betriebe. In Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten werden lt. Bundesinstitut für Berufsbildung (Pressemitteilung 39/98) dreimal so viele Ausbildungsverträge gelöst wie in Betrieben mit über 500 Beschäftigten.

Ein Gesamturteil über den Ausbildungs-„Mismatch“ ist also nur schwer zu fällen: Einerseits sind die Zahlen der nicht vermittelten Bewerber bzw. der nicht besetzten Ausbildungsstellen recht gering im Vergleich zum Gesamtvolumen des Ausbildungsstellenmarktes, andererseits deutet die hohe Zahl der Vertragsauflösungen darauf hin, dass die fehlende Kongruenz der Vorstellungen von Ausbildern und Auszubildenden oft erst nach Abschluss eines Ausbildungsvertrags erkennbar wird.

Ergänzende Informationen über den Ausbildungs-„Mismatch“ finden sich in der Berufsberatungsstatistik des Landesarbeitsamtes Nord. Zum 31.08.2000 wollten beispielsweise ca. 1.300 der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber in kaufmännischen, Verwaltungs- oder Büroberufen ausgebildet werden, während in diesen Berufen nur noch 636 Ausbildungsstellen unbesetzt waren. Umgekehrt ist die Relation in den Ernährungsberufen. Hier standen 247 unbesetzten Plätzen nur 123 Jugendliche gegenüber.

Insgesamt ist die Ausbildungsstellenbilanz 2000 in Schleswig-Holstein trotz einer steigenden Zahl von Schulabgängern rechnerisch ausgeglichen.

---

<sup>80</sup> Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001, Bonn 2001, S. 84ff. und S. 324 (Tabelle „Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge“). Im Textteil wird das Merkmal der vorzeitigen Vertragslösung differenzierter behandelt und über Einflussfaktoren diskutiert.

## 7. Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit

### (Tabelle 23)

Die drei bedeutsamsten Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit sind *Berufliche Weiterbildung (FbW)*, *Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (ABM)* und *Strukturanpassungsmassnahmen (SAM)*.

In Schleswig-Holstein blieb die Zahl der Personen in den drei Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik 2000 gegenüber 1999 im wesentlichen konstant. Die Zahl der ABM-Kräfte (2,7 Tsd.) ging marginal zurück, während die Zahl der Personen in Strukturanpassungsmaßnahmen nahezu unverändert blieb (1,3 Tsd.). Bei der beruflichen Weiterbildung, die das bedeutendste Instrument der Bundesanstalt für Arbeit in Schleswig-Holstein ist, war eine geringe Zunahme um 1,4% auf 8,3 Tsd. Personen festzustellen. In allen drei Bereichen war die Intensität der aktiven Arbeitsmarktpolitik, gemessen an der Relation zwischen den Maßnahmeteilnehmern und der Zahl der Arbeitslosen, höher als im Bundesgebiet West, sie hat sich aufgrund der sinkenden Arbeitslosenzahlen gegenüber 1999 auch in allen drei Bereichen erhöht. Bei den Frauen war die Intensität in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet West bei ABM niedriger, bei FbW dagegen höher als bei den Männern.

Die drei hier behandelten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik führten nach Einschätzung des Landesarbeitsamtes Nord<sup>81</sup> im Jahr 2000 zu einer Verminderung der Arbeitslosenquote Schleswig-Holsteins um etwa einen Prozentpunkt, wobei der Hauptteil der Entlastung mit 0,7 Prozentpunkten auf die berufliche Weiterbildung fällt. Insgesamt wurde der Arbeitsmarkt durch die drei Maßnahmen um fast 12,3 Tsd. Arbeitslose entlastet, was nahezu 11% des Bestandes im Jahresmittel entspricht.

Insgesamt (über alle Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik) wurde im Jahr 2000 der Arbeitsmarkt des Landes um ca. 21,3 Tsd. Personen entlastet.<sup>82</sup> Dies entspricht in etwa dem Maßnahmenumfang 1999. Damit erreichte die tatsächliche Unterbeschäftigungsquote im Land etwa 11,3%. Absolut waren etwa 135,6 Tsd. Personen von Arbeitslosigkeit betroffen (arbeitslos gemeldet oder Teilnehmer/Empfänger einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme). Im Verlauf der letzten neun Jahre (1991-2000) ging der Umfang der arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen in Schleswig-Holstein leicht zurück, während sich die tatsächliche Unterbeschäftigung seit 1991 um ca. ein Drittel erhöhte. Der Grund für diesen Rückgang der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt liegt in der Wiedervereinigung, da die vorhandenen Mittel zur Arbeitsmarktentlastung weitgehend in die neuen Bundesländer geflossen sind. Als Vergleichswert sei hier z.B. genannt, dass in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 über

---

<sup>81</sup> Vgl.: Landesarbeitsamt Nord (Hrsg.), Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 2000 und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2000. Kiel, März 2001, Übersicht 36.

<sup>82</sup> Neben den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden hier auch die Personen mitgezählt, die durch Kurzarbeit, Vorruhestandsgeld, Altersübergangsgeld, Jugendsofortprogramm und als Leistungsempfänger gemäß §428 SGBIII aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik entfernt wurden.

62 Tsd. Personen in Entlastungsmaßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik eingebunden waren, dies entspricht etwa 38% der Arbeitslosenzahl des Landes (Schleswig-Holstein zum Vergleich: knapp 19%) bzw. einer tatsächlichen Unterbeschäftigungsquote von 24,6%.

### **Eingliederungsbilanz der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt**

Die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist das primäre Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Insofern stellt die "Verbleibsquote", der Anteil der geförderten Personen, die sechs Monate nach Ende der Förderung nicht mehr arbeitslos gemeldet sind, einen groben Anhaltspunkt für den Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen dar.<sup>83</sup>

Im Bundesgebiet West liegen die Verbleibsquoten bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) deutlich höher als bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), und die Quoten in Westdeutschland sind in beiden Maßnahmentearten wesentlich geringer als in Ostdeutschland:

Verbleibsquoten FbW 1999: Westdeutschland 74,4%, Ostdeutschland 57,9%

Verbleibsquoten ABM 1999: Westdeutschland 51,8%, Ostdeutschland 37,8%.<sup>84</sup>

Regionale Disparitäten der Verbleibsquoten resultieren vor allem aus Unterschieden der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, insbesondere aus dem Umfang der Langzeitarbeitslosigkeit, und aus der Zielgruppenorientierung des arbeitsmarktpolitischen Instruments.

Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen:

Die Verbleibsquoten 1999 lagen in Schleswig-Holstein mehrheitlich (in 6 von 7 Arbeitsamtsbezirken) über der westdeutschen Quote. Am besten schnitten die Bezirke Heide (81,1%), Flensburg (79,8%) und Bad Oldesloe (78,0%) ab, während der Arbeitsamtsbezirk Lübeck (71,4%) unter dem westdeutschen Wert blieb. Im Jahr 2000 lagen die Verbleibsquoten FbW in Schleswig-Holstein durchweg niedriger als 1999, am günstigsten waren sie in den Bezirken Bad Oldesloe (77,4%) und Flensburg (77,3%), am niedrigsten wiederum im Bezirk Lübeck (70,9%) sowie im Bezirk Kiel (71,0%).

---

<sup>83</sup> Ein besserer Indikator wäre eine echte Eingliederungsquote, die als Erfolg eine Beschäftigung (möglichst im ersten Arbeitsmarkt) im Anschluss an eine Maßnahme wertet. Bei der Verbleibsquote (sie wird ausdrücklich nicht "Eingliederungsquote" genannt) bleibt unbestimmt, ob sich Personen, die nach sechs Monaten nicht (mehr) arbeitslos sind, im Status der Beschäftigung befinden oder ob sie aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind (freiwillig nicht erwerbstätig, in einer Ausbildung oder im Ruhestand). Vgl. hierzu: F. Hirschenauer, Regionale Eingliederungsbilanzen: Die Förderung von Arbeitslosen unter der Lupe. Informationsdienst des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Materialien Ausgabe Nr. 1/2001, S. 3-6. Frau Hirschenauer hat uns freundlicherweise Daten zur Verbleibsquote für die Arbeitsamtsbezirke Schleswig-Holsteins 1999 und 2000 zur Verfügung gestellt.

<sup>84</sup> 1999 bedeutet: Maßnahmenabgänger der Periode 10/1998 bis 6/1999 sind nicht arbeitslos im Dezember 1999.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen:

Die Verbleibsquoten 1999 lagen in Schleswig-Holstein zwischen 55,0% (Arbeitsamtsbezirk Flensburg) bzw. 54,6% (Bezirk Neumünster) und 39,8% (Bezirk Bad Oldesloe), fünf Arbeitsamtsbezirke blieben mit ihren Quoten hinter dem westdeutschen Wert zurück, hier war die Position des Landes im Vergleich mit Westdeutschland also insgesamt ungünstiger als bei der Weiterbildung. Von 1999 bis 2000 haben sich die Verbleibsquoten ABM in Schleswig-Holstein zum Teil deutlich verbessert – an der Spitze nun der Arbeitsamtsbezirk Kiel (66,7%), gefolgt von Flensburg (60,7%) und Neumünster (60,0%), mit dem Bezirk Heide (52,1%) am Ende der Skala.

Insgesamt haben sich die Verbleibsquoten der beiden Maßnahmen (FbW, ABM) von 1999 auf 2000 also angenähert, die Quoten FbW liegen aber immer noch um etwa 20 Prozentpunkte über den Quoten ABM.

## **8. Arbeitsmarktpolitik des Landes**

### **(Tabellen 24 – 26)**

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den vielen freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land. Die bewährte Zusammenarbeit innerhalb der Regionalen Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein hat sich auch im Jahr 2000 fortgesetzt. Nachdem die Arbeitslosenzahl im Vorjahr bereits um 6.300 gesunken war, verringerte sich die Zahl arbeitsloser Schleswig-Holsteiner im Jahr 2000 erneut um 7.700 auf durchschnittlich 114.300. Die monatlich erhobenen Bestandszahlen lagen durchgängig unter dem Wert des jeweiligen Vorjahresmonats. Die Belebung der Konjunktur, strukturelle Veränderungen, aber auch demographische Effekte haben sich nachhaltig auf den schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt ausgewirkt. Der leicht erhöhte Einsatz arbeitsmarktlicher Instrumente hat ebenfalls zu dem Rückgang beigetragen.

Wegen der sich abschwächenden Konjunktur hat sich die positive Entwicklung des vergangenen Jahres im ersten Halbjahr 2001 leider nicht fortgesetzt.

Die Ziele der Arbeitsmarktpolitik und -förderung des Landes richten sich aus an nationalen und internationalen Vorgaben. Sie sind eingebunden:

- in die Beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die jährlich fortgeschrieben und veränderten Bedingungen in den Mitgliedsstaaten angepasst werden,
- in die Förderbedingungen der Europäischen Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF),

- in den Beschäftigungspolitischen Aktionsplan Deutschlands als Referenzrahmen für die Förderung aus dem ESF,
- in den Rahmen des SGB III und dessen geplante Änderungen sowie in die Regelungen der "Hilfe zur Arbeit" nach dem BSHG,
- in die jährlich neu festzulegenden geschäftspolitischen Schwerpunkte der Bundesanstalt für Arbeit und der örtlichen Arbeitsämter,
- in die Leitsätze für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein vom 31. März 1999.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unter dem Dach der Zukunftsinitiative sollen grundsätzlich folgende generellen Anforderungen erfüllen können:

- Verhinderung oder Reduzierung öffentlicher Unterstützung,
- Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der Region im Rahmen konkreter Dialog- und Maßnahmestrukturen,
- Förderung besonderer übergeordneter landes- und regionalpolitischer Ziele.

Der im Vertrag von Amsterdam und in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU verankerte Grundsatz des Gender Mainstreaming verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Union, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu fördern. Alle vom Land kofinanzierten arbeitsmarktlichen Maßnahmen haben dementsprechend dazu beizutragen, dass dieses Ziel erreicht wird.

In den aus dem ESF finanziell unterstützten Zielen und Maßnahmefeldern sind die von der EU-Kommission vorgegebenen, nachstehenden fünf Politikfelder zu berücksichtigen:

- A Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen und zur beruflichen Eingliederung Jugendlicher und von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern
- B Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der ausgegrenzten, bedrohten oder nicht integrierten Personen wie Migrantinnen und Migranten
- C Förderung und Verbesserung der beruflichen Bildung, allgemeinen Bildung und der Beratung einer Politik des lebensbegleitenden Lernens zur Erleichterung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Förderung der beruflichen Mobilität
- D Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften
- E Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Im Rahmen der übergeordneten Ziele sowohl der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein werden unter Berücksichtigung der maßnahmespezifischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der regionalen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes folgende Unterziele verfolgt:

- 1) Arbeitslose und arbeitsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt unmittelbar oder nach intensiver Beratung und Unterstützung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln,
- 2) präventiv gering qualifizierte, unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere durch arbeitsmarktliche Beratung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit zu bewahren,
- 3) die Beschäftigungsfähigkeit im Rahmen von Projekten des zweiten Arbeitsmarktes zu verbessern,
- 4) die Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen durch Beratung, Weiterbildung, Beschäftigung oder andere arbeitsmarktliche Instrumente zu erhöhen,
- 5) Langzeitarbeitslose, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und andere Zielgruppen, z.B. ausländische Arbeitslose, arbeitsmarktorientiert zu fördern,
- 6) Jugendlichen durch verschiedenste zusätzliche Möglichkeiten zu einer Ausbildung und zu Arbeit zu verhelfen und
- 7) Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen auf der Grundlage des Weiterbildungskonzeptes der Landesregierung und der Vereinbarungen im Rahmen der Bündnisse für Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen.

## **Arbeitsmarktprogramm des Landes**

Als eine der drei Säulen der Zukunftsinitiative **”ziel: Zukunft im eigenen Land”** hat die Landesregierung ein neues arbeitsmarktpolitisches Programm für die Jahre 2000 bis 2006 zuzüglich zweier Auslaufjahre vorgelegt, das am 01. Januar 2000 begann und mit zum Teil veränderten Schwerpunktsetzungen die Nachfolge von ASH III übernimmt.

Mit ”Arbeit für Schleswig-Holstein 2000” werden bis 2006 (zuzüglich zweier Auslaufjahre) mehr als rund eine halbe Milliarde DM aus Mitteln der EU und des Landes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Land gebunden. Hinzu kommen der Höhe nach nicht bezifferbare Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, von Kommunen, von privater Seite (z. B. Unternehmen und von Maßnahmeträgern). Nach dem derzeitigen Stand beläuft sich der Anteil Schleswig-Holsteins an den von der EU-Kommission im Rahmen des ESF bereitgestellten Mitteln auf insgesamt 199,3 Mio. DM , das entspricht im Durchschnitt der neuen Förderperiode rd. 28,47 Mio. DM pro Jahr. Diese ESF-Mittel verteilen sich auf die Mehrzahl der Programmpunkte. Das Land wird unter der Voraussetzung, dass der Haushaltsgesetzgeber dies be-

schließt, jährlich rd. 23 Mio. DM für die Kofinanzierung der ESF-Mittel einsetzen, allein für die vom Arbeitsministerium in ASH 2000 eingebrachten Programmteile jährlich 18 Mio. DM. Das ist wichtig, um Einfluss auf die Zielsetzung, Ausgestaltung und Durchführung von Maßnahmen im Sinne der oben genannten Politikziele ausüben zu können. Für außerhalb der mit den Fördermitteln aus dem ESF und der Kofinanzierung durch das Land liegende Maßnahmefelder und Programmpunkte wird das Land in Abhängigkeit von entsprechenden Haushaltsbeschlüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages durchschnittlich jährlich weitere ca. 13,5 Mio. DM Landesmittel zur Verfügung stellen. Damit sollen vor allem Maßnahmen gefördert werden, die im besonderen arbeitsmarktpolitischen Interesse des Landes liegen.

Die Förderphilosophie bei ASH 2000 geht davon aus, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern. Im Sinne einer effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik muss darauf geachtet werden, dass mit begrenztem Aufwand eine möglichst hohe Integrationsquote erreicht wird.

Die Landesregierung verwirklicht dies mit einer gegenüber der auslaufenden Förderperiode anderen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hin zu wirtschafts- und arbeitsmarktnahen Anforderungen. Zum ersten Mal werden alle arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen der verschiedenen Ressorts des Landes im Programm ASH 2000 in 30 Maßnahmefeldern zusammengefasst. Damit wird das Prinzip der finanziellen Bündelung und der Verknüpfung von Maßnahmen zur Förderung der zentralen Entwicklungsziele des Landes gestärkt.

Mit dem neuen Programm wird ein Umsteuerungsprozess nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land ausgelöst werden. Dies ist mit den Akteuren in der Regionalen Aktion und zum Teil bereits vor Ort in den Regionen diskutiert worden. Diese Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes soll letztlich zu einem effizienteren und effektiveren Einsatz der Mittel führen.

Im ersten Jahr des neuen Programms wurden insgesamt rund 78 Millionen DM für arbeitsmarktliche Maßnahmen bewilligt. Rund 33.700 vorher arbeitslose Menschen konnten durch die verschiedenen Förderrichtlinien erreicht werden. Die regionale Verteilung der Förderfälle und Fördermittel folgte im wesentlichen der Arbeitslosigkeit im Lande.

## **ASH 2000 - Die einzelnen Programmpunkte**

### **I Vermittlung**

#### **1 Integration von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt**

Zweck der Förderung ist die unmittelbare Vermittlung von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Frauen und Männern, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erhalten, in den ersten Arbeitsmarkt. Direktvermittlung bedeutet, dass dies ohne eine vorangehende Teilnahme an einer Maßnahme, einem Projekt oder einer Einzelförderung im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes erfolgt. Eine Vermittlung ist dabei dann erfolgreich, wenn

- das betreffende befristete oder unbefristete Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt mindestens sechs Monate Bestand hat und
- das Arbeitsverhältnis sozialversicherungspflichtig ist.

Im Jahr 2000 konnten insgesamt 119 Personen (42 Männer, 77 Frauen) direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 65 Prozent.

### **II Geförderte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt**

#### **2 Lohnkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger**

Die Zahl der Frauen und Männer, die nach Verlust des Arbeitsplatzes und längerer Arbeitslosigkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes und des ihrer Familie auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, ist in den letzten Jahren weiter angestiegen. Häufig ist Frauen und Männern dieser speziellen Zielgruppe der Weg zurück ins Arbeitsleben wegen geringer, auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbarer oder durch lang andauernde Arbeitslosigkeit verloren gegangene Qualifikation verschlossen. Um den immer stärker werdenden Ausgrenzungstendenzen entgegen zu wirken, soll versucht werden, Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wieder zu einer Beschäftigung in Betrieben, Unternehmen oder Organisationen des ersten Arbeitsmarktes zu verhelfen. Für den Fall, dass eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nur dadurch ermöglicht werden kann, dass dem Arbeitgeber als Ausgleich für gewisse tatsächliche anfängliche Minderleistungen ein Zuschuss zu den betrieblichen Aufwendungen für die Beschäftigung und Entlohnung eines Sozialhilfeempfängers angeboten wird, kann hierzu eine Landeszuwendung gewährt werden.

Im Jahr 2000 konnten insgesamt 328 Personen (203 Männer, 125 Frauen) über Lohnkostenzuschüsse direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermit-

telten Personen betrug rund 38 Prozent.

### **3 Lohnkostenzuschüsse für junge Arbeitslose**

Mit Hilfe der Zuwendungen sollen die Vermittlungschancen junger Menschen verbessert und somit eine dauerhafte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit jungen Menschen, die zuvor mindestens drei Monate arbeitslos waren, soweit sie bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Land Schleswig-Holstein abgeschlossen werden. In Fällen, in denen eine Auszubildende oder ein Auszubildender nach mindestens einem Jahr über- oder außerbetrieblicher Ausbildung in betriebliche Ausbildung einmündet, kann darüber hinaus eine Zuwendung für die verbleibende reguläre Ausbildungsdauer gewährt werden.

Im Jahr 2000 konnten insgesamt 48 junge Menschen (39 Männer, 9 Frauen) über Lohnkostenzuschüsse direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 19 Prozent.

### **4 Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Qualifizierung für Schwerbehinderte**

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer und die Förderung des Ausbildungsplatzangebotes sollen bewirkt werden durch Förderung der Einstellung besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Das Land Schleswig-Holstein fördert nach Maßgabe dieser Richtlinie aus Mitteln der Ausgleichsabgabe die Einstellung von Schwerbehinderten. Die Einstellung soll in Voll- oder Teilzeit auf unbestimmte Dauer erfolgen. Eine zeitlich oder sonstige befristete Einstellung kann insbesondere gefördert werden, wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber ein anschließendes unbefristetes Arbeitsverhältnis mit der Schwerbehinderten oder dem Schwerbehinderten in Aussicht stellt.

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 56 schwerbehinderte Personen (41 Männer, 15 Frauen) über diesen Programmpunkt gefördert. Der Frauenanteil betrug rund 27 Prozent.

## **III Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt**

### **5 Kombinierte Trainingsmaßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung**

Mit Hilfe der die Leistungen des Arbeitsamtes oder anderer Kostenträger ergänzenden Zuwendungen sollen junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Sinne präventiver Arbeitsmarktpolitik Grundqualifikationen erwerben können, die eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Gewährt werden Zuwendungen zu den einzelnen Förderungselementen der Trainingsmaßnahmen mit allgemein und beruflich bildenden Anteilen, die junge Arbeitslose bis zum vollendeten 25. Lebensjahr ohne schulische oder berufliche Abschlüsse auf Ausbildung oder Beruf vorbereiten. Gefördert werden mit dem Arbeitsamt abgestimmte

Maßnahmen, die die Grundlagen schaffen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Beschäftigung und deren Grundförderung sichergestellt ist.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen mit insgesamt 326 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 283 gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren 154 männlichen und 129 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil beträgt somit rund 46 Prozent.

## **6 Ausbildung statt Sozialhilfe**

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern und jungen Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eine Ausbildung zu ermöglichen, um ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Gewährt werden Zuwendungen für zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), auf denen junge Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger bis zum 25. Lebensjahr und junge Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eingestellt werden. Vorrangig sollen junge Menschen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr berücksichtigt werden.

Im Jahr 2000 konnten insgesamt 47 junge Menschen (29 Männer, 18 Frauen) auf zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 38 Prozent.

## **7 Ergänzungsförderung zu Arbeit und Qualifizierung Jugendlicher**

Ziel des Bundesprogramms "AQJ" ist es, eine größere Anzahl junger Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in bezahlte Praktika mit gleichzeitiger Qualifizierung zu integrieren, um den Übergang in eine betriebliche oder sonstige Ausbildung zu erleichtern. Mit Hilfe der Landeszuwendung sollen über die Bundesförderung hinausgehende zusätzliche Vorhaben zur Erweiterung und Verbesserung der Qualifizierungsangebote und Erleichterung der Teilnahme ermöglicht werden. Die Zuwendung wird für einzelne der beruflichen Qualifikation dienende Vorhaben bewilligt, deren Finanzierung nicht durch Bundesmittel vorgesehen ist.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen mit insgesamt 422 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt.

## **8 Berufliche Qualifizierung und Ausbildung für jüngere Mütter und Väter mit kleinen Kindern**

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Frauen und Männern mit kleinen Kindern unter Sicherstellung einer adäquaten Betreuung und Versorgung der Kinder die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung zu ermöglichen und so ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Es werden Zuwendungen für die Bereitstellung bzw. Sicherstellung von qualifizierter Kinderpflege/-betreuung während der beruflichen Qualifikation junger Mütter und Väter gewährt, denen ohne diese Maßnahme die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung wegen ihrer Erziehungsverpflichtung nicht möglich wäre.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen mit insgesamt 42 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete

Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in erster Linie Frauen von dieser Förderung profitieren.

## **9 Jobtransfer**

Der strukturelle Wandel der Wirtschaft bringt seit geraumer Zeit zum Teil einschneidenden Personalabbau und eine relativ hohe Zahl von Unternehmensinsolvenzen mit sich. Diese Entwicklung erfordert Umstellungen in der Arbeitsorganisation und eine Veränderung der Arbeitsbeziehungen, eine laufende Anpassung von Qualifikationen und einen häufigeren, durch äußere Ereignisse bedingten Arbeitsplatzwechsel oder eine höhere Arbeitslosigkeit. Eine frühzeitige und betriebsnah ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik kann dazu beitragen, individuelle Arbeitsplatzverluste zu verringern oder die Zeit einer Arbeitslosigkeit freigesetzter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verkürzen oder ganz zu vermeiden. Darüber hinaus kann diese Umbruchsituation zu einer Weiterqualifizierung der Betroffenen genutzt werden, um sie zur vollen Arbeitsleistung auf einem möglichen neuen Arbeitsplatz zu befähigen.

Hier setzt im Rahmen einer präventiven Arbeitsmarktpolitik das Jobtransfer-Instrument an. Es soll zum Einsatz kommen, wenn Entlassungen verbindlich angekündigt oder unvermeidbar sind. Jobtransfer soll den sozialverträglichen unmittelbaren Übergang bereits gekündigter oder unmittelbar vor einer Kündigung stehender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Betrieb (Konkurs oder größerer Personalabbau) in ein anderes Unternehmen und die notwendige Anpassungsqualifizierung an die Bedingungen des neuen Arbeitsplatzes ermöglichen. Arbeitgeber/innen können eine Zuwendung zu den Ausgaben einer beruflichen Weiterbildung für übernommene Arbeitnehmer/innen erhalten. Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendung ist, dass Arbeitnehmer aus einem Betrieb übernommen werden, die wegen struktureller Umstellungen oder drohender Insolvenz freigesetzt werden müssten und die diese beruflich weiterqualifizieren müssen, um ihnen eine neue Aufgabe in einem neuen Betrieb möglichst ohne qualifikationsbedingte längere Leistungsminderung vermitteln zu können. Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer soll unbefristet in ein sozialversicherungspflichtiges Vollzeitverhältnis eingestellt werden.

Im Jahr 2000 wurde in diesem Programmpunkt noch kein Antrag gestellt.

## **10 Jobrotation**

Als Folge des Strukturwandels der Wirtschaft gewinnt die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens auch für die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig an Bedeutung. Die Bereitschaft zur Umstellung und zur fachlichen Weiterbildung sind immer wichtiger werdende Forderungen, um den Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit und der Belegschaft künftige Beschäftigung zu sichern. Im Rahmen präventiver Arbeitsmarktpolitik sollen Unternehmen, Betriebe und sonstige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose unterstützt werden, sich an Weiterbildungs- und Stellvertreterprojekten zu beteiligen. Das als "Jobrotation" bezeichnete Konzept ist eine Verknüpfung aus beruflicher Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmern und der damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden (zeitlich befristeten) Übernahme der Arbeit durch einen entsprechend vorqualifizierten Arbeitslosen. Es verbindet die betriebliche Personalentwicklung mit einer strukturellen Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen und der Verbesserung der Reintegrationschancen von Arbeitslosen. Jobrotation dient damit beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen: In den Unternehmen werden Arbeitsplätze durch qualifikatorische Anpassung an den Strukturwandel erhalten und Arbeitslose werden durch Kombination von Kenntniserwerb und Arbeitspraxis wieder in das Arbeitsleben eingegliedert.

- Unternehmen werden durch Jobrotation in die Lage versetzt, dank qualifizierter und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zu verbessern.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die Möglichkeit, ihre beruflichen Kompetenzen durch fachliche Qualifizierung zu erweitern und zu vervollkommen. Sie stärken dadurch ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und tragen zum Ausbau ihrer persönlichen Kenntnisse und Fähigkeiten bei.
- Arbeitslose werden geschult und können wieder Verbindung herstellen mit der normalen Arbeitsumgebung und den dort herrschenden Bedingungen. Sie erwerben sich zusätzliche Kenntnisse und Kompetenzen und verbessern ihre Aussichten auf eine dauerhafte Rückkehr in das Berufsleben.

Der Arbeitsmarkt wird unmittelbar entlastet, drohende Arbeitslosigkeit wird verhindert, Arbeitslose werden für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die arbeitsmarktorientierte Zielsetzung und die Zuwendungsvoraussetzungen erfüllen, können eine Zuwendung zu den Ausgaben der Weiterbildung von bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten. Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, die die Freistellung vor Ort erst ermöglichen, sind z.B. zuvor in von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Maßnahmen geschulte Arbeitslose. Vorrangig sollen formal gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sowie Arbeitskräfte mit abgeschlossener Ausbildung, aber veralteter und/oder derzeit nur eingeschränkt verwendbaren beruflichen Kenntnissen gefördert werden.

Im Jahr 2000 wurden 11 Personen (3 Männer, 8 Frauen) über diese Richtlinie gefördert. Der Frauenanteil betrug 73 Prozent.

## **11 Weiterbildungsmaßnahmen**

In den vergangenen Jahren hat es sich als sinnvoll erwiesen, Weiterbildungs- und Betreuungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen und Männer durch Zuwendungen des Landes bezuschussen zu können, wenn die Arbeitsverwaltung nicht die Möglichkeit hat, neue Ansätze, Modellvorhaben oder Bausteine bei Qualifizierungs- oder Weiterbildungslehrgängen in vollem Umfang zu finanzieren. Dies gilt z. B. für Maßnahmen, an denen überwiegend oder ausschließlich Frauen oder Langzeitarbeitslose teilnehmen oder die in veränderten Zeitorgani-

sationen und neuen Arbeitssystemen angeglichenen Weiterbildungsformen durchgeführt werden. Ziel der geförderten Maßnahmen soll insbesondere die Erprobung und Durchführung neuer Wege zu anerkannten Berufsbildungsabschlüssen sein. Hierzu gehören u.a. Baukastensysteme, Aktualisierung länger zurückliegender Ausbildungsinhalte, zielgruppenspezifische methodisch-didaktische Konzepte, Aufbaumaßnahmen für Personen mit Kurzausbildungsabschlüssen.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen für insgesamt 69 Personen (32 Männer, 37 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 54 Prozent.

## **12 Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk**

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins ist durch kleine und mittlere Betriebe - insbesondere im Handwerk - geprägt. Ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängt in hohem Maße von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ab. Die handwerklichen Betriebe tragen die Hauptlast der Berufsausbildung. Fast 40 v.H. der Ausbildungsplätze im dualen System entfallen in Schleswig-Holstein auf das Handwerk. Viele der kleinen Handwerksbetriebe verfügen nicht über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, qualifizierte Ausbildung. Sie sind deshalb oftmals nicht in der Lage, alle Anforderungen der Ausbildungsordnungen an die betriebliche Ausbildung zu erfüllen. Die entsprechenden Ausbildungsinhalte werden deshalb durch ergänzende überbetriebliche Lehrgänge vermittelt. Die Förderung soll - trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Strukturen im Handwerk - eine landesweit einheitliche gute Ausbildungsqualität im Handwerk sichern. Die Lehrgänge müssen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks oder in anderen von der jeweiligen Handwerkskammer anerkannten Berufsbildungseinrichtungen stattfinden. Ein Lehrgang soll möglichst in zusammenhängender Form ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen für insgesamt 23.040 Personen (18.757 Männer, 4.283 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug rd. 19 Prozent.

## **13 Berufsvorbereitung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten**

Ziel einer ergänzenden Förderung aus ESF-Mitteln nach diesen Richtlinien ist es, ausländische Langzeitarbeitslose sowie ausländische Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen oder Projekten

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- die Deutsch-Sprachkenntnisse wesentlich zu verbessern und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Durch die Förderung aus Mitteln des ESF soll die Zahl und die Qualität der Maßnahmen gesteigert und die Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine (Wieder-) Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt erhöht werden. Gefördert werden Ausländere-

rinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsstatus einen langfristigen oder dauerhaften Verbleib in Schleswig-Holstein gewährleistet sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Während der Beschäftigung hat der Maßnahmeträger die Möglichkeiten einer weiteren beruflichen Qualifizierung der Beschäftigten festzustellen und in Betracht kommende Maßnahmen nachhaltig anzubieten.

Da diese Maßnahme ausschließlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird, konnte im Jahr 2000 noch keine Förderung erfolgen.

#### **14 Eingliederung von Strafgefangenen durch Qualifizierung**

Bereits während des Vollzuges von Jugendstrafe sollen für jugendliche und heranwachsende Strafgefangene Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der beruflichen Orientierung durchgeführt werden. Die Maßnahmen dienen dazu, diesen vom Ausschluss aus dem ersten Arbeitsmarkt bedrohten Personen nach Beendigung des Strafvollzuges den Eintritt in das Berufsleben zu erleichtern. Die Maßnahmen sollen in der Regel folgende Phasen beinhalten:

- Orientierungsphase (Bestandsaufnahme des Qualifikations- und Leistungsvermögens)
- Qualifizierungsphase (Erstellung eines "Bildungsfahrplanes")
- Vertiefungs- und Projektphase (Vertiefung in fachübergreifenden Projekten)

Da diese Maßnahme ausschließlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird, konnte im Jahr 2000 noch keine Förderung erfolgen.

#### **15 Alphabetisierung deutschsprachiger Erwachsener**

Das Projekt richtet sich an deutschsprachige Erwachsene mit unzureichender Grundqualifikation im Lesen und Schreiben. Geringe Fertigkeiten im Lesen und Schreiben erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Arbeitslosigkeit und die Zugehörigkeit zu sozialen Randgruppen. Die beruflichen Anforderungen an den Umgang mit Texten haben in den letzten Jahren stetig zugenommen; fehlende Grundqualifikationen sind eine wesentliche Ursache für Arbeitsplatzgefährdungen. Die Vermittlung von Grundkenntnissen im Lesen und Schreiben schafft Voraussetzungen für die Bewältigung beruflicher Anforderungen und die Teilnahme an Qualifizierung/Weiterbildung. Gefördert wird ein weitgehend flächendeckendes Informations-, Beratungs- und Unterrichtsangebot an den Volkshochschulen mit einem verbindlichen Netzwerk.

Im Jahr 2000 wurden fünf Beratungsstellen in Norderstedt, Husum, Dithmarschen, Schleswig und Oldenburg gefördert. An den Maßnahmen zur Alphabetisierung Erwachsener nahmen 668 Personen (329 Männer, 339 Frauen) teil. Der Frauenanteil betrug rd. 51 Prozent.

#### **16 Berufsorientierender Sprachunterricht**

Dieser Programmpunkt richtet sich an Personen jeden Alters, die nicht Deutsch als Muttersprache haben - insbesondere Jugendliche - und die ihre geringe Sprachkompetenz für die angestrebte Ausbildung bzw. Arbeitsaufnahme durch einen gezielten berufsfachsprachlichen

Unterricht verbessern möchten. Die Vertiefung und Festigung der deutschen Sprachkenntnisse dieser Migrantinnen und Migranten und die Erteilung von berufsorientiertem Deutschunterricht bis hin zur Vermittlung der Berufssprache dient als Schlüsselqualifikation zu Ausbildungserfolg und Integration. Um die Möglichkeit der Teilnahme an weiteren qualifizierenden beruflichen Ausbildungen zu ermöglichen, werden Kurse in der Fremdsprache Englisch angeboten.

Im Jahr 2000 wurde ein Projekt mit 193 Personen (108 Männer, 85 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 44%.

## **17 Integration von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen**

Angesichts einer sehr hohen Zahl von arbeitslosen Menschen ist die berufliche Eingliederung von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen äußerst schwierig. Die Rehabilitation psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen erfolgt mit dem Ziel, die berufliche Eingliederungsfähigkeit herzustellen. Durch Qualifizierung und Stabilisierung unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der beiden o.g. Zielgruppen sollen Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt eröffnet und die Eingliederung psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen verbessert werden. Es werden Zuwendungen für Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen gewährt, die ohne Beschäftigung sind. Grundlage für Zuwendungen ist die Vorlage eines fachlich fundierten Konzeptes, das in Abhängigkeit von der Zielgruppe den Leitlinien des Psychatrieplanes 2000 sowie den Leitlinien "Hilfen für psychisch kranke und behinderte Frauen" bzw. den Leitlinien der Drogenpolitik entspricht.

Da diese Maßnahme ausschließlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird, konnte im Jahr 2000 noch keine Förderung erfolgen.

## **18 Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen**

Das Programm "Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen" richtet sich an Frauen in Schleswig-Holstein, die nach einer längeren Phase der Nichterwerbstätigkeit erneut in das Berufsleben eintreten möchten. In mindestens 60stündigen Seminaren und eines daran anschließenden Betriebspraktikums erhalten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit zur persönlichen, fachlichen und beruflichen Orientierung. Sie werden über Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen informiert und auf den Wiedereintritt in das Berufsleben vorbereitet.

Im Jahr 2000 konnten 28 Kurse für insgesamt 336 Frauen gefördert werden.

## **IV Vorübergehende Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt**

### **19 Verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**

Für die Durchführung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Arbeitsbeschaffung (ABM) ist oftmals ein zusätzlicher Zuschuss aus Mitteln des Landes zur Restfinanzierung von Lohnkosten notwendig. Die finanzielle und die Arbeitsmarktsituation erfordern einen gezielten Einsatz der Landesförderung. Sie konzentriert sich daher auf solche Projekte, die zur Sicherung ihrer Durchführbarkeit einer verstärkten Förderung im Rahmen des § 266 SGB III aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und entsprechender Komplementärmittel des Landes bedürfen. Vorrangig sollen ABM gefördert werden, an denen ein besonderes arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Interesse besteht. Mit den ABM-Landesmitteln soll insbesondere arbeitslosen Frauen, jüngeren Arbeitslosen ohne beruflichen Abschluss, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Schwerbehinderten und älteren Arbeitslosen geholfen werden, wieder Anschluss an das Berufsleben zu finden.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen mit insgesamt 2.131 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 1.738 gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren 1.209 männlichen und 529 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil beträgt somit rund 30 Prozent.

Es ist mehrfach versucht worden darauf hinzuwirken, dass der Frauenanteil erhöht wird. Auf die Zuweisung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Arbeitsämter kann letztlich aber kein Einfluss genommen werden.

### **20 Ergänzungsförderung von Strukturanpassungsmaßnahmen**

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. SGB III Arbeitslose, wenn die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit vom Arbeitsamt zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begründen und die Durchführung der Maßnahme dazu beiträgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder dies zum Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten erforderlich ist, die infolge von Personalanpassungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang entstanden sind oder entstehen und sich auf den örtlichen Arbeitsmarkt erheblich nachteilig auswirken. Die Förderung aus Landesmitteln ist als Anschubfinanzierung zum teilweisen Ausgleich einer anfänglich zu erwartenden Minderleistung bei der Beschäftigung förderungsbedürftiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 274 Abs. 1 SGB III im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) bestimmt.

Im Jahr 2000 wurden Maßnahmen mit insgesamt 753 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 607 gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren 361 männlichen und 246 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil beträgt somit 40,5 Prozent.

## **21 Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger**

Ziel dieser Richtlinie ist die ergänzende Förderung von Trägern, die Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt einstellen, um sie

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Die Bewilligung einer Zuwendung erfolgt im Rahmen einer personenbezogenen Leistungsvereinbarung nach Festbeträgen je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer. Grundlage der im Rahmen dieser Förderung abzuschließenden Leistungsvereinbarung ist ein individueller Eingliederungsplan, der innerhalb von drei Monaten nach Beschäftigungsbeginn zu erarbeiten, ggf. mit beteiligten Stellen und Einrichtungen (z.B. Schuldner- und Familienberatung, Suchthilfe u.a.m.) abzustimmen und der Bewilligungsstelle vorzulegen ist. Er muss die zu diesem Zeitpunkt beabsichtigten Vorschläge und die geplanten Maßnahmen des Trägers beinhalten, die geeignet sind, die berufliche Perspektive der Teilnehmerin oder des Teilnehmers entscheidend zu verbessern.

Im Jahr 2000 wurden über diese Richtlinie insgesamt 4.326 Personen (2.865 Männer, 1.461 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 33,8 Prozent.

## **V Beratung und Strukturbildung**

### **22 Regionale Weiterbildungsverbände**

Die Initiierung eines flächendeckenden Netzes regionaler Weiterbildungsverbände (WBV) geht zurück auf das Weiterbildungskonzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Die Weiterbildungsverbände sollen insbesondere die Information und Beratung in der Weiterbildung verbessern und zur Transparenzverbesserung beitragen. Ihre Dienstleistung richtet sich sowohl an kleine und mittelständische Unternehmen als auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Verbände sind für alle an der regionalen Weiterbildung beteiligten Institutionen (Träger und Einrichtungen der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung, Vertreterinnen und Vertreter der Kammern, Kreise, Arbeitsverwaltung) offen. Förderfähig ist ein Arbeitsprogramm, das die Bereiche Kooperation/Koordination, Qualitätsentwicklung und Weiterbildungsinformation und -beratung umfasst. Die konzeptionelle Gewichtung kann regional unterschiedlich sein. Seit 1999 fördert das Land ein nahezu flächendeckendes Netz von 10 Verbänden.

## **23 Regionale Ausbildungsbetreuung**

Das Land Schleswig-Holstein fördert landesweit elf regionale Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer für die Beratung und Betreuung benachteiligter Jugendlicher. Die Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer unterstützen junge Menschen bei der persönlichen Berufswegplanung und beraten Jugendliche, Eltern und Betriebe in Konfliktsituationen vor und während der Ausbildung. Insbesondere geht es darum, Ausbildungsabbrüche zu verhindern, bzw. Alternativen zusammen mit den Jugendlichen zu entwickeln, um einen generellen Ausstieg aus der beruflichen Erstqualifizierung und den Einstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 1.383 Erst- und 4.440 Folgeberatungen durchgeführt. Hier von entfielen 59,9% auf männliche Jugendliche unter 25 Jahre und 40,1% auf weibliche Jugendliche.

## **24 Beratungsstellen Frau & Beruf**

Noch immer sind fast ausschließlich Frauen mit dem Problem konfrontiert, Beruf und Aufgaben in der Familie miteinander zu vereinbaren. Unterbrechen sie wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit, finden sie anschließend nur schwer wieder Zugang zum Arbeitsmarkt. Es gelingt ihnen vielfach nicht, sich in dieser Lebensphase noch eine tragfähige berufliche Existenz und eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Dies gilt regelmäßig auch dann, wenn sie die Berufstätigkeit nicht unterbrechen, sondern lediglich reduzieren. Denn Teilzeitarbeit wird oft nur im Bereich der weniger qualifizierten Tätigkeiten angeboten und mündet nicht selten in geringfügige Beschäftigung. Mit den spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit ist es schließlich auch zu erklären, dass Frauen weniger häufig von den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren.

Nach dieser Richtlinie werden Zuwendungen für Beratungseinrichtungen gewährt, deren Angebot auf diese spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden typischen Arbeitsmarktrisiken zugeschnitten ist. Dadurch soll der (Wieder-)Einstieg von Frauen in das Erwerbsleben unterstützt, ihr berufliches Fortkommen - auch im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung - gefördert und ihnen dabei geholfen werden, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug zu beenden bzw. zu vermeiden. Die Beratungsstellen werden gefördert, um innerhalb der Zielsetzung dieser Richtlinie die folgenden Kernaufgaben wahrzunehmen:

- Beratung zur beruflichen Orientierung von langzeitarbeitslosen Frauen, zum Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen sowie von Erziehungsurlauberinnen;
- Gezielte Beratung von Betrieben bei der Gestaltung frauen- und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen sowie von Bildungs- und Beschäftigungsträgern bei der Entwicklung von Qualifizierungsangeboten, die auch die spezifischen Erwerbsbedingungen von Frauen berücksichtigen.

- Kooperation der Beratungsstellen im Rahmen ihrer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) und Kooperation mit den anderen regionalen Beratungseinrichtungen sowie sonstigen Arbeitsmarktakteuren mit dem Ziel, die Arbeitsmarktpolitik im Interesse von Frauen dort stärker aufeinander abzustimmen.

Im Jahr 2000 wurden von den Beratungsstellen landesweit insgesamt 10.560 Beratungen (davon 9.160 Einzelberatungen) durchgeführt.

## **25 Beratung von Unternehmen bei Einstellung von Arbeitslosen**

Die Landesregierung misst der Information und intensiven Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen und Betrieben (KMU) im Hinblick auf ihren beschäftigungspolitischen Auftrag eine besondere Bedeutung bei. Die Förderungsmöglichkeiten des Landes und damit verbunden auch von Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit bei der Einstellung von Arbeitslosen mit Integrationsproblemen sollen den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oder den Personalverantwortlichen nahegebracht werden. Ziel dieser Aktivitäten, die auf eine Verbesserung des bisherigen Stellenangebots gerichtet sind, soll z. B. die Ermittlung eines ggf. vorhandenen, derzeit aber nicht realisierten Personalbedarfs und die Einleitung konkreter Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt hinein durch die Bundesanstalt für Arbeit und ggf. anderer Einrichtungen sein. Bei der unmittelbaren Kontaktaufnahme sollen auch konkrete Qualifizierungsbedarfe und mögliche Interessen an speziellen Beratungen, z. B. über Jobrotation, Praktika und andere zielgerichtete Elemente erfragt werden.

Im Jahr 2000 hat es keine Anträge gegeben.

## **26 Beratung von Arbeitslosen**

In vielen Städten und Gemeinden des Landes haben sich Arbeitslose zu Selbsthilfegruppen und Initiativen zusammengeschlossen, um ihre Probleme gemeinsam besser bewältigen zu können. Darüber hinaus sind eine Reihe von Beratungsstellen eingerichtet worden. Die hier geleistete Arbeit bietet eine wertvolle ergänzende Hilfe zu den vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitsämter und Sozialämter, die Situation der arbeitslosen Frauen und Männer durch ein niedrigschwelliges Beratungs- und Betreuungsangebot sozial verträglich zu gestalten. Darüber hinaus erfolgt eine konkrete Unterstützung z.B. durch Formulierungshilfen, Erläuterung von amtlichen Schreiben und Rechtsvorschriften, Begleitung zu Ämtern. Diese Bemühungen will das Land weiterhin unterstützen.

Im Jahr 2000 wurden landesweit insgesamt 17 Beratungseinrichtungen gefördert.

## **27 Integration nichtdeutscher Jugendlicher**

Ziel ist es, durch Qualifizierung sprachliche und leistungsmäßige Defizite von Jugendlichen bis 25 Jahren, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, auszugleichen, wenn bisher eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt bzw. eine dem Fähigkeitspotential entsprechende Berufsausbildung nicht möglich war. Mit diesem Programmpunkt sollen ihre beruflichen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht werden. Daher unterstützt dieses Projekt

Schüler und Schülerinnen von Fach-, Berufsfach- und Fachoberschulen sowie Schüler und Schülerinnen in der Berufsvorbereitung, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Identität auszubilden, damit sie eine gegenüber den oft entgegengesetzten Anforderungen beider Kulturen selbstbewusste Position behaupten können.

Im Jahr 2000 wurde ein Projekt mit 49 Personen (13 Männer, 36 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 73%.

## **28 Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung**

Zielgruppe des Projekts sind benachteiligte und behinderte Jugendliche, insbesondere diejenigen, die voraussichtlich keinen Hauptschulabschluss erwerben werden. Es hat zum Ziel, dass sich Fördernetzwerke bilden zwischen den beteiligten Institutionen, insbesondere den Sonderschulen/Förderzentren, Hauptschulen und Beruflichen Schulen in Kooperation mit den jeweiligen Arbeitsämtern, Kammern, Arbeitgebern, Vereinen, Verbänden, Maßnahmeträgern und Kostenträgern wie dem Jugendamt und dem Sozialamt. Mit Hilfe dieser Fördernetzwerke sollen regionale Projekte entstehen, die während der Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bildung wirksam werden und die die Jugendlichen im Sinne von Prävention darin stärken sollen, eine fundierte Berufswahl zu treffen, nach Möglichkeit doch einen Schulabschluss zu erwerben und letztendlich Maßnahme- und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Das Projekt soll darüber hinaus gute Erfahrungen aus europäischen Ländern einbeziehen und Erfahrungen aus den zahlreichen Einzelprojekten Interessenten aus anderen europäischen Ländern zugänglich machen.

Da diese Maßnahme ausschließlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird, konnte im Jahr 2000 noch keine Förderung erfolgen.

## **VI Andere Bereiche**

### **29 Dauerhafte Lohnkostenzuschüsse für ältere Schwerbehinderte bis zum Rentenalter**

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer soll bewirkt werden durch Förderung der Einstellung über 55 Jahre alter besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Gefördert wird die Einstellung und Beschäftigung von älteren arbeitslosen Schwerbehinderten, die vor Beginn des Arbeitsverhältnisses langzeitarbeitslos oder innerhalb der letzten 12 Monate mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren. Begünstigt sind Schwerbehinderte über 55 Jahre, die auf einen Arbeitsplatz i.S. des § 7 Abs. 1 oder § 9 Abs. 2 Satz 2 SchwbG eingestellt werden. Nicht anerkannte Schwerbehinderte, die aufgrund einer psychischen Behinderung vom Psychosozialen Dienst, der mit der Hauptfürsorgestelle eine Vereinbarung abgeschlossen hat, betreut werden, können unter den gleichen Voraussetzungen in die Förderung einbezogen werden wie anerkannte Schwerbehinderte. Es wird

eine Festbetragsfinanzierung in Höhe eines jährlich mit dem Arbeitsamt abzustimmenden Betrages gewährt.

Im Jahr 2000 hat es keine Anträge gegeben.

### **30 "Freie Förderung" (Modellprojekte, Erprobung neuer Elemente)**

Das neue Instrument "Freie Förderung" kommt einem oft von politischer Seite und auch von der Praxis geäußerten Wunsch nach flexiblen, auf konkrete regionale Arbeitsmarktsituationen zugeschnittenen Elementen der aktiven Arbeitsmarktförderung nach. Analog zu den Bedingungen in § 10 SGB III sollen die Möglichkeiten der durch die vorstehenden Richtlinien geregelten Kofinanzierungsleistungen aus Landesmitteln durch freie, weitgehend regelungsungebundene Mittelvergabe ergänzt werden. Zielsetzung der Freien Förderung ist die Einmündung von Arbeitslosen oder Arbeitsuchenden in den ersten Arbeitsmarkt oder die deutliche Verbesserung der Eingliederungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die über die Möglichkeiten der anderen Programmpunkte hinausgehen.

Im Jahr 2000 wurden insgesamt drei Projekte im Rahmen dieser Richtlinie bewilligt. Aussagen über Teilnehmerzahl und Geschlecht sind derzeit noch nicht möglich.

# Verzeichnis der Tabellen

<b>Tabelle 1:</b>	Entwicklung der Arbeitslosigkeit September 1999 bis Juni 2001
<b>Tabelle 2:</b>	Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit 1995-2000
<b>Tabelle 3:</b>	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)
<b>Tabelle 4:</b>	Erwerbstätige im Ländervergleich 1995-2000
<b>Tabelle 5:</b>	Erwerbstätige im Ländervergleich 1995-2000, ausgewählte Wirtschaftsbereiche
<b>Tabelle 6:</b>	Beschäftigte im Ländervergleich 1999-2000
<b>Tabelle 7:</b>	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen 1999-2000
<b>Tabelle 8:</b>	Beschäftigte Frauen und Teilzeitbeschäftigte 1999-2000
<b>Tabelle 9:</b>	Arbeitskräfteangebot: Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein
<b>Tabelle 10:</b>	Arbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein 1998 bis 2000 im Bundesländervergleich
<b>Tabelle 11:</b>	Arbeitslosigkeit in den Kreisen und Regionen Schleswig-Holsteins 1998-2000
<b>Tabelle 12:</b>	Dynamik auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins 1998-2000
<b>Tabelle 13:</b>	Arbeitsmarktdynamik in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins 1998-2000
<b>Tabelle 14:</b>	Arbeitslosigkeit in den Kreisen Schleswig-Holsteins, Frauen und Männer 1998-2000
<b>Tabelle 15:</b>	Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Schleswig-Holstein 1998-2000
<b>Tabelle 16:</b>	Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen 1998-2000
<b>Tabelle 17:</b>	Arbeitslose nach vermittlungerschwerenden Merkmalen
<b>Tabelle 18:</b>	Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen 2000 und 2001
<b>Tabelle 19:</b>	Ausbildungsstellenbilanz in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins
<b>Tabelle 20:</b>	Ausbildungsstellenbilanz in ausgewählten Berufsbereichen 1999 und 2000
<b>Tabelle 21:</b>	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen
<b>Tabelle 22:</b>	Bevölkerung, Erwerbstätige und Ausbildung in Schleswig-Holstein 1996 und 2000
<b>Tabelle 23:</b>	Aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit 1998-2000
<b>Tabelle 24:</b>	ASH-Mittelbindungen 2000 - 2003 sowie geförderte Personen 2000 nach Programmpunkten
<b>Tabelle 25:</b>	ASH-Mittelbindungen 2000 nach Kreisen und kreisfreien Städten
<b>Tabelle 26:</b>	ASH geförderte Personen 2000 nach Programmpunkten

**Tabelle 1:****Entwicklung der Arbeitslosigkeit September 1999 bis Juni 2001**

Arbeitslosenzahlen und -quoten, September 1999 bis Mai 2001

Bezugsgröße bei den Arbeitslosenquoten: abhängige zivile Erwerbspersoner

<b>Schleswig-Holstein</b>						
Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung		Arbeitslosenquote (%)	
				zum Vorjahr (%)	aktuell	Vorjahr
Sept.	1999	113,2	-	5,3	9,8	10,4
Okt.	1999	112,7	-	5,8	9,7	10,4
Nov.	1999	116,2	-	7,1	10,0	10,9
Dez.	1999	121,6	-	8,1	10,5	11,5
Jan.	2000	128,6	-	7,4	11,1	12,1
Feb.	2000	128,4	-	7,2	11,1	12,0
März	2000	122,8	-	6,0	10,6	11,4
Apr.	2000	115,2	-	6,8	9,4	10,7
Mai	2000	108,5	-	7,9	8,9	10,2
Juni	2000	105,6	-	6,9	8,7	9,8
Juli	2000	110,1	-	5,9	9,0	10,1
Aug.	2000	109,6	-	5,2	9,0	10,0
Sept.	2000	106,7	-	5,9	8,7	9,8
Okt.	2000	106,4	-	5,6	8,7	9,7
Nov.	2000	110,8	-	4,7	9,1	10,0
Dez.	2000	117,0	-	3,8	9,6	10,5
Jan.	2001	125,3	-	2,6	10,3	11,1
Feb.	2001	126,6	-	1,4	10,4	11,1
März	2001	122,0	-	0,7	10,0	10,6
Apr.	2001	116,0		0,6	9,5	9,4
Mai	2001	110,2		1,6	8,9	8,9
Juni	2001	107,9		2,2	8,7	8,7

<b>Bundesgebiet West</b>						
Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung		Arbeitslosenquote (%)	
				zum Vorjahr (%)	aktuell	Vorjahr
Sept.	1999	2.622,3	-	4,1	9,4	9,8
Okt.	1999	2.590,6	-	4,2	9,2	9,7
Nov.	1999	2.603,7	-	5,1	9,3	9,9
Dez.	1999	2.690,0	-	6,8	9,6	10,4
Jan.	2000	2.826,9	-	6,6	10,1	10,9
Feb.	2000	2.797,0	-	7,5	10,0	10,9
März	2000	2.690,7	-	7,1	9,6	10,4
Apr.	2000	2.585,8	-	7,6	8,7	10,1
Mai	2000	2.459,1	-	8,8	8,3	9,6
Juni	2000	2.426,5	-	8,5	8,2	9,5
Juli	2000	2.466,2	-	8,4	8,3	9,6
Aug.	2000	2.443,7	-	8,7	8,3	9,5
Sept.	2000	2.382,5	-	9,1	8,1	9,4
Okt.	2000	2.342,5	-	9,6	7,9	9,2
Nov.	2000	2.359,9	-	9,4	8,0	9,3
Dez.	2000	2.453,6	-	8,8	8,3	9,6
Jan.	2001	2.622,2	-	7,2	8,9	10,1
Feb.	2001	2.622,8	-	6,2	8,9	10,0
März	2001	2.538,9	-	5,6	8,6	9,6
Apr.	2001	2.473,5	-	4,3	8,4	8,7
Mai	2001	2.385,1	-	3,0	7,9	8,3
Juni	2001	2.380,2	-	1,9	7,9	8,2

Arbeitslosenquote:

Arbeitslose bezogen auf die "abhängigen zivilen Erwerbspersonen"

**Tabelle 2:****Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit 1995-2000**

Statistischer Überblick, Datenstand Juni 2001

Schleswig-Holstein (S-H), Westdeutschland (WDL) und Ostdeutschland (ODL) im Vergleich

Anmerkungen zu den Datenquellen und zu den Berechnungen auf der folgenden Seite.

**Indexzahlen: 1995=100**

	<b>Produktion</b>			<b>Arbeitsplätze</b>						<b>Arbeitslosigkeit</b>		
	Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige			SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl		
	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL
1996	101,1	100,6	101,7	100,1	99,9	99,1	99,3	99,0	97,6	110,7	109,0	111,3
1997	102,2	102,2	101,9	99,8	100,0	96,8	97,8	98,0	93,8	124,1	118,2	127,8
1998	103,0	104,6	102,6	99,8	101,1	97,7	97,3	98,4	92,4	125,6	113,3	129,0
1999	105,2	106,3	103,7	100,6	102,4	97,8	98,3	99,1	91,4	119,4	107,3	126,2
2000	106,1	109,8	104,8	101,9	104,7	96,7				111,9	98,1	127,3

**jährliche Veränderungsraten in %**

	Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige			SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl				
	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL		
995/199	1,1	(1,1)	0,6	(0,9)	1,7	0,1	-0,1	-0,9	-0,7	-1,0	-2,4	10,7	9,0	11,3
996/199	1,2	(2,3)	1,6	(2,3)	0,3	-0,3	0,1	-2,3	-1,5	-1,0	-3,9	12,2	8,5	14,9
997/199	0,8	(1,4)	2,3	(2,8)	0,6	0,0	1,2	0,8	-0,5	0,4	-1,5	1,2	-4,2	0,9
998/199	2,1	(1,8)	1,7	(1,9)	1,0	0,8	1,3	0,2	1,1	0,7	-1,1	-4,9	-5,3	-2,2
999/200	0,9	(1,7)	3,3	(4,0)	1,1	1,3	2,2	-1,1	1,4	2,1	-1,9	-6,3	-8,6	0,9

Bruttoinlandsprodukt: Die jährlichen Veränderungsraten in Klammern zeigen die Entwicklung der Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau

**Tabelle 3: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)**

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (in Tsd. DM)				Index für Schleswig-Holstein (Westdeutschland = 100)		BWS je ET		WDL	
	Schleswig-Holstein		Westdeutschland		2000	1995	S-H		WDL	
	2000	2000 (1995=100)	2000	2000 (1995=100)			2000	1995	2000	1995
<b>alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>92,6</b>	<b>106,2</b>	<b>100,3</b>	<b>107,0</b>	<b>92,3</b>	<b>93,0</b>	92,583	87,159	100,278	93,741
darunter:										
Landwirtschaft (Forstw., Fischerei)	63,0	125,0	48,6	125,9	129,7	130,7	62,986	50,377	48,556	38,554
Verarbeitendes Gewerbe	97,2	106,1	103,1	110,1	94,3	97,9	97,230	91,680	103,100	93,633
Baugewerbe	59,2	85,6	76,8	104,0	77,1	93,6	59,184	69,171	76,801	73,869
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	64,3	108,6	71,2	107,0	90,3	89,0	64,328	59,227	71,201	66,515
Finanzierung, Unternehmensdienstleister	238,1	105,4	212,2	98,4	112,2	104,8	238,117	226,010	212,198	215,662
öffentliche und private Dienstleister	64,1	98,2	54,5	76,1	117,6	91,1	64,145	65,307	54,540	71,697
nachrichtlich:										
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>97,0</b>	<b>104,1</b>	<b>105,1</b>	<b>104,9</b>	<b>92,3</b>	<b>93,0</b>	97,020	93,177	105,083	100,215

**Tabelle 4:**  
**Erwerbstätige im Ländervergleich 1995-2000**

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskon  
 Jahresdurchschnitte 1995/98/99/2000, Indexzahl für 2000 (1995=100)  
 jährliche Veränderungsrate 1998/99 und 1999/2000 in %, positive Veränderungsrate

Bundesland	Index 2000 (1995=100)	jährliche Veränderungsrate	
		1998/99	1999/2000
<b>Schleswig-Holstein</b>	101,9	<b>0,8</b>	<b>1,3</b>
Niedersachsen	103,5	<b>1,6</b>	<b>2,1</b>
Nordrhein-Westfalen	106,1	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>
Hessen	104,2	<b>0,9</b>	<b>2,4</b>
Rheinland-Pfalz	104,5	<b>1,2</b>	<b>1,9</b>
Baden-Württemberg	105,2	<b>1,1</b>	<b>2,4</b>
Bayern	104,7	<b>1,2</b>	<b>2,4</b>
Saarland	105,2	<b>1,5</b>	<b>1,8</b>
Mecklenburg-Vorpommern	96,3	<b>0,6</b>	-1,3
Brandenburg	97,8	<b>0,2</b>	-1,9
Sachsen-Anhalt	92,6	-0,8	-2,4
Thüringen	99,5	<b>1,4</b>	-1,5
Sachsen	98,4	<b>0,6</b>	-1,0
Hamburg	102,6	<b>0,7</b>	<b>2,3</b>
Bremen	99,4	-0,6	<b>1,9</b>
Berlin	95,4	-0,7	<b>0,5</b>
<b>Westdeutschland</b>	104,7	<b>1,3</b>	<b>2,2</b>
<b>Ostdeutschland</b>	96,7	<b>0,2</b>	-1,1

**Quelle:**

Erwerbstätige: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder  
 (Die Daten wurden uns vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.)

**Tabelle 5:****Erwerbstätige im Ländervergleich 1995-2000, ausgewählte Wirtschaftsbereiche**

Westdeutsche Bundesländer, West- und Ostdeutschland

Jahresdurchschnittswerte 1995, 1998, 1999 und 2000, Indexzahlen bzw. jährliche Veränderungsrate in %

Für Schleswig-Holstein außerdem: absolute Veränderung (in 100er Einheiten)

	Landwirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe			Baugewerbe		
	Index 2000 (1995=100)	Veränderungsrate 1998/99	Veränderungsrate 1999/2000	Index 2000 (1995=100)	Veränderungsrate 1998/99	Veränderungsrate 1999/2000	Index 2000 (1995=100)	Veränderungsrate 1998/99	Veränderungsrate 1999/2000
<b>Schleswig-Holstein</b>									
absolute Veränderung	(3.900)	(1.400)	1.000	(17.200)	(900)	2.200	(8.400)	(600)	(500)
Index bzw. Veränderungsrate	91,9	-3,1	2,3	91,5	-0,5	1,2	91,0	-0,7	-0,6
Rang (Westdeutschland)	(3.)	(7.)	(3.)	(7.)	(6.)	(3.)	(4.)	(5.)	(6.)
Niedersachsen	86,5	-1,3	1,3	98,1	0,6	1,4	94,0	-0,3	0,0
Nordrhein-Westfalen	95,8	-2,2	2,7	94,2	-0,9	-0,1	90,5	-2,4	-0,3
Hessen	82,3	-2,5	1,0	90,8	-1,0	-0,4	87,8	-2,2	-0,9
Rheinland-Pfalz	85,4	-2,7	0,2	98,6	0,1	1,1	94,8	0,1	-0,1
Baden-Württemberg	84,1	-3,9	2,3	101,2	0,5	0,9	90,3	-0,5	0,8
Bayern	85,5	-0,1	-0,4	99,6	-0,4	2,4	89,8	-0,8	-1,5
Saarland	105,0	12,1	3,2	103,6	2,1	0,0	94,5	0,7	1,7
Hamburg	93,4			89,6	-1,4	1,0	88,0	-0,5	-3,4
Bremen	99,1			87,7	-1,0	-0,4	95,7	-1,9	0,6
<b>Westdeutschland</b>	<b>87,3</b>	<b>-1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>97,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,9</b>	<b>90,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>-0,4</b>
<b>Ostdeutschland</b>	<b>88,7</b>	<b>-2,5</b>	<b>-2,9</b>	<b>93,4</b>	<b>-1,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>74,9</b>	<b>-5,2</b>	<b>-7,9</b>

	Handel, Gastgewerbe, Verkehr			Finanzierung, Unternehmensdienstl.			öffentliche und private Dienstl.		
	Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate	
	2000 (1995=100)	1998/99	1999/2000	2000 (1995=100)	1998/99	1999/2000	2000 (1995=100)	1998/99	1999/2000
<b>Schleswig-Holstein</b>									
absolute Veränderung	15.700	4.000	200	23.000	7.300	7.500	16.000	1.500	6.600
Index bzw. Veränderungsrate	104,8	1,2	0,0	117,8	5,3	5,2	104,2	0,4	1,7
Rang (Westdeutschland)	(4.)	(4.)	(8.)	(8.)	(6.)	(8.)	(7.)	(8.)	(7.)
Niedersachsen	105,6	1,8	1,3	123,8	5,4	7,1	103,9	1,6	2,0
Nordrhein-Westfalen	107,4	1,7	2,2	136,6	8,3	7,6	109,7	2,3	2,1
Hessen	104,2	1,2	2,2	130,2	5,2	8,0	107,8	0,5	2,0
Rheinland-Pfalz	104,2	0,0	1,6	123,2	6,0	5,9	108,9	2,1	2,1
Baden-Württemberg	105,5	0,7	2,3	127,9	5,6	7,3	106,6	0,8	2,2
Bayern	103,9	1,3	1,6	126,1	4,6	6,5	109,4	1,9	2,8
Saarland	101,0	-0,6	1,8	129,2	6,1	7,7	107,5	1,6	1,6
Hamburg	97,1	-0,4	1,0	125,0	5,2	8,1	103,8	0,1	0,8
Bremen	100,1	-2,6	1,6	124,4	8,3	7,9	98,4	-1,9	1,2
<b>Westdeutschland</b>	<b>105,0</b>	<b>1,1</b>	<b>1,8</b>	<b>128,8</b>	<b>6,1</b>	<b>7,2</b>	<b>107,5</b>	<b>1,5</b>	<b>2,1</b>
<b>Ostdeutschland</b>	<b>99,7</b>	<b>0,9</b>	<b>-0,9</b>	<b>120,9</b>	<b>4,7</b>	<b>3,1</b>	<b>101,4</b>	<b>1,5</b>	<b>0,0</b>

Rang Westdeutschland: Position Schleswig-Holsteins unter den acht westdeutschen Flächenländern

Erwerbstätige nach ihrem Arbeitsort. Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, siehe Anmerkungen zur Tabelle 2

**Tabelle 6:**  
**Beschäftigte im Ländervergleich 1999-2000**

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Inlandskonzept)

Zahlen für 30. 6. 1999 und 30. 6. 2000

jährliche Veränderungsrate 1999/2000 in %, positive Raten fett gedruckt

Bundesland	jährliche Veränderungsrate 1999/2000
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>1,4</b>
Niedersachsen	<b>2,2</b>
Nordrhein-Westfalen	<b>1,7</b>
Hessen	<b>2,4</b>
Rheinland-Pfalz	<b>1,3</b>
Baden-Württemberg	<b>2,4</b>
Bayern	<b>2,5</b>
Saarland	<b>1,5</b>
Mecklenburg-Vorpommern	-2,3
Brandenburg	-2,4
Sachsen-Anhalt	-3,4
Thüringen	-2,5
Sachsen	-2,1
Hamburg	<b>2,5</b>
Bremen	<b>1,2</b>
Berlin	<b>0,7</b>
<b>Bundesgebiet West</b>	<b>2,0</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>	<b>-2,2</b>

**Quelle:**

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord zur Verfügung gestellt.

## Tabelle 7: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen 1999-2000

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 30. 6. 1999 und 30. 6. 2000  
Bestand im Juni 2000, Veränderung in Hundert-Einheiten (HE), positive Veränderung fett gedruckt, sowie Indexzahlen  
Regionalfaktor: Relation zwischen den Indexzahlen Schleswig-Holsteins und des Bundesgebietes West  
Wirtschaftszweig-Gliederung nach WZ93, hier ohne Landwirtschaft und Private Haushalte

Wirtschaftszweig	Nr.	Schleswig-Holstein			Regionalfaktor Entwicklung relativ zum Bundesgebiet West	Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost
		Bestand Juni 2000 in Tsd.	Veränderung 2000-1999 in HE	Veränderung Indexzahl 2000 (1999=100)		Veränderung Indexzahl 2000 (1999=100)	Veränderung Indexzahl 2000 (1999=100)
Bergbau, Steine, Erden	10-14	1,2	-	98,8	<b>1,061</b>	93,2	96,0
Nahrung, Genuss	15-16	24,4	- 500	98,2	0,985	99,7	97,9
Textil, Bekleidung, Leder	17-19	2,4	- 100	96,9	<b>1,033</b>	93,8	95,4
Holz, Papier, Druck	20-22	21,8	- 600	97,4	0,971	100,3	104,9
Chemie, Mineralöl	23-24	13,0	<b>100</b>	101,1	1,009	100,2	100,3
Kunststoff, Glas, Keramik	25-26	13,0	-	99,8	0,993	100,6	99,8
Metallerzeugung u. Bearb.	27-28	13,9	-	99,7	0,996	100,2	101,2
Maschinenbau	29	29,0	- 700	97,6	0,972	100,4	100,4
Büro- und EDV-Geräte	30-33	26,8	<b>800</b>	103,2	0,989	104,3	102,8
Fahrzeugbau	34-35	12,9	<b>400</b>	103,2	1,015	101,7	103,0
Möbel, Schmuck, Recycl.	36-37	5,9	<b>200</b>	104,2	<b>1,057</b>	98,6	95,6
Energie, Wasser	40-41	9,2	- 300	97,2	0,998	97,4	95,8
Baugewerbe	45	68,3	- 1.000	98,6	1,018	96,8	88,3
Handel, Reparatur	50-52	154,9	<b>1.800</b>	101,1	0,993	101,8	98,3
Gastgewerbe	55	31,4	<b>1.000</b>	103,3	0,985	104,8	100,9
Verkehr, Nachrichten	60-64	44,0	<b>3.300</b>	108,1	<b>1,038</b>	104,1	98,9
Banken, Versicherungen	65-67	27,6	<b>800</b>	102,8	1,011	101,7	100,3
Grundstücke, Wohnungen	70-74	74,1	<b>3.800</b>	105,3	0,951	110,7	102,5
Öffentliche Verwaltung	75	66,5	- 500	99,3	1,000	99,3	97,0
Erziehung, Unterricht	80	21,5	- 500	97,9	0,943	103,9	99,4
Gesundheit, Soziales	85	102,7	<b>2.700</b>	102,7	1,008	101,9	100,7
sonstg. Dienstleistungen	90-93	37,4	<b>700</b>	102,0	0,995	102,5	99,1
<b>Insgesamt</b>		<b>819,5</b>	<b>11.100</b>	<b>101,4</b>	<b>0,994</b>	<b>102,0</b>	<b>97,8</b>

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord zur Verfügung gestellt.

### Wirtschaftsstruktur

Beschäftigtenanteile in % im Juni 2000

Schleswig- Holstein	Bundesgeb. West	Bundesgeb. Ost
1,99	0,89	0,00
0,15	0,59	0,56
3,07	2,71	2,49
0,30	1,00	0,66
2,77	2,88	1,28
1,59	2,12	0,73
1,62	2,58	1,73
1,73	4,38	2,98
3,68	4,28	1,71
3,22	4,21	1,91
1,55	3,41	1,00
0,70	1,17	1,01
1,17	0,99	1,33
8,57	7,35	14,10
18,94	15,70	13,09
3,76	2,65	2,86
5,03	5,14	6,24
3,32	4,22	2,08
8,71	9,97	9,33
8,29	5,77	9,37
2,72	2,92	6,70
12,37	10,65	9,72
<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

## Tabelle 8:

### Beschäftigte Frauen und Teilzeitbeschäftigte 1999-2000

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 30. 6. 1999 und 30. 6. 2000

Bestand im Juni 2000, Veränderung in Hundert-Einheiten (HE) sowie Indexzahlen

Regionalfaktor: Relation zwischen den Indexzahlen Schleswig-Holsteins und des Bundesgebietes West

#### (a) Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet (West, Ost)

Beschäftigtenkategorie	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet West	Bundesgebiet
	Bestand	Veränderung	Veränderung	Regionalfaktor	Veränderung	Veränderung
	Juni 2000	2000-1999	Indexzahl	Entwicklung relativ zum	Indexzahl	Indexzahl
	in Tsd.	in HE	2000 (1999=100)	Bundesgebiet West	2000 (1999=100)	2000 (1999=100)
Frauen	370,9	5.800	101,6	0,990	102,6	98,9
Männer	437,5	5.300	101,2	0,996	101,6	96,8
Vollzeitbeschäftigte	683,8	4.200	100,7	0,994	101,2	96,8
Vollzeitbeschäftigte Frauen	257,8	1.900	100,8	0,993	101,5	97,3
Teilzeitbeschäftigte	129,1	6.600	105,1	0,981	107,2	105,6
Teilzeitbeschäftigte Frauen	115,1	4.100	103,6	0,983	105,4	105,0

#### (b) Arbeitnehmer/-innen, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen im Bundesgebiet West 1991 bis 2000

	Entwicklung 1991 bis 2000	Entwicklung 1999/2000
	Veränderungsrate in %	Veränderungsrate in %
Arbeitnehmer/-innen	3,4	2,2
Vollzeit	-8,0	1,0
Teilzeit	56,4	5,7
(Teilzeitquote)	(1991: 17,6%, 2000: 26,7%)	
Arbeitszeit	-6,9	-1,6
Vollzeit	0,0	-0,8
Teilzeit	-12,0	-2,0
Arbeitsvolumen	-3,7	0,6
Vollzeit	-7,9	0,2
Teilzeit	37,7	3,6

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 3 vom 20.2.2001: H.-U. Bach, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen - Teil I: Arbeitsvolumen steigt wieder dank mehr Beschäftigung. Nürnberg 2001.

**Tabelle 9:****Arbeitskräfteangebot: Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein****Schätzung für die Jahre 1998-2000, Prognose für 2001 und 2002****Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein (Inländerkonzept)**

Erwerbspersonen sind alle Personen, die erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit anstreben.

Personen im Alter von 15 bis zu 65 Jahren, gemessen zur Jahresmitte

**(a) bei einem sich verändernden Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten-Trend 1996-2005)**

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung gegenüber Vorjahr in Tsd.		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1998	1372,2	789,2	583,0	- 1,1	- 3,3	+ 2,2
1999	1368,7	784,4	584,3	- 3,5	- 4,8	+ 1,3
2000	1364,9	779,3	585,7	- 3,8	- 5,2	+ 1,7
2001	1361,3	774,0	587,3	- 3,6	- 5,3	+ 1,7
2002	1360,4	770,1	590,2	- 0,9	- 3,8	+ 2,9

**(b) bei unverändertem Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten von 1996)**

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung gegenüber Vorjahr in Tsd.		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1998	1365,6	790,7	574,8	- 4,6	- 2,6	- 2,0
1999	1358,2	786,3	571,9	- 7,4	- 4,4	- 2,9
2000	1348,9	780,3	568,6	- 9,3	- 6,0	- 3,3
2001	1339,9	774,2	565,7	- 9,0	- 6,1	- 2,9
2002	1333,7	769,7	564,0	- 6,2	- 4,5	- 1,6

**Arbeitskräfteangebot nach Altersgruppen****bei einem sich verändernden Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten-Trend 1996-2005)**

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung über zwei Jahre in Tsd.		
	15-25 Jahre	25-40 J.	40-60 J.	15-25 J.	25-40 J.	40-60 J.
1998	154,1	564,8	602,1			
2000	151,7	548,2	604,5	- 2,5	- 16,5	+ 2,5
2002	151,9	525,6	617,7	+ 0,3	- 22,6	+ 13,2

**Bevölkerung:**

Schätzungen des Instituts für Regionalforschung auf der Basis der amtlichen Bevölkerungszahlen (bis Dez. 1999) des Statistischen Landesamtes und der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes in Kooperation mit der Landesplanung Schleswig-Holstein (Prognose 1998 bis 2050, Basis: 1997)

Mittelwerte aus den Bevölkerungszahlen zum Jahresbeginn und zum Jahresende

**Erwerbsquoten:**

Erwerbsquoten 1996 gemäß Mikrozensus 1996; Erwerbsquoten 1999 nach einer Schätzung der Landesplanung Schleswig-Holstein (Basis: Mikrozensus 1996 und Prognose der Erwerbsquoten für 2005); Erwerbsquoten 2005 gemäß Prognose der Landesplanung Schleswig-Holstein. Die Erwerbsquoten für die Jahre 1998 bis 2002 wurden zwischen den Quoten für 1996, 1999 und 2005 interpoliert.

**Tabelle 10:****Arbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein 1998 bis 2000 im Bundesländervergleich**

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Bundesland	Arbeitslose insgesamt 2000	Arbeitslosen- quoten		Veränderung der Arbeitslosenzahlen (Index 1999=100)			Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen in %		
		1999	2000	2000	1998	1999	1998	1999	2000
<b>Schleswig-Holstein</b>	114.334	10,6	9,5	93,7	101,2	96,2	41,3	42,1	42,1
Niedersachsen	350.829	11,5	10,3	93,4	96,5	90,7	44,5	45,4	44,1
Nordrhein-Westfalen	777.617	11,2	10,1	93,6	96,8	93,9	42,4	43,1	42,3
Hessen	214.875	9,4	8,1	89,8	97,4	91,7	43,0	44,0	43,2
Rheinland-Pfalz	138.337	9,1	8,1	92,6	95,7	91,2	43,7	45,1	44,1
Saarland	47.766	11,9	10,8	95,3	93,5	88,7	38,9	40,0	40,1
Baden-Württemberg	281.403	7,3	6,0	86,7	92,0	85,0	46,2	47,3	47,1
Bayern	339.387	7,4	6,3	88,3	93,9	86,9	45,6	46,6	45,9
Mecklenburg-Vorpommern	162.998	19,4	19,0	100,0	101,6	96,8	53,5	52,7	49,8
Brandenburg	226.388	18,7	18,4	101,5	101,0	102,2	54,3	53,7	50,1
Sachsen-Anhalt	272.801	21,7	21,4	100,2	100,6	100,6	54,6	54,4	51,9
Thüringen	193.610	16,5	16,5	102,2	96,1	87,0	55,1	55,4	53,4
Sachsen	387.774	18,6	18,5	102,1	102,3	101,5	55,7	55,0	51,8
nachrichtlich:									
Hamburg	74.655	11,7	10,0	88,8	97,8	90,8	39,8	39,6	37,9
Bremen	41.128	15,8	14,2	93,7	98,7	93,5	39,9	39,6	39,9
Berlin	264.749	17,7	17,6	98,8	102,8	100,9	44,0	43,4	41,8
Bundesgebiet West	2.529.374	9,9	8,7	91,8	96,1	91,2	43,5	44,3	43,4
Bundesgebiet Ost	1.359.278	19,0	18,8	101,2	100,8	98,5	54,0	53,5	50,7
Deutschland	3.888.652	11,7	10,7	94,9	97,6	93,5	46,9	47,3	45,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Referat IIIa4, 2000  
Strukturanalyse 2000 der Bundesanstalt für Arbeit

**Tabelle 11:**  
**Arbeitslosigkeit in den Kreisen und Regionen Schleswig-Holsteins 1998-2000**

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	Arbeitslose insgesamt 2000	Arbeitslosen- quoten		Veränderung der Arbeitslosenzahlen		
		1999	2000	(Index 1999=100)		(Index 1998=100)
		1998,0	1999,0	1999,0	1998,0	1999,0
<b>kreisfreie Städte</b>	1.999	1998,0	1999,0	1999,0	1998,0	1999,0
Flensburg	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kiel	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Lübeck	122.040	11,2	10,6	100,0	100,0	95,1
Neumünster	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landkreise</b>	5.154	16,1	14,2	100,0	100,0	88,9
Dithmarschen	14.177	14,9	13,9	100,0	100,0	92,8
Hzgt. Lauenburg	13.381	15,0	14,7	100,0	100,0	97,6
Nordfriesland	5.189	14,6	14,5	100,0	100,0	99,3
Ostholstein	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Pinneberg	84.140	10,0	9,5	100,0	100,0	95,2
Plön	6.014	12,5	11,7	100,0	100,0	94,8
Rendsburg-Eckernförde	6.679	9,4	9,0	100,0	100,0	96,7
Schleswig-Flensburg	6.082	11,0	9,8	100,0	100,0	89,3
Segeberg	8.789	11,3	11,0	100,0	100,0	97,7
Steinburg	11.932	9,5	9,3	100,0	100,0	97,8
Stormarn	4.783	10,1	9,5	100,0	100,0	95,4
<b>Planungsräume</b>						
S-H Nord	9.322	8,9	8,4	100,0	100,0	94,9
S-H Mitte	5.806	10,9	10,4	100,0	100,0	96,8
S-H Südwest	6.953	7,8	7,3	100,0	100,0	95,3
S-H Ost	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
S-H Süd	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Schleswig-Holstein</b>	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quellen: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

LAA Nord, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord 2000 und  
 Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-2000, Übersicht 25

**Tabelle 12:**  
**Dynamik auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins 1998-2000**

**Arbeitslose: Bestandsveränderung, Zugang und Abgang von Januar bis Dezember**

Merkmal	Arbeitslose insgesamt Schleswig-Holstein			arbeitslose Frauen Schleswig-Holstein			Arbeitslose insgesamt Bundesgebiet West		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Arbeitslose zum Jahresbeginn (in Tsd.)	135,4	132,3	121,6	55,8	54,5	51,4	3.064,8	2.884,8	2690,0
Zugang an Arbeitslosen (in Tsd.)	234,2	229,0	223,6	95,2	94,8	93,1	4.943,2	4.835,0	4.649,6
darunter vorher erwerbstätig in %	49,5	48,4	49,6	46,6	46,0	46,4	46,0	45,8	46,7
Abgang an Arbeitslosen (in Tsd.)	237,2	239,7	228,3	103,6	97,9	95,4	5.123,2	5.029,7	4.881,6
darunter Vermittlungen in %	18,0	19,2	18,0	15,7	17,9	*	19,5	21,5	22,2
Arbeitslose zum Jahresende (in Tsd.)	132,3	121,6	117,0	54,5	51,4	49,1	2.884,8	2.690,0	2.453,6
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik**	1,76	1,85	1,89	1,80	1,82	1,88	1,69	1,77	1,85

Relative Arbeitsmarktdynam Quotient aus der Summe aller Zu- und Abgänge eines Jahres (Zähler)  
 und der Summe aus Jahresanfangs- und Endbestand der Arbeitslosen (Nenner)

\* Angabe aufgrund einer Umstellung der Erfassungssystematik nicht verfügbar

\*\* Zahlen errechnet aus Anfangsbestand plus Zugänge minus Abgänge.

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte  
 LAA Nord, Arbeitsmarktinformationen, Jahresbericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk  
 Nord 2000 und Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950 - 2000, Übersicht 4 und 7  
 Bundesanstalt für Arbeit, Referat IIIa4

**Tabelle 13:**  
**Arbeitsmarktdynamik in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins 1998-2000**  
**Arbeitslose: Bestandsveränderung, Zugang und Abgang von Januar bis Dezember**

Merkmal	Bad Oldesloe			Elmshorn			Flensburg			Heide		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Arbeitslose zum Jahresbeginn	14.632	13.855	12.723	21.619	20.950	20.003	20.608	19.996	17.542	8.553	8.408	7.613
Zugang an Arbeitslosen darunter vorher erwerbstätig in %	27.696 47,2	27.038 46,6	25.910 47,9	37.984 45,8	36.549 46,5	35.343 47,8	37.530 54,5	36.934 52,7	36.553 54,1	15.901 53,9	15.090 51,7	15.398 54,0
Abgang an Arbeitslosen darunter Vermittlungen in %	28.473 14,0	28.170 16,9	26.078 *	38.653 15,1	37.496 15,1	36.321 *	38.142 23,7	39.388 24,9	36.455 *	16.046 16,2	15.885 19,9	15.656 *
Arbeitslose zum Jahresende	13.855	12.723	12.555	20.950	20.003	19.025	19.996	17.542	17.640	8.408	7.613	7.355
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	1,97	2,08	2,06	1,80	1,81	1,84	1,86	2,03	2,08	1,88	1,93	2,07

Merkmal	Kiel			Lübeck			Neumünster		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Arbeitslose zum Jahresbeginn	24.433	24.119	21.731	25.143	24.532	23.649	20.362	20.421	18.345
Zugang an Arbeitslosen darunter vorher erwerbstätig in %	36.846 47,7	36.411 47,9	35.505 47,6	41.892 47,7	41.384 46,1	41.117 47,3	36.314 51,7	35.615 48,9	33.828 50,5
Abgang an Arbeitslosen darunter Vermittlungen in %	37.160 21,9	38.799 21,9	36.598 *	42.503 11,6	42.267 11,7	42.011 *	36.255 22,6	37.691 24,1	35.110 *
Arbeitslose zum Jahresende	24.119	21.731	20.638	24.532	23.649	22.755	20.421	18.345	17.063
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	1,52	1,64	1,70	1,70	1,74	1,79	1,78	1,89	1,95

Relative Arbeitsmarktdynamik: Quotient aus der Summe aller Zu- und Abgänge eines Jahres (Zähler) und der Summe aus Jahresanfangs- und Endbestand der Arbeitslosen (Nenner)

- Daten aufgrund einer Umstellung der Erfassungssystematik nicht verfügbar

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte, Arbeitsmarktinformationen, Jahresberichte über die Arbeitsmarktentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Nord und "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950 - 1997", Übersicht 6, Bundesanstalt für Arbeit, Referat IIIa4

**Tabelle 14:**

**Arbeitslosigkeit in den Kreisen Schleswig-Holsteins, Frauen und Männer 1998-2000**

**Jahresdurchschnittswerte**

**Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen**

Kreis	arbeitslose Frauen			Frauenanteil an allen			Arbeitslosenquoten					
	insgesamt			Arbeitslosen in %			1998		1999		2000	
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
<b>kreisfreie Städte</b>	15.044	14.364	13.548	37,6	37,9	38,2	12,3	17,4	11,7	16,6	10,5	15,0
Flensburg	2.042	1.832	1.731	35,2	35,5	36,0	12,3	19,2	11,0	17,1	10,0	15,4
Kiel	5.632	5.225	4.752	36,9	36,9	36,8	11,9	17,6	10,9	16,5	9,5	14,5
Lübeck	5.172	5.133	5.029	37,7	38,4	39,0	12,3	17,2	12,1	16,9	11,3	15,8
Neumünster	2.198	2.173	2.036	42,1	41,9	41,9	13,6	15,4	13,4	15,5	11,9	14,2
<b>Landkreise</b>	38.028	36.979	34.582	43,0	43,9	43,8	9,6	10,4	9,1	9,7	8,0	8,9
Dithmarschen	2.461	2.472	2.200	38,8	41,1	39,0	11,7	13,0	11,4	11,8	9,2	11,2
Hzgt. Lauenburg	2.938	2.888	2.855	42,5	43,2	43,8	9,0	9,8	8,6	9,3	8,0	8,7
Nordfriesland	2.933	2.647	2.415	43,1	43,5	42,2	10,4	11,5	9,2	10,2	7,9	9,6
Ostholstein	3.829	3.794	3.732	42,6	43,2	43,3	10,5	12,0	10,2	11,7	9,5	11,2
Pinneberg	5.442	5.429	5.279	44,6	45,5	46,3	9,3	9,7	9,1	9,4	8,4	8,7
Plön	2.182	2.166	1.997	43,6	45,3	45,6	9,9	10,3	9,5	9,5	8,1	8,4
Rendsburg-Eckernförde	4.993	4.756	4.237	43,4	43,6	43,5	10,6	11,0	9,8	10,4	8,1	9,1
Schleswig-Flensburg	3.116	2.937	2.675	41,6	42,7	41,4	9,5	11,0	8,7	9,9	7,5	9,3
Segeberg	4.414	4.215	3.903	44,9	45,2	45,5	8,7	9,1	8,1	8,6	7,1	7,7
Steinburg	2.452	2.471	2.342	40,9	42,6	42,3	10,5	11,3	10,3	10,6	9,0	10,0
Stormarn	3.269	3.202	2.946	44,8	46,1	46,7	7,6	7,9	7,2	7,4	6,4	6,5
<b>Schleswig-Holstein</b>	53.072	51.343	48.119	41,3	42,1	42,1	10,2	12,0	9,7	11,3	8,6	10,3

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

**Tabelle 15:**  
**Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Schleswig-Holstein 1997-1999**

**Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)**

<b>Arbeitslose</b>		<b>Schleswig-Holstein</b>			<b>Bundesgebiet West (in Tsd.)</b>			<b>Bundesgebiet Ost (in Tsd.)</b>		
		<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
insgesamt	AL	128.381	122.040	114.334	2904,3	2755,5	2529,4	1.374,9	1.343,7	1.359,3
Frauen	ALF	53.072	51.343	48.119	1263,5	1220,0	1131,3	743,1	719,4	704,6
Frauenanteil in %	ALF / AL	41,3	42,1	42,1	43,5	44,3	44,7	54,0	53,5	51,8
Arbeitslosenquote*:										
	Männer	12,0	11,3	10,3	10,6	9,9	8,7	17,4	17,1	18,8
	Frauen	10,2	9,7	8,6	10,3	9,8	8,5	21,8	20,9	19,9
<b>Langzeitarbeitslose</b>										
- insgesamt	LAL	41.968	40.683	36.933	1.070,2	988,9	918,6	453,4	427,5	456,0
- Frauen	LALF	16.851	16.880	15.541	471,0	443,2	416,5	299,5	275,6	285,4
Frauenanteil in %	LALF / LAL	40,2	41,5	42,1	44,0	44,8	45,3	66,1	64,5	62,6
<b>Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (in %)</b>										
- insgesamt	LAL/AL	32,7	33,3	32,3	36,8	35,9	36,3	33,0	31,8	33,5
- Frauen	LALF/ALF	31,8	32,9	32,3	37,3	36,3	36,8	40,3	38,3	40,5

\* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Referat IIIa4

LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

**Tabelle 16:**  
**Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen 1998-2000**

**Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)**

Absolutzahlen für Bundesgebiet West und Ost in Tsd.

		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
		1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	AL	128.381	122.040	114.334	2.904,3	2.755,5	2.529,4	1.374,9	1.343,7	1.359,3
<b>Jüngere, 20 bis unter 25</b>	AL 20-25	12.629	11.004	10.449	252,4	222,2	205,4	110,9	105,9	121,5
Anteil in %	AL 20-25/AL	9,8	9,0	9,1	8,7	8,1	8,1	8,1	7,9	8,9
<b>Jüngere unter 20</b>	AL 20	3.707	3.327	3.407	75,4	69,5	67,2	33,1	31,7	34,1
Anteil in %	AL 20/AL	2,9	2,7	3,0	2,6	2,5	2,7	2,4	2,4	2,5
<b>55 Jahre und älter</b>	AL 55	25.726	25.939	23.328	667,9	657,9	583,9	282,1	290,6	258,1
Anteil in %	AL 55/AL	20,0	21,3	20,4	23,0	23,9	23,1	20,5	21,6	19,0
<b>Schwerbehinderte</b>	ALS	5.905	6.028	5.711	161,1	156,9	146,4	33,3	36,3	39,4
Anteil in %	ALS/AL	4,6	4,9	5,0	5,5	5,7	5,8	2,4	2,7	2,9
<b>Ausländer</b>	ALA	12.195	11.893	11.114	505,2	477,7	436,8	29,5	32,4	34,2
Anteil in %	ALA/AL	9,5	9,7	9,7	17,4	17,3	17,3	2,1	2,4	2,5
<b>Arbeitslosenquote**</b>										
- insgesamt		11,2	10,6	9,5	10,5	9,9	8,7	19,5	19,0	18,8
- Jüngere unter 25		12,8	11,2	9,9	10,4	9,1	7,7	17,0	15,8	16,6
- Ausländer		25,5	24,7	21,9	19,6	18,4	16,4	*	*	*

\* Keine Angaben verfügbar

\*\* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Referat IIIa4

**Tabelle 17:**  
**Arbeitslose nach vermittlungerschwerenden Merkmalen**

Angaben jeweils für den 30.9. in Schleswig-Holstein

	Anzahl	Anteil an allen Arbeitslosen		
		2000 Anteil in %	1999 in %	1998 in %
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	106.668	100,0	100,0	100,0
davon:				
ohne erschwerende Merkmale	37.836	35,5	35,7	36,8
<b>mit erschwerenden Merkmalen</b>	68.832	64,5	64,3	63,2
<b>darunter:</b>				
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	42.047	111,1	38,5	39,0
mit gesundheitlichen Einschränkungen	29.362	27,5	26,9	25,5
55 Jahre und älter	21.767	20,4	21,9	21,0

Quelle: LAA Nord, Sonderuntersuchung über Arbeitslose Ende September 2000.

**Tabelle 18:****Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen 2000 und 2001****Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat (Zunahme fett gedruckt)**

<b>Berufsgruppe (Kurzbezeichnung)</b>	<b>Kenn- ziffer</b>	<b>März 2000</b>	<b>Juni 2000</b>	<b>April 2001</b>
Steinbearbeitung, Baustoffherst., Keramiker,...	10-13	- 52	- 54	<b>14</b>
Chemie und Kunststoffverarbeitung	14-15	- 139	- 142	- 100
Papierherstellung, -verarbeitung	16	- 23	- 34	<b>74</b>
Druckereiberufe	17	- 64	- 91	<b>150</b>
Holzaufbereitung und -fertigung	18	- 30	- 14	<b>32</b>
Metallerzeugung und -bearbeitung	19-24	- 125	- 220	- 85
Schlosser- und Mechanikerberufe	25-30	- 785	- 725	- 64
Elektrikerberufe	31	- 454	- 469	- 75
sonstige Montierer- und Metallberufe	32	- 239	- 173	<b>2</b>
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	33-37	- 154	- 152	- 62
Ernährungsberufe	39-43	- 150	- 284	<b>208</b>
Bauberufe	44-47	- 1.038	- 113	<b>1.433</b>
Bau- und Raumausstattung	48-49	- 196	- 31	<b>237</b>
Tischlerberufe	50	- 155	- 26	<b>181</b>
Maler- und Lackiererberufe	51	- 45	<b>40</b>	<b>240</b>
Warenaufbereitung, Versand	52	- 136	- 277	- 169
Maschinenberufe	54	- 70	- 76	<b>8</b>
Ingenieur-, Chemiker-, Physikerberufe	60-61	- 249	- 264	- 101
Technikerberufe	62-63	- 350	- 362	- 181
Warenkaufleute	68	- 298	- 645	<b>220</b>
Dienstleistungskaufleute	69-70	- 160	- 186	<b>100</b>
Verkehrsberufe, Lagerverwaltung	71-74	- 273	- 670	- 83
Verwaltungs- und Büroberufe	75-78	- 1.484	- 1.647	- 285
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	79-81	<b>87</b>	<b>151</b>	<b>139</b>
Publizisten, Künstlerberufe	82-83	- 33	- 47	<b>91</b>
Gesundheitsberufe	84-85	- 489	- 430	- 355
Sozial-, Erziehungsberufe	86-89	- 52	- 245	<b>17</b>
Körperpflegeberufe	90	- 35	- 42	<b>27</b>
Gästebetreuung	91	- 28	- 115	<b>40</b>
Hauswirtschaftliche Berufe	92	- 137	- 165	- 16
Reinigungsberufe	93	- 393	- 382	- 128
nachrichtlich:				
Hilfsarbeiter/-innen	53	- 134	- 170	- 391

**Berufsfelder**

Fertigung, Wartung, Lager, Verkehr	10-54, 71-74	- 4.128	- 3.511	<b>1.337</b>
Technische Dienste	60-63	- 599	- 626	- 324
kaufmännische und Verwaltungsdienste	68-70, 75-78	- 1.942	- 2.478	<b>35</b>
soziale Dienste	84-89	- 541	- 675	- 338
sonstige Dienste	79-83, 90-93	- 539	- 600	<b>231</b>
<b>alle Berufsfelder</b>		- 7.749	- 7.890	<b>729</b>

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

**Tabelle 19:**  
**Ausbildungsstellenbilanz in den Arbeitsamtsbezirken**  
**Schleswig-Holsteins**

ASV: abgeschlossene Ausbildungsverträge = vermittelte Ausbildungsstellen

ASA: Ausbildungsstellenangebot

ASN: Ausbildungsstellennachfrage

Arbeitsamtsbezirk	Angebots-Nachfrage-Relation		Vermittlungsquote		Abschlussquote	
	100*(ASA/ASN)		100*(ASV/ASN)		100*(ASV/ASA)	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Bad Oldesloe	100,7	101,6	98,4	98,4	97,7	96,9
Elmshorn	101,4	100,9	98,5	95,0	97,1	94,2
Flensburg	102,4	102,6	98,6	98,6	96,3	94,5
Heide	102,1	102,7	98,5	98,5	96,4	95,9
Kiel	103,6	103,6	99,1	98,6	95,6	95,2
Lübeck	98,5	101,1	95,3	97,3	96,8	96,3
Neumünster	98,5	99,6	97,3	97,6	98,7	98,0
Schleswig-Holstein	100,9	101,7	97,8	97,6	96,9	96,0
Bundesgebiet West	102,1	100,8	97,1	96,3	95,1	95,5

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001

**Tabelle 20:**  
**Ausbildungsstellenbilanz in ausgewählten Berufsbereichen**  
**1999 und 2000**

Angebots-Nachfrage-Relation: 100\*(ASA/ASN)

Berufsbereich	Angebots-Nachfrage-Relation			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	2000	1999	2000*	1999
Metallberufe	100,4	101,7	102,9	101,0
Elektrikerberufe	99,6	102,5	101,5	101,0
Textil-, Leder-, Bekleidungsberufe	106,6	103,8	105,5	103,7
Ernährungsberufe	107,5	110,2	116,1	110,8
Bauberufe	98,7	100,8	104,3	102,9
übrige Fertigungsberufe	99,7	100,4	100,2	100,0
Technische Berufe	99,7	101,1	100,3	99,3
Waren-, Dienstleistungsberufe	100,1	101,1	101,3	99,7
Verkehrsberufe	104,9	100,8	106,5	103,3
Verwaltungs- und Büroberufe	99,9	99,3	99,6	98,7
Körperpflege, Reinigung, Hauswirtsch.	105,4	105,9	105,3	102,8
übrige Dienstleistungsberufe	100,9	98,5	100,6	97,1

\* Im Jahr 2000: Westdeutschland ohne Berlin (West)

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001

**Tabelle 21:**  
**Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach**  
**Ausbildungsbereichen**

ASV: Anteil der Ausbildungsbereiche an allen abgeschlossenen Verträgen in %

Ausbildungsbereich	Anteil der Ausbildungsbereiche an allen abgeschlossenen Verträgen in %			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	2000	1999	2000*	1999
Industrie und Handel	46,3	46,6	53,0	51,9
Handwerk	35,7	36,2	32,4	33,6
Öffentlicher Dienst	2,9	3,0	2,4	2,4
Landwirtschaft	3,6	3,3	2,1	2,2
freie Berufe u.a.	11,4	10,9	10,1	9,8

\* Im Jahr 2000: Westdeutschland ohne Berlin (West)

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2001

## Tabelle 22:

### Bevölkerung, Erwerbstätige und Ausbildung in Schleswig-Holstein 1996 und 2000

Ergebnisse der Mikrozensus-Statistik, April 1996 und Mai 2000  
für alle in Schleswig-Holstein wohnenden Personen (Bevölkerung) und für alle Erwerbstätige  
mit Wohnort in Schleswig-Holstein

#### (a) Bevölkerung

Anteil an allen Personen, die zur Schul- bzw. zur beruflichen Ausbildung Angaben gemacht haben

	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet West	
	Männer		Frauen		Männer	Frauen
	1996	2000	1996	2000	1999	1999
<b>allgemeiner Schulabschluss:</b>						
Hauptschulabschluss	53,1	49,0	53,0	48,7	55,5	56,1
Realschulabschluss	22,9	25,1	29,3	31,6	19,4	25,1
Fachhoch- und Hochschulabschluss	22,4	24,5	15,9	18,0	24,3	17,9
<b>beruflicher Abschluss:*</b>						
Lehrausbildung		66,5		78,3	66,4	77,1
Meister, Techniker, Fachschule		13,6		6,5	13,0	5,9
Fachhoch-/Hochschulabschluss		17,8		11,0	17,5	12,0

#### (b) Erwerbstätige

Anteil an allen Erwerbstätigen, die zur Schul- bzw. zur beruflichen Ausbildung Angaben gemacht haben

	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet West	
	Männer		Frauen		Männer	Frauen
	1996	2000	1996	2000	1999	1999
<b>allgemeiner Schulabschluss:</b>						
Hauptschulabschluss	48,1	42,6	39,6	35,9	48,9	41,3
Realschulabschluss	25,8	28,2	37,3	38,5	22,7	32,8
Fachhoch- und Hochschulabschluss	24,3	27,6	20,6	23,4	27,4	24,5
<b>beruflicher Abschluss:*</b>						
Lehrausbildung		64,3		75,4	63,4	74,2
Meister, Techniker, Fachschule		14,6		8,1	13,8	7,0
Fachhoch-/Hochschulabschluss		19,4		13,2	20,1	15,0

\* keine Angaben im Mikrozensus 1996

Die Mikrozensus-Daten wurden uns vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt.

**Tabelle 23:****Aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit 1998-2000**

Beschäftigte in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)

Teilnehmende an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Teilnehmende an Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM)

Jahresdurchschnittswerte

<b>ABM</b>		<b>Schleswig-Holstein</b>			<b>Bundesgebiet West</b>		
		<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
Beschäftigte	insgesamt	2.169	2.675	2.668	59.010	66.302	58.054
	Frauen	844	927	928	22.100	25.025	22.095
ABM-Beschäftigte auf Tsd. Arbeitslose							
	insgesamt	16,9	21,9	23,3	20,3	24,1	21,1
	Frauen	15,9	18,1	19,3	17,5	20,5	18,1
<b>FbW</b>		<b>Schleswig-Holstein</b>			<b>Bundesgebiet West</b>		
		<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
Teilnehmende	insgesamt	8.092	8.194	8.307	193.679	214.772	186.498
	Frauen	4.064	4.395	4.002	94.630	106.985	106.587
FbW-Teilnehmende auf Tsd. Arbeitslose							
	insgesamt	63,0	67,1	72,7	66,7	77,9	67,7
	Frauen	76,6	85,6	83,2	74,9	87,7	87,4
<b>SAM</b>		<b>Schleswig-Holstein</b>			<b>Bundesgebiet West</b>		
		<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
Teilnehmende	insgesamt	1.219	1.380	1.313	11.971	15.381	11.692
	Frauen	449	556	569	5.102	6.891	4.925
SAM-Teilnehmende auf Tsd. Arbeitslose							
	insgesamt	9,5	11,3	11,5	4,1	5,6	4,2
	Frauen	8,5	10,8	11,8	4,0	5,6	4,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Referat Statistik und LAA Nord

Tabelle 24

Basisjahr 2000					ASH 2000				
Stand: 20.12.2000					Gebunden				
ASH	TN	m	w	Diff.*	Gesamt	2000	2001	2002	2003
1	119	42	77	0	297.500,00	297.500,00	0,00	0,00	0,00
2	328	203	125	0	3.460.681,83	776.665,05	1.724.886,70	959.130,08	0,00
3	48	39	9	0	446.574,03	131.587,02	236.587,01	78.400,00	0,00
4	56	41	15	0	1.987.530,53	507.312,92	1.003.392,30	317.918,20	158.907,11
5	326	154	129	43	2.218.774,63	670.813,15	1.508.121,48	39.840,00	0,00
6	47	29	18	0	525.037,57	57.755,51	182.225,55	285.056,51	0,00
7	422			422	316.554,44	269.887,76	46.666,68	0,00	0,00
8	45		45		809.110,00	112.500,00	460.360,00	236.250,00	0,00
9					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	11	3	8	0	36.380,00	36.380,00	0,00	0,00	0,00
11	69	32	37	0	176.865,00	160.223,00	16.642,00	0,00	0,00
12	23.040	18.757	4.283		6.000.000,00	6.000.000,00	0,00	0,00	0,00
13					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	668	329	339		328.000,00	249.000,00	79.000,00	0,00	0,00
16	193	108	85	0	128.752,00	128.752,00	0,00	0,00	0,00
17					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	336	0	36	0	260.053,14	260.053,14	0,00	0,00	0,00
19	2.131	1.209	529	393	9.292.168,79	3.584.779,62	5.283.810,07	423.579,10	0,00
20	753	361	246	146	6.126.832,81	2.647.305,41	3.344.346,77	135.180,63	0,00
21	4.326	2.865	1.461	0	39.332.008,06	10.605.387,42	26.423.257,00	2.303.363,64	0,00
22					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	1.383	828	555	0	2.842.400,00	1.496.000,00	673.200,00	673.200,00	0,00
24	0	0	0	0	2.591.288,00	2.591.288,00	0,00	0,00	0,00
25					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	0	0	0	0	267.262,76	267.262,76	0,00	0,00	0,00
27	49	13	36	0	100.575,00	100.575,00	0,00	0,00	0,00
28					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	15	15	0	0	1.140.069,00	112.844,00	427.608,00	599.617,00	0,00
	<b>34.365</b>	<b>25.028</b>	<b>8.033</b>	<b>1.004</b>	<b>78.684.417,59</b>	<b>31.063.871,76</b>	<b>41.331.103,56</b>	<b>6.051.535,16</b>	<b>158.907,11</b>

\* Geschlechtsspezifische Daten werden nicht erhoben bzw. liegen noch nicht vor.

Tabelle 25

## ASH 2000 - Statistik (Stand: 20.12.2000)

### Bindungen

	FL	KI	HL	NMS	HEI	RZ	NF	OH	PI	PLÖ	RD	SL	SE	IZ	OL	Summe
1	7.500	25.000	115.000			22.500		40.000	77.500					10.000		297.500
2	275.567	166.740	1.197.484	959.215	35.856		14.400	116.188	298.134	10.860	46.860	217.281	7.617	114.480		3.460.682
3	14.400	21.600	154.774	6.000		28.800		154.200			9.600	21.600		16.400	19.200	446.574
4	63.132	137.831	326.151	0	75.780			277.957	555.767	72.372	43.545	165.772	39.002	230.222	0	1.987.531
5	634.446	647.699			95.931	156.600	329.375			242.323		112.400				2.218.775
6	4.800	28.591	10.789	87.031	45.317		43.131	66.614	14.400	37.967	18.577	46.731	9.600	82.691	28.800	525.038
7		101.054	20.667		24.000			21.000		30.000	57.000		12.833	50.000		316.554
8	62.860									341.250				405.000		809.110
10	13.600				3.400		3.400				6.800	3.400		5.780		36.380
11		45.000	104.289				27.576									176.865
12	1.810.800		4.189.200													6.000.000
15		49.000			40.000		40.000	40.000				40.000	40.000			249.000
16		128.752														128.752
18	10.120	49.339	16.215		10.400	24.761	18.852	10.400			28.472	6.608	29.813	16.348	38.724	260.053
19	442.349	1.144.423	858.618	770.363	541.857	235.193	824.525	889.778	408.527	765.987	1.285.618	142.495	288.254	630.973	63.209	9.292.169
20	865.141	692.934	40.843	692.803	955.870	216.748	301.444	346.800	88.322	214.656	504.689	861.795	127.423	122.912	94.454	6.126.833
21	3.841.914	4.463.255	3.963.335	3.559.296	3.499.597	993.131	1.876.904	1.530.787	3.536.691	2.186.521	4.931.804	1.358.156	784.086	1.348.669	1.457.862	39.332.008
23		428.400	136.000	285.600	285.600		285.600	421.600			285.600	285.600		428.400		2.842.400
24		126.000	885.639	148.672	247.817						634.133		164.689	261.788	122.550	2.591.288
26	34.650	39.700	18.000	16.298	25.000	14.802	18.000	18.000	18.000		30.133	18.000	16.680			267.263
27		100.575														100.575
30	139.998	662.571			337.500											1.140.069
	<b>8.221.278</b>	<b>9.058.465</b>	<b>12.037.003</b>	<b>6.525.278</b>	<b>6.223.925</b>	<b>1.692.536</b>	<b>3.783.207</b>	<b>3.933.324</b>	<b>4.997.341</b>	<b>3.901.935</b>	<b>7.882.831</b>	<b>3.279.838</b>	<b>1.519.997</b>	<b>3.723.663</b>	<b>1.824.799</b>	<b>78.605.418</b>

Tabelle 26

# ASH 2000 - Statistik (Stand: 20.12.2000)

## Teilnehmer

ASH	FL	KI	HL	NMS	HEI	RZ	NF	OH	PI	PLÖ	RD	SL	SE	IZ	OL	Summe
1	3	10	46			9		16	31					4		119
2	28	13	100	94	4		1	14	33	1	5	23	2	10		328
3	2	2	14	2		3		16			1	3		3	2	48
4	1	5	9		3			6	15	2	2	5	1	7		56
5	100	105			20	19	40			24		18				326
6	1	2	3	8	3		3	6	1	3	4	3	1	7	2	47
7		134	62		30			21		30	69		36	40		422
8	12									21				12		45
10	4				1		1				2	1		2		11
11		20	31				18									69
12	6.519		16.521													23.040
15	71	68	92	12	17	22	56	52		23	47	52	125	5		642
16		193														193
18	11	62	24		12	38	24	12			36	12	36	23	46	336
19	117	269	191	156	129	40	209	186	111	181	274	68	72	118	10	2.131
20	121	39	5	84	113	20	39	33	10	21	88	136	19	18	7	753
21	399	463	388	409	369	91	263	176	379	244	575	162	98	173	137	4.326
23		0	0	0	0		0	0			0	0		0		1.383
24		0	0	0	0						0		0	0	0	0
26	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0			0
27		49														49
30	0	0			15											15
	<b>7.389</b>	<b>1.434</b>	<b>17.486</b>	<b>765</b>	<b>716</b>	<b>242</b>	<b>654</b>	<b>538</b>	<b>580</b>	<b>550</b>	<b>1.103</b>	<b>483</b>	<b>390</b>	<b>422</b>	<b>204</b>	<b>34.339</b>

## **Verzeichnis der Abbildungen**

- Abbildung 1:** Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung seit 1994 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West
- Abbildung 2:** Arbeitsplatzentwicklung 1987 bis 2000 in Schleswig-Holstein
- Abbildung 3:** Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West 1992-2000
- Abbildung 4:** Entwicklung der Arbeitsmarktdynamik in Schleswig-Holstein 1995-2001

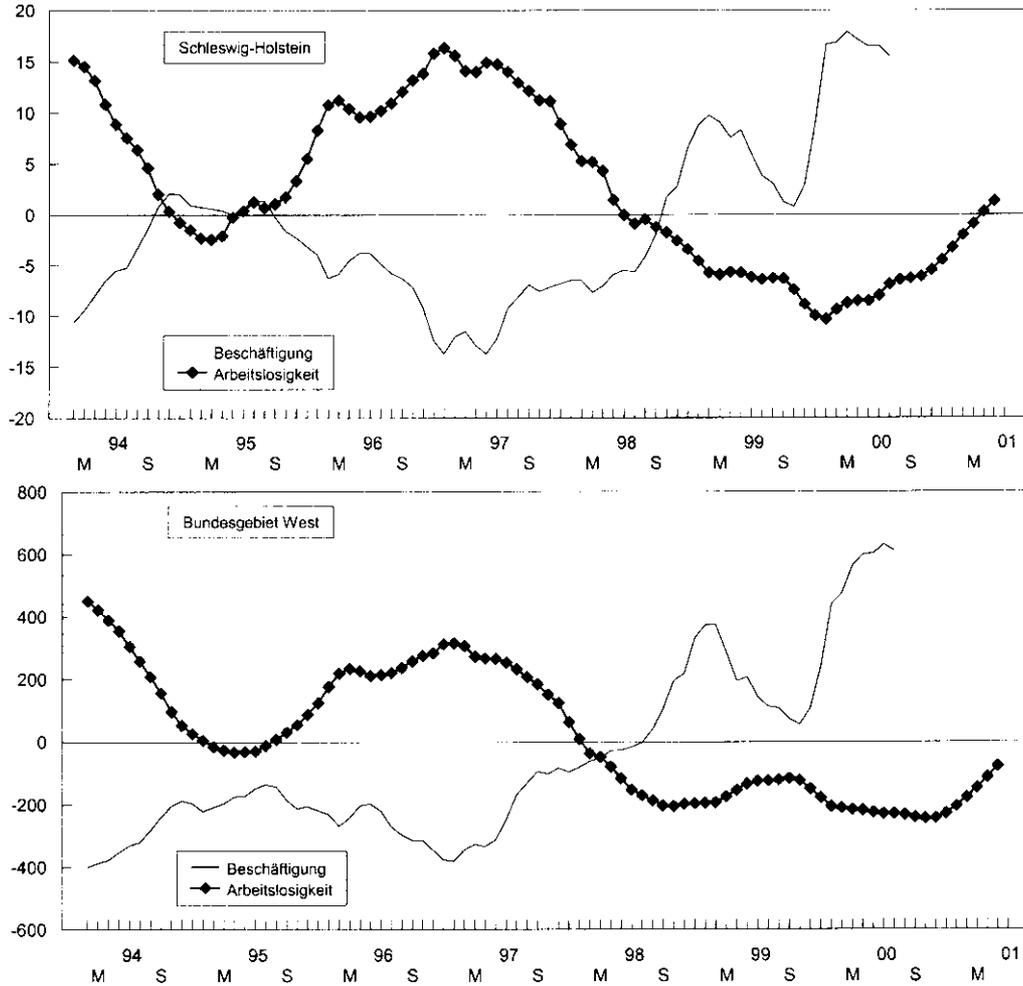
**Abbildung 1:**

**Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung seit 1994  
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West**

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen (Monatsdaten bis Juni 2001)

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Monatsdaten bis August 2000)

absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Tsd., gleitender 3-Monatsdurchschnitt



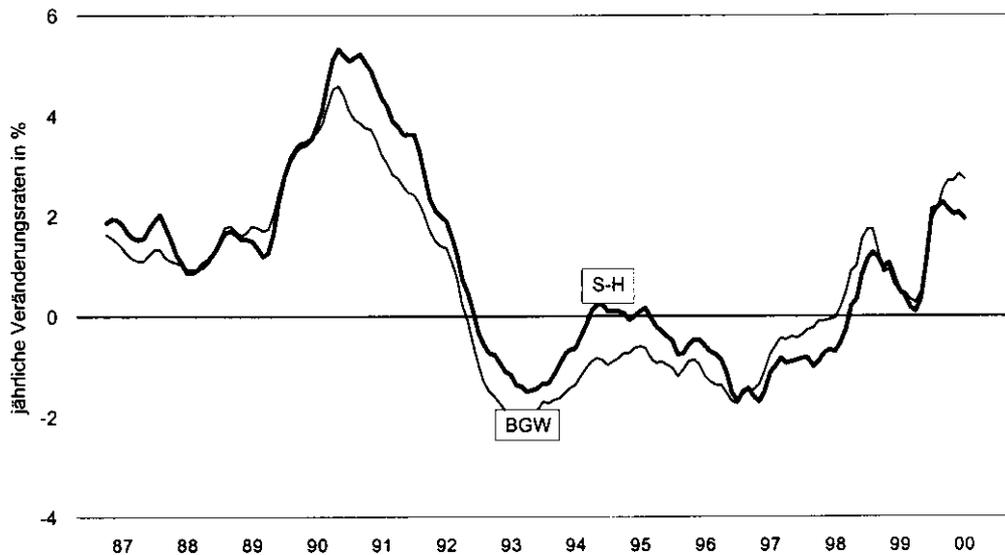
M = März, S = September

Die amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen und die monatlichen Zahlen der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt (siehe Anmerkungen zur Tabelle 1).

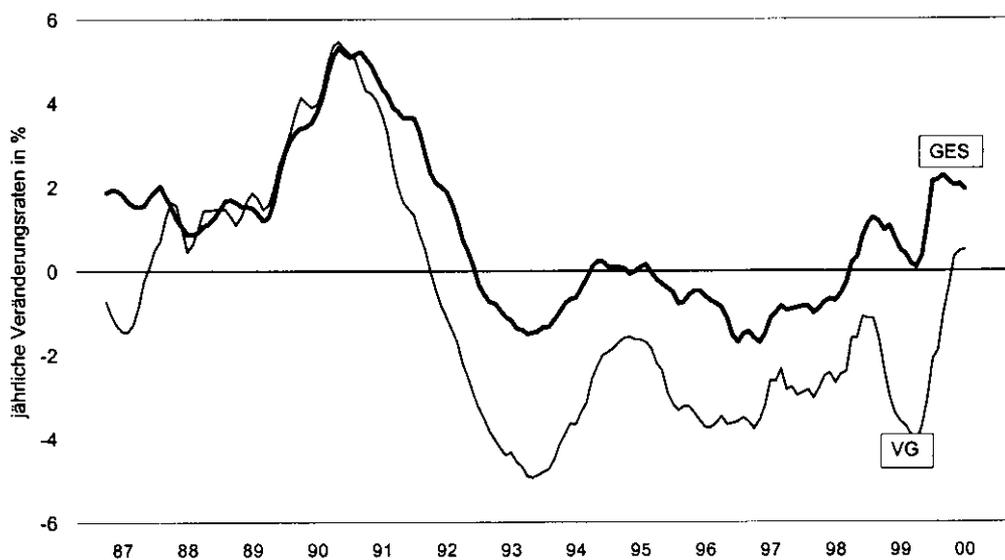
**Abbildung 2:  
Arbeitsplatzentwicklung 1987 bis 2000 in Schleswig-Holstein**

**(a) Entwicklung der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West im Vergleich**

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte  
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000



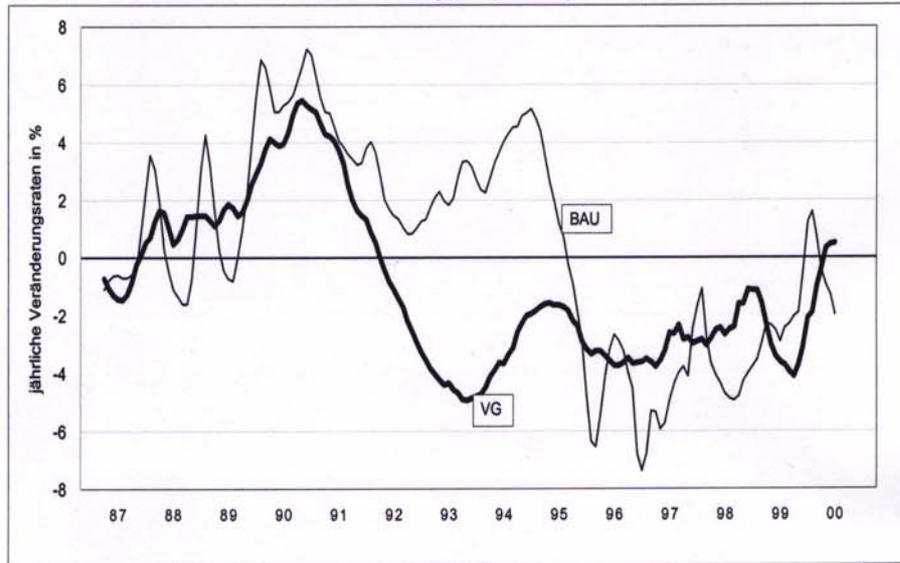
**(b) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein  
Beschäftigte insgesamt (GES) bzw. Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (VG)**



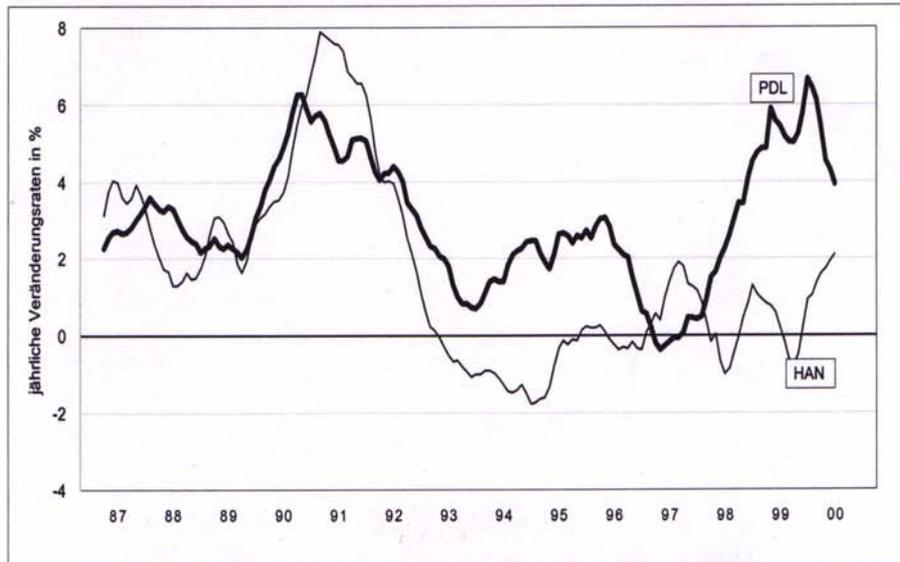
**Abbildung 2:  
Arbeitsplatzentwicklung 1987 bis 2000 in Schleswig-Holstein**

**(c) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein  
Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (VG) und im Baugewerbe (BAU)**

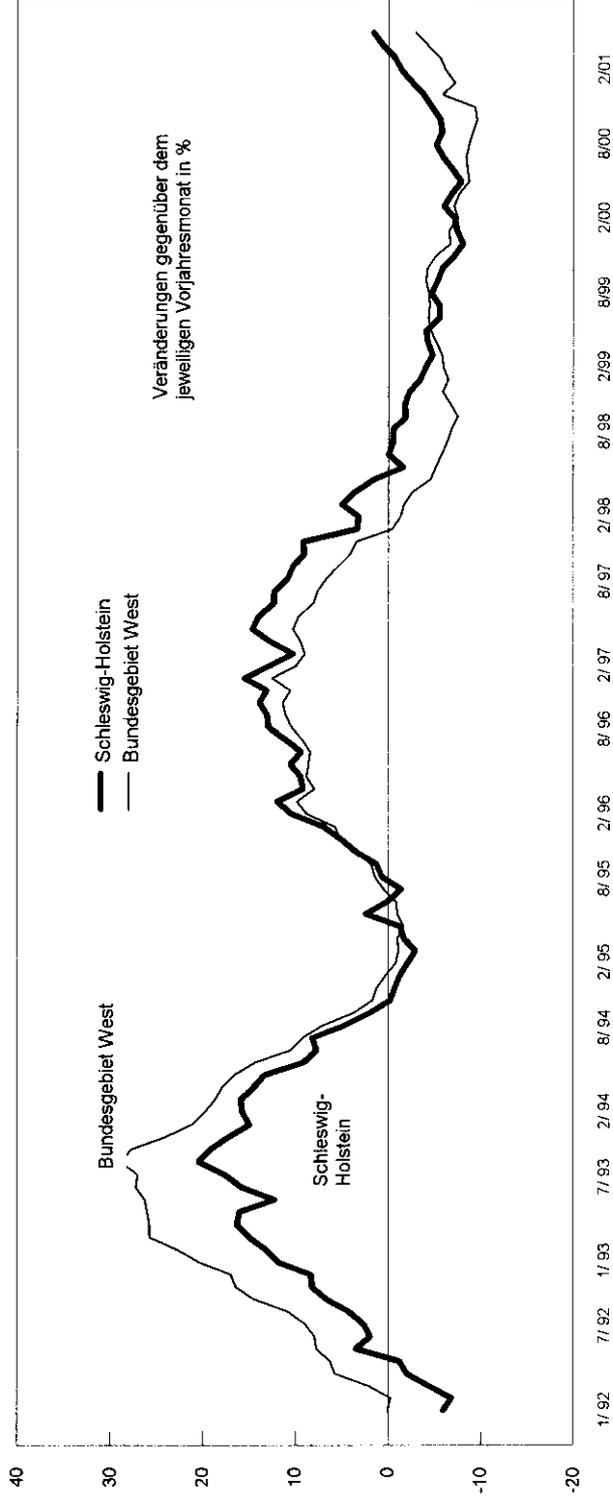
Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt  
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte  
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000



**(d) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein  
Beschäftigte im Bereich privater Dienstleistungen (PDL) und im Handel (HAN)**



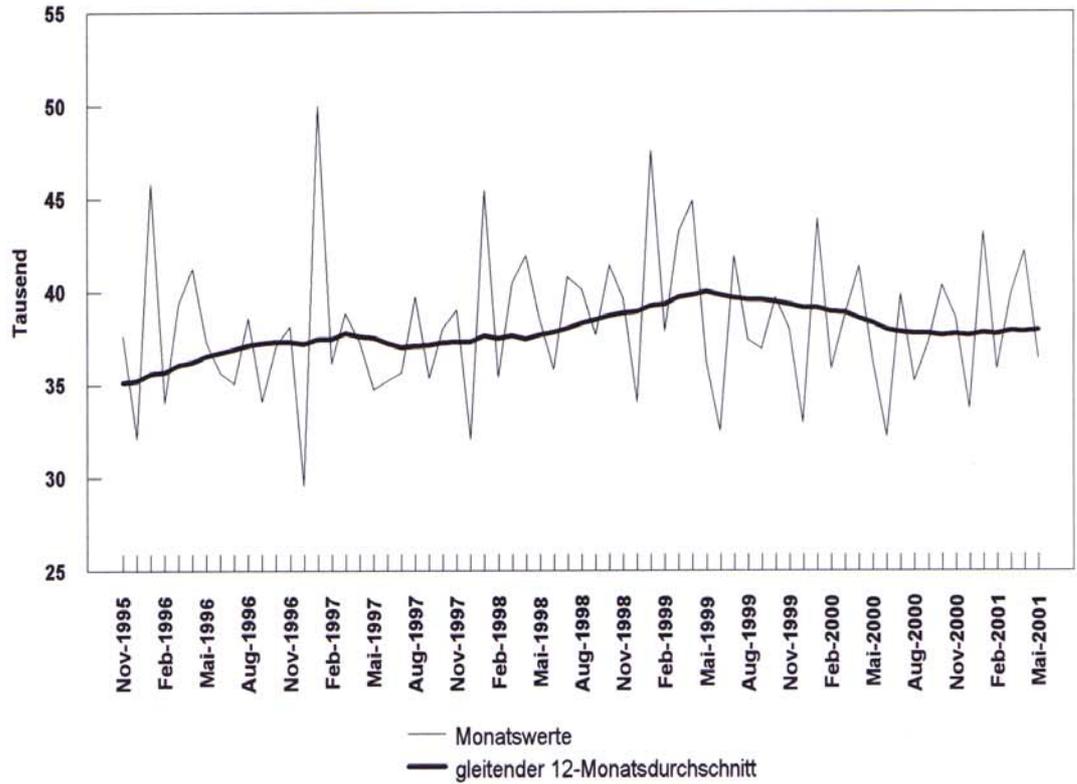
**Abbildung 3:  
Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West 1992-2001**



Quelle: LAA Nord, diverse Monatshefte; eigene Darstellung

### Abbildung 4: Entwicklung der Arbeitsmarktdynamik in Schleswig-Holstein 1995-2001

absolute Arbeitsmarktdynamik: Zugänge in die Arbeitslosigkeit plus Abgänge aus der Arbeitslosigkeit (Männer und Frauen)



# Verzeichnis der Übersichten

**Übersicht 1:** Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz im Bundesgebiet West

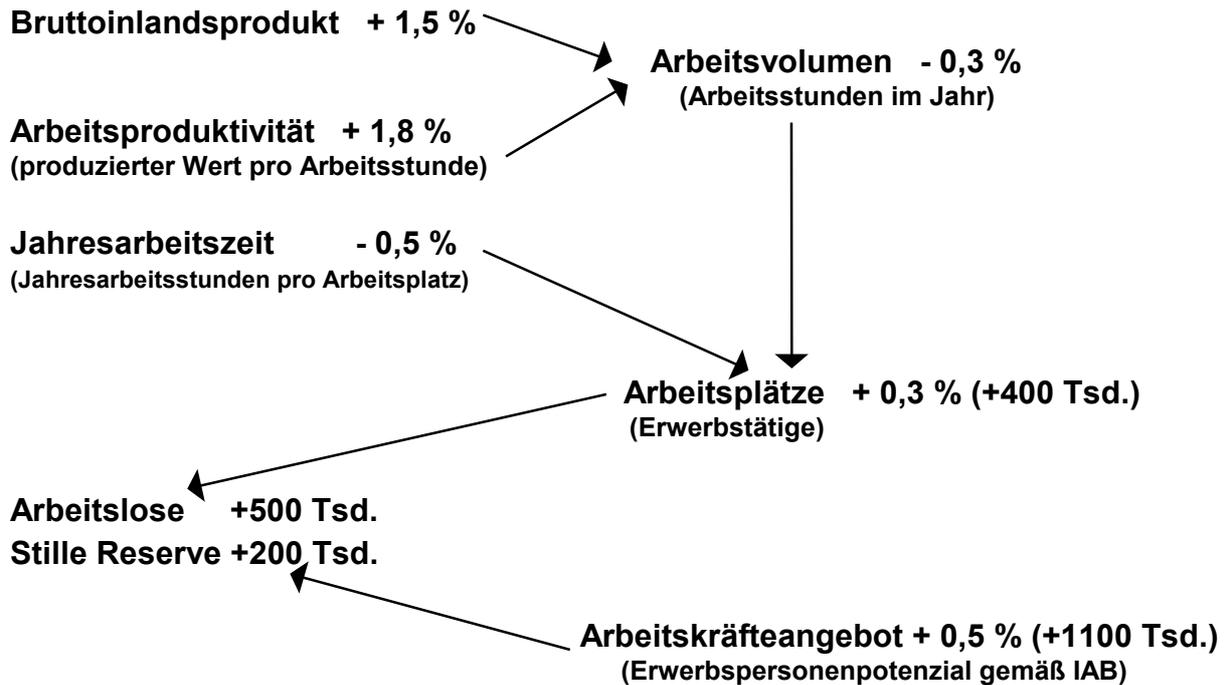
**Übersicht 2:** Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 1999/2000

**Übersicht 3:** Anmerkungen zur Tabelle 2

## Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz im Bundesgebiet West

### Bundesgebiet West 1993 - 1999

Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung über 6 Jahre in Tsd. (in Einheiten von 50 Tsd.)

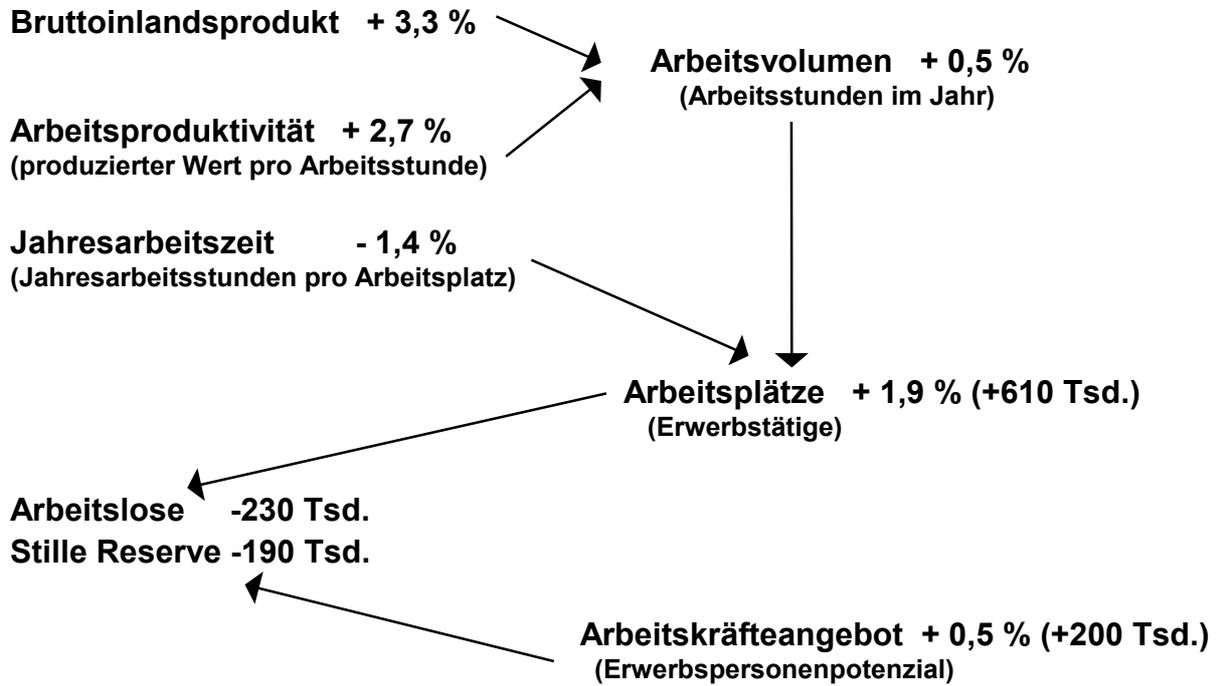


**Quelle:**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), veröffentlicht in den jährlichen Publikationen „Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren...“ in den Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Insbesondere aus: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001. Das Erwerbspersonenpotenzial wurde vom IAB gegenüber früheren Publikationen neu berechnet.

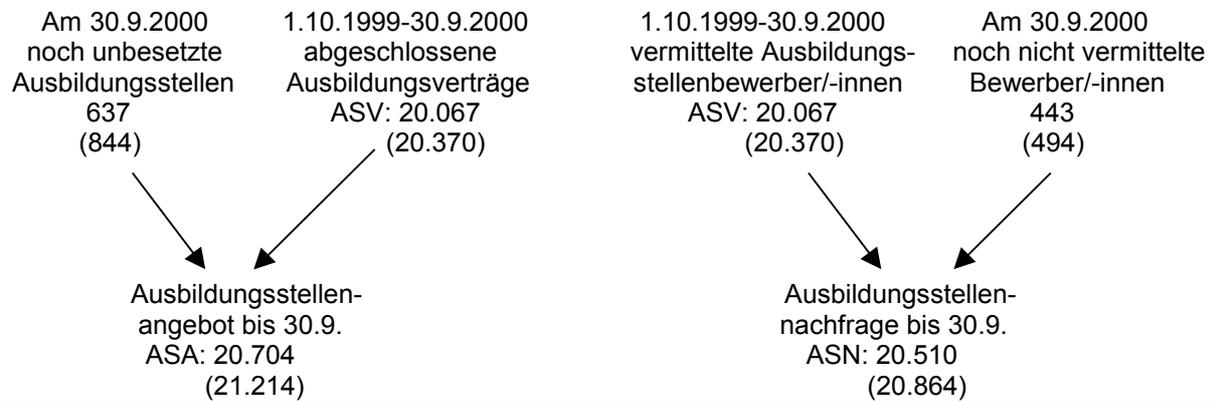
## Bundesgebiet West 1999/2000

jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)



## Übersicht 2: Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 1999/2000

Zahlen für den Zeitraum 1.10.1999 bis 30.9.2000 bzw. am 30.9.2000  
(in Klammern die Zahlen für den entsprechenden Vorjahresvergleich)



## Übersicht 3: Anmerkungen zur Tabelle 2

### Produktion

#### Bruttoinlandsprodukt

Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Preisen von 1995, Berechnungsstand März 2001

Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein (Werte für 2000: Schätzung des Arbeitskreises)

Länderergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Bewertung des Produktionswertes und der Wertschöpfung zu Herstellungs- und nicht wie früher zu Marktpreisen.

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden hier Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin-West und -Ost), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

#### Anmerkung:

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein erfährt nicht unwesentliche Impulse aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Stromproduktion (Kernkraftwerke in Betrieb oder vorübergehend stillgelegt). Um diesen Faktor zu eliminieren, kann alternativ zum Bruttoinlandsprodukt die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau herangezogen werden. Hier ergeben sich folgende Befunde:

Bruttowertschöpfung ohne Energie, Wasser, Bergbau

2000 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 108,6 / Westdeutschland 112,5.

1999 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 106,8 / Westdeutschland 108,1.

1998 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 104,9 / Westdeutschland 106,1.

### Arbeitsplätze

#### (a) Erwerbstätige:

Gesamtzahl aller Beschäftigten (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Soldaten, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, geringfügig Beschäftigte) im Jahresdurchschnitt, regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept)

Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Berechnungsstand: März 2001

Zahlen für 2000: Schätzung des Arbeitskreises

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden die Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin-West und -Ost), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

#### (b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

SV Beschäftigte: Beschäftigtenzahlen jeweils vom 30. Juni, Datenstand: Juni 2001

Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord zur Verfügung gestellt.

Die Beschäftigtendaten 1995 bis 1999 entsprechen der alten Definition und Abgrenzung der „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“, die neuen Daten für 1999 und 2000 der neuen Abgrenzung, die dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) angepasst wurde. Daher sind die neuen Beschäftigtenzahlen nicht exakt mit denen alter Abgrenzung vergleichbar. Die Zahlen für Juni 2000 sind noch vorläufig. Monatsdaten auf Stichprobenbasis stehen bis auf weiteres nicht zur Verfügung, so dass keine Jahresdurchschnittswerte ermittelt werden konnten.

### Arbeitslosigkeit

Jahresdurchschnitt der amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen (chronologisches Mittel der Monatswerte). Regionale Zuordnung nach dem Wohnort (Inländerkonzept)

Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt.